

1949

WISSENSCHAFT UND
WIEDERVEREINIGUNG
BILANZ UND OFFENE FRAGEN

1989

2009

DOKUMENTATION

Symposium im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2009
„Forschungsexpedition Deutschland“

24.–25. November 2009

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
www.bbaw.de



Wissenschaftsjahr 2009

Forschungs-
expedition
Deutschland

www.forschungsexpedition.de

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Deutschlandradio Kultur

In Berlin auf 89,6 MHz
Alle Frequenzen unter: www.dradio.de



berlin-brandenburgische
AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

EDITORIAL

Im 20. Jahr nach dem Mauerfall fand in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vom 24. bis 25. November 2009 das Symposium „Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen“ statt. Im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2009 diskutierten Wissenschaftler und Wissenschaftspolitiker, ob bei der Vereinigung der beiden deutschen Wissenschaftssysteme Chancen genutzt oder verpasst wurden. Wie unterschiedlich oder ähnlich entwickelten sich die beiden getrennten Systeme bis zum Mauerfall? Wie kamen nach 1989 – welche – Entscheidungen zustande und mit welchen Folgen wurden sie umgesetzt? Kann der Um- und Neuaufbau von Hochschulen und außeruniversitären Instituten im Osten als Erfolg bewertet werden und wie steht es um die Zukunftsfähigkeit des gesamtdeutschen Wissenschaftssystems im globalen Wettbewerb?

Die Ergebnisse des Symposiums sind in dieser Dokumentation nachzulesen. Sie enthält die Eröffnungsreden von Bundesministerin Annette Schavan und BBAW-Präsident Günter Stock, die Einführung und die Schlussbemerkungen von Jürgen Kocka sowie die Impulsreferate von Richard Schröder, Winfried Schulze, Mitchell G. Ash, Peer Pasternack und Wilhelm Krull. Die Redaktion der Referate und die Zusammenfassungen der Diskussionsbeiträge sämtlicher Podiumsteilnehmer verantworten die beiden Wissenschaftsjournalisten Corina Weber (Auftakt, Forum I und II) und Jörg von Bilavsky (Auftakt, Forum III und IV), die das Symposium vorbereitet und organisiert haben.

Berlin, im Dezember 2009

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL	2
GRUßWORT Annette Schavan	5
GRUßWORT Günter Stock	8
EINFÜHRUNG Jürgen Kocka	13
AUFTAKT Wissenschaft und Wiedervereinigung: Genutzte oder verpasste Chancen?	18
DISKUSSIONSBEITRÄGE	19
FORUM I 40 Jahre geteilte Wissenschaft	23
IMPULSREFERAT I Bündnis von Geist und Macht. Wissenschaft in der DDR Richard Schröder	24
IMPULSREFERAT II Bündnis von Geist, Wirtschaft und (verteilter)Macht. Wissenschaft in der Bundesrepublik“ Deutschland Winfried Schulze	31
DISKUSSIONSBEITRÄGE	39
FORUM II Evaluation und Weichenstellungen	44
IMPULSREFERAT „Wie im Westen so auf Erden“? Die Vereinigung der deutschen Hochschul- und Wissenschaftssysteme als Prozess Mitchell G. Ash	45
DISKUSSIONSBEITRÄGE	56

FORUM III	
Erfolge – Misserfolge – Konsequenzen	60
IMPULSREFERAT I	
Erfolge und andere Resultate.	
Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau von seinem Ende her betrachtet	
Peer Pasternack	61
IMPULSREFERAT II	
Unter anderen in der Welt.	
Das deutsche Wissenschaftssystem im Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert	
Wilhelm Krull	70
DISKUSSIONSBEITRÄGE	83
FORUM IV	
Das Erbe von Teilung und Vereinigung	88
DISKUSSIONSBEITRÄGE	89
AUSBLICK	
Peter Strohschneider	93
BEMERKUNGEN ZUM SCHLUSS	
Jürgen Kocka	94
TEILNEHMER DES SYMPOSIUMS	
Kurzbiographien	98

ANNETTE SCHAVAN GRUßWORT

Dieses Symposium der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ist ein bedeutsamer Termin im Wissenschaftsjahr 2009:

- weil wir in diesem Jahr die Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor 60 Jahren und den Fall der Mauer vor 20 Jahren feiern;
- weil uns die Zeit der Wende und die ersten Jahre des wiedervereinigten Deutschland deshalb besonders interessieren;
- weil wir schließlich wissen, dass diese Zeit mit besonderen Leistungen und besonderen Anstrengungen verbunden war.

Die Mauer fiel nicht einfach vor 20 Jahren. Sie wurde zu Fall gebracht. Sie wurde zu Fall gebracht von Menschen in der damaligen DDR, die besonders couragiert waren und die Fähigkeit besaßen, Mauern in den Köpfen und Herzen zu Fall zu bringen. Die Wissenschaft hat daran ihren Anteil, ist sie doch in besonderer Weise einer Kreativität verpflichtet und folgt einer Unbestechlichkeit, die ideologische Systeme sprengt.

Die friedliche Revolution war auch die Überwindung ideologischer Vorgaben für die Wissenschaft. Es war der Sieg über die Ideologie und der Sieg der Freiheit über die Unfreiheit, die den Fall der Mauer bewirkt und den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet hat. Die DDR hatte zu spüren bekommen, dass Fortschritt und Wohlstand wesentlich von der Entwicklung neuer Gedanken, von neuen Erkenntnissen und Innovationen abhängen. Ein System der Unfreiheit wurde damit in seiner Existenz bedroht.

So hat auch die Kraft des freien Denkens dazu beigetragen, dass die Freiheit gesiegt hat. Menschen leben nur dann gerne in einem Land und vertrauen auf die Zukunft, wenn Kritik und Kritikfähigkeit Raum bekommen. Auch das hat die DDR ans Ende gebracht, dass sie Kritik fürchtete und Bevormundung praktizierte. Die Zeit der Wende und die Jahre danach waren anstrengend für viele.

Erich Thies, der damalige Staatssekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur hat im Februar diesen Jahres – anlässlich seiner Verabschiedung aus dem Amt des Universitätsprofessors an der Humboldt-Universität Bilanz gezogen. Er spricht davon, wie viel ihm abverlangt wurde, der Wissenschaft und den

Menschen gerecht zu werden, die auf Stellen saßen, die neu ausgeschrieben wurden und in der Universität die Weichen richtig zu stellen. Das Wort „Abwicklung“ steht für die Aufgaben und die enormen Belastungen, die viele damals im Osten spürten.

Seither hat sich vieles entwickelt – nicht ohne Brüche und Spannungen. Unterschiede sind geblieben: Im Westen Deutschlands werden bis heute zwei Drittel der Mittel für Forschung und Entwicklung aus der Wirtschaft investiert, ein Drittel aus der öffentlichen Hand. Im Osten Deutschlands ist es genau umgekehrt. Hier leisten die Hochschulen das Gros der Investitionen in Forschung und Entwicklung. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass bei aller Innovationskraft zahlreicher KMUs in den Neuen Ländern der Mangel an Großunternehmen und ihrem Engagement in FuE nicht vollständig kompensiert werden kann. Deshalb spielen die Hochschulen für das Selbstverständnis einer Region in Ostdeutschland eine viel stärkere Rolle als im Westen. Sie sind in der Regel zwar kleiner, doch häufig die größten Arbeitgeber in der Region. Und sie nehmen auch durch ihre enge Vernetzung mit der außeruniversitären Forschung eine Vorreiterrolle ein. Die Universitäten in Dresden, Greifswald oder Ilmenau sind dafür hervorragende Beispiele.

Eine bedeutende Rolle für diese Entwicklung spielen auch die Kooperationen von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Kristallisationspunkte für Spitzenforschung in den neuen Ländern sind. Die Initiativen in den Ländern und die auch im Koalitionsvertrag festgeschriebene Fortsetzung der Förderung durch den Bund wirken hier zusammen. Dadurch entsteht Raum für die weitere Entfaltung von international beachteter Spitzenforschung.

Wissenschaft in Deutschland wird im internationalen Kontext gesehen werden – in Bezug auf ihre Fragen wie in Bezug auf ihre Lösungsansätze, ihre Methoden, Organisationsformen und Ressourcen. Ein Wissenschaftssystem, das sich in Deutschland durch die Wiedervereinigung bereits mit fundamentalen Unterschieden auseinandersetzen musste, ist hierfür bestens gerüstet: Wir kennen aus eigener Erfahrung die Herausforderungen, die einhergehen mit dem Zusammenwachsen bislang unterschiedlicher Möglichkeiten von Wissenschaft, von ihren Aufgaben und ihren Diskurssystemen, aber auch ihren Strukturen.

Das ist der Weg der Zukunft – in Deutschland und in Europa: Wissenschaft und Forschung über Grenzen hinweg möglich zu machen und zu organisieren, Trennung zu überwinden mit dem Ziel einer Stärkung aller Beteiligten und einer besseren Nutzung der vorhandenen Ressourcen – seien sie materieller oder geistiger Art.

Vor zwanzig Jahren haben die Menschen gezeigt, dass der unbedingte Wille zur Freiheit Unmögliches möglich macht. Das gilt auch in der Wissenschaft. Der Weg ist nicht immer

einfach. Paradigmenwechsel auch in der Wissenschaft gehen nicht immer den leichtesten Weg. Wissenschaftler haben eine Vorbildfunktion: Wir brauchen eine lebendige Gesellschaft, die immer wieder die Anstrengung auf sich nimmt, sich auf unbekanntes Terrain zu wagen, Unkonventionelles anzustoßen und scheinbar Unmögliches zu bewältigen.

Ich freue mich, dass Sie sich hier in Berlin versammelt haben, um Bilanz zu ziehen und den Ausblick zu wagen; auch um sich zu erinnern an 40 Jahre geteilte Wissenschaft, an die Anstrengungen vieler in der Zeit der Wende, an Brüche und Erfolge. Und ich danke all denen, die heute hier sind und damals wesentlich beigetragen haben zur Wiedervereinigung der 40 Jahre geteilten Wissenschaft.

Vielen Dank.

GÜNTER STOCK GRUßWORT

Sehr verehrte Frau Ministerin Schavan,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch ich möchte Sie sehr herzlich zu unserem Symposium zum Thema „Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen“ begrüßen, zu dem die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften heute und morgen eingeladen hat.

Der Titel des Wissenschaftsjahres 2009, nämlich „Forschungsexpedition Deutschland“, hätte, so denke ich, nicht besser als Oberthema für dieses Symposium gewählt werden können, denn mit dieser Veranstaltung unternehmen wir eine Expedition in eine aufregende und dramatische Zeit, die der Wiedervereinigung – eine Zeit der Rekonstruktion und auch der partiellen Neukonstruktion der deutschen Wissenschaftslandschaft. Und ich lasse mich dabei auch nicht von Behauptungen irritieren, denen zufolge das eine – westdeutsche – Wissenschaftssystem dem anderen – ostdeutschen – Wissenschaftssystem quasi übergestülpt worden sei. Dem ist, meine ich, nicht so!

Wer im Verlaufe der deutschen Wiedervereinigung die Herausforderungen und Wandlungen beispielsweise innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft erlebt hat und mitgestalten durfte, wer – wie ich – im Wissenschaftsrat die Umgestaltung und Überführung der Blauen-Liste-Institute in die Leibniz-Gemeinschaft mitzuverantworten hatte, wer erlebt und gesehen hat, wie sich die Universitätslandschaft zum Teil dramatisch erholt hat und wie aus Lehranstalten wieder Stätten der Forschung wurden, wer das Ringen zum Beispiel der Universitätskliniken in Greifswald und Rostock miterlebt und mitgestaltet hat, der muss auch von Neukonstituierung sprechen.

Wer die Möglichkeit hatte, hier in Berlin die Neukonstituierung der Forschungsinstitute in Buch und Adlershof zu erleben, wer gesehen hat, wie die Existenz von plötzlich drei Berliner Universitäten in der wiedervereinten Stadt sich auch auf die innere Dynamik dieser Hochschulen auswirkte und immer noch auswirkt, der ahnt und spürt etwas davon, was in jenen Jahren geschehen ist, vor allem aber auch geleistet wurde. Wenn man den Blick nüchtern und nicht verklärend zurückwendet, dann muss man auch konzедieren, in welcher eindrucksvoller Weise sich die Wissenschaftslandschaft Potsdams in unmittelbarer Nähe vor den Toren Berlins entwickelt hat.

Demokratisierung, Meinungspluralismus und die Ausrichtung der Hochschulausbildung und Wissenschaft auch auf den gesellschaftlichen Bedarf an Akademikern und wissenschaftlicher Expertise in der jeweiligen Volkswirtschaft bestimmten nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme die Neuausrichtung in der Wissenschaft. In der Hochschul- und Forschungspolitik wurden mit der Orientierung an westlichen Standards und der Schaffung von gesetzlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Integration in die internationale „Scientific Community“ neue Leitlinien gesetzt:

Wer ehrlich genug ist, mit dem Wort „Exzellenz“ auch tatsächlich „Exzellenz“ zu meinen, der kann nicht umhin, mit Blick auf die Wiedervereinigung und die Wissenschaften von einer insgesamt positiven Bilanz zu sprechen. Betrachtet man diejenigen ostmitteleuropäischen Staaten, die heute Teil der Europäischen Union sind und sich mit ihren Wissenschaftssystemen in dieser deutlich erweiterten großen europäischen Gemeinschaft zu behaupten haben, dann muss man eingestehen, dass das wiedervereinigte Deutschland mit seinen gemeinsamen Anstrengungen für das gesamte Wissenschaftssystem in den neuen wie in den alten Bundesländern deutlich im Vorteil ist.

Meine eigenen unmittelbaren Erfahrungen aus den Anfängen nach der Wiedervereinigung stammen jedoch nicht aus dem Wissenschaftsrat. Ich selbst wurde erst 1992 Mitglied in diesem Gremium, dem ich dann 14 Jahre lang angehörte, und in jener Zeit Anfang der 1990er Jahre ging es im Wesentlichen noch um die Neustrukturierung der medizinischen Fakultäten. Meine Erfahrungen stammen vorwiegend aus den ersten Jahren, aus einer Zeit, in der ich als Industrieforscher bei der Schering AG in Berlin Verantwortung trug. Die Wurzeln dieses Unternehmens lagen im Ostteil Berlins, und Schering verfügte demgemäß vor dem Zweiten Weltkrieg über große pharmazeutische Forschungs- und Produktionsflächen im östlichen gelegenen Spindlersfeld und in Adlershof.

Es war für uns und auch für mich persönlich ernüchternd zu erleben, wie weit Semantik und Rhetorik des untergegangenen politischen Systems der DDR von der sichtbaren Realität im Land abwichen. Und es war insbesondere erschütternd zu sehen, wie ernsthaft bemühte, hochmotivierte und intelligente Menschen mit oft wenig geeigneten Mitteln versuchten, ja versuchen mussten, gerade in unserem Bereich moderne pharmazeutische Forschung und Wissenschaft zu betreiben. Die Erfahrungen im Wissenschaftsrat, die wir damals Anfang der 1990er Jahre sammeln konnten, unterschieden sich nach meiner persönlichen Auffassung davon in systematischer Hinsicht nicht wesentlich. Allerdings gab es gerade im Bereich der Medizin bewundernswerte Persönlichkeiten, denen ich begegnet bin, und von denen ich dann

einige zu meiner großen Freude hier in der Akademie als Kollegen habe wiedertreffen können.

Diese – zugegeben sehr persönlichen und individuellen – Erfahrungen und viele andere sind es aber, die mich schon lange, aber auch gerade heute im zwanzigsten Jahr nach dem Mauerfall und dem damit verbundenen Gedenken dankbar dafür machen, bis zu welchem Grade der Wiederaufbau und die Neugestaltung der deutschen Forschungs- und Wissenschaftslandschaft gelungen ist, und deshalb spreche ich von einer positiven Bilanz, die wir zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer ziehen können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun zur Akademie kommen, denn schließlich konnte unsere Akademie, die heutige Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, genau deswegen in der großen und für uns auch verpflichtenden Tradition der vormaligen Preußischen Akademie neu konstituiert werden, weil es die friedliche, von den Menschen in der DDR getragene Revolution von 1989 gegeben hat.

1989, zum Zeitpunkt des Falls der Berliner Mauer, existierten auf dem Territorium Berlins zwei wissenschaftliche Akademien: Die 1987 anlässlich der 750-Jahr-Feier Berlins in Westberlin gegründete Akademie der Wissenschaften zu Berlin, die zum Ende des Jahres 1990 wieder aufgelöst wurde, und die Akademie der Wissenschaften der DDR, deren Forschungsinstitute – hierzu gehörte auch ein Großteil unserer heutigen Akademienvorhaben – vom Wissenschaftsrat evaluiert und im Anschluss daran entweder in die wissenschaftlichen Organisationsformen der neuen Bundesrepublik überführt oder abgewickelt wurden.

Die 1991 gebildete, aus „Ost“ und „West“ zusammengesetzte Planungsgruppe für eine neue Wissenschaftsakademie in Berlin und Brandenburg stand vor der schwierigen Aufgabe, angesichts der beiden Schließungen des Jahres 1990 auf der einen Seite sowie auf der Basis höchst heterogener wissenschaftlicher Erfahrungen und wissenschaftspolitischer Überzeugungen auf der anderen Seite ein neuartiges, modernes und zukunftsfähiges Akademiekonzept zu entwerfen.

Es war Wolfgang Frühwald, Mitglied unserer Akademie und ehemaliger Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Alexander von Humboldt-Stiftung, der der Akademie ihre Aufgabe im wiedervereinigten Deutschland einmal ins Stammbuch geschrieben hat: „Wer, wenn nicht diese Akademie, hat die Aufgabe, nachzudenken über die bitternotige geistige Vereinigung Deutschlands, über die Annäherung einander fremd

gewordener Lebensweisen, die Sprach- und Denkdissoziation, die Reparatur der gravierenden Schäden des deutschen Einigungsprozesses.“¹

Es steht natürlich außer Frage, dass bei einer solchen gewaltigen Aufgabe wie der deutschen Wiedervereinigung, für die es kein Modell gab, nicht alles so gelungen ist, nicht alles so gelingen konnte, wie von den Akteuren und Betroffenen in Ost, aber auch in West erhofft, gewünscht und herbeigesehnt. Aber dennoch, unsere Akademie steht zu dieser Verpflichtung.

Die Akademie hat sich bereits zu einem frühen Zeitpunkt mit der Thematik von Wissenschaft und deutscher Wiedervereinigung auseinandergesetzt und im Jahre 1994 unter dem Vorsitz von Jürgen Kocka, der auch die heutige Veranstaltung konzipiert hat, eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe mit dem Namen „Wissenschaft und Wiedervereinigung“ eingesetzt. Darüber hinaus hat sich die Akademie aus Anlass ihrer 300-Jahr-Feier im Jahre 2000 in einer weiteren interdisziplinären Arbeitsgruppe nochmals intensiv und kritisch mit der jüngeren und jüngsten Geschichte ihrer eigenen Institution befasst – zitiert sei daher der wiederum von Herrn Kocka unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt und Peter Walther herausgegebene Band „Die Berliner Akademie der Wissenschaft im geteilten Deutschland 1945 bis 1990“.

Die Akademie hat sich auch mit dem zu DDR-Zeiten geschehenen Unrecht auseinandergesetzt, und ich verweise in diesem Zusammenhang exemplarisch auf die von uns 2007 mit Unterstützung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durchgeführte eindrucksvolle Veranstaltung und Ausstellung zu Robert Havemann, an der seinerzeit auch Wolf Biermann und unser Gründungsmitglied und ehemaliger Vizepräsident Manfred Bierwisch aktiv beteiligt waren.

Aktuell befasst sich mein Amtsvorgänger Dieter Simon im Rahmen einer Forschungsinitiative unter Mitarbeit von Peter Nötzoldt mit den Rechtslehrern der ehemaligen DDR. Ziel dieses singulären Projekts ist es, paradigmatisch anhand der Berufungsakten der Rechtslehrer zu prüfen, ob ein bislang noch nicht ausgewerteter und in den Wendejahren nicht ausgedünnter Aktenbestand neue und tiefe Einblicke in die Herausbildung, die Leistung und das Schicksal der akademischen Eliten der DDR ermöglicht und damit auch, ob sich das rund 15.000 Akten umfassende Aktencorpus als Quellenmaterial für ein größeres, mehrere Disziplinen umfassendes wissenschaftshistorisches Forschungsprojekt eignet.

Mit der Ausrichtung dieses Symposiums hat unsere Akademie die Aufgabe übernommen, im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2009 dazu beizutragen, diesen historisch einmaligen

¹ Wolfgang Frühwald, „Eine Akademie für das 21. Jahrhundert“, Festvortrag anlässlich der Neukonstituierung der Akademie am 28. März 1993, in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch 1992/93, Berlin 1994, S. 66.

Prozess der Wiedervereinigung und seiner Auswirkungen auf die Wissenschaft besser verstehen und beurteilen zu können, ohne dabei – und daraus mache ich keinen Hehl – zu einem fertigen Bild gelangen zu wollen oder gar zu können.

Meines Erachtens können diese aktuellen Reflexionen über den Prozess der deutschen Wiedervereinigung indes nur einen Zwischenschritt markieren. Sie haben den Vorteil, dass sie historische Fakten und neue Befunde zusammenführen, sie haben aber auch den Nachteil, dass die für eine kritische Gesamtwürdigung nötige Distanz noch nicht gegeben ist.

Unser Dank für die großzügige Förderung und Organisation dieses Symposiums gilt zunächst dem Bundesministerium für Bildung und Forschung. Des Weiteren gilt es namentlich Corina Weber und Jörg von Bilavsky zu danken, die beide mit der Organisation und der inhaltlichen Vorbereitung dieser Veranstaltung betraut waren. Darüber hinaus freuen wir uns, dass Deutschlandradio Kultur als begleitender Medienpartner gewonnen werden konnte.

Mein abschließender herzlicher Dank gilt jedoch dem Vizepräsidenten unserer Akademie, Herrn Professor Kocka, der diese Veranstaltung maßgeblich konzipiert hat und dessen unermüdlichem Engagement das gelungene Konferenzprogramm zu verdanken ist. Ihnen allen, und auch den Referentinnen und Referenten des Symposiums, herzlichen Dank!

JÜRGEN KOCKA

EINFÜHRUNG

Willkommen zum Symposium „Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen“, das die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im 20. Jahr nach dem Fall der Mauer durchführt. Erlauben Sie drei Vorbemerkungen:

Wie die gewaltlose Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands ist die Umstrukturierung des Wissenschaftssystems der DDR und seine Einpassung in das nach westdeutschem Vorbild strukturierte gesamtdeutsche Wissenschaftssystem seit 1989/90 ein historisch einzigartiger Vorgang, der sich auf viele von uns bis heute auswirkt. Es gehört zur Reflexionspflicht von Wissenschaftlern, sich um die historischen Bedingungen ihrer Arbeit zu kümmern, darüber Rechenschaft zu geben und weiterwirkende Traditionen zu durchschauen. Das 20. Jahr nach dem Mauerfall bietet dazu eine gute Gelegenheit, diese Akademie ist hierfür ein angemessener Ort.

Dies ist kein rein akademisches Thema, sondern eines, das viele in ihrem Selbstverständnis berührt: als damals Betroffene, als damals Mitwirkende, als Angehörige unterschiedlicher Generationen. Das Thema ist weiterhin kontrovers. In diesem Symposium werden unterschiedliche Positionen vertreten sein. Wir wollen nach wissenschaftlichen Regeln diskutieren. Es geht nicht so sehr um Erinnerung an Erlebnisse damals, es geht um Beschreibung, Erklärung und Einordnung.

Vieles wird in der Kürze der Zeit nur anzureißen sein. Ich hoffe, die Tagung kann einen Auftakt darstellen für nachfolgende, gründlichere Beschäftigung mit dem Thema, vielleicht in Form eines Forschungsprojekts zur Wissenschafts- und Zeitgeschichte. Die Erforschung des Themenfelds ist noch bei weitem nicht abgeschlossen.

Meines Erachtens sollte es in diesem Symposium um drei große Probleme gehen:

1. Um die Entscheidungen 1989-90. Sie liefen bekanntlich nicht auf die Föderation oder Union zweier weiter bestehender Wissenschaftssysteme hinaus, sondern auf die Herstellung einer integrierten Wissenschaftslandschaft. Sie liefen nicht auf die Überprüfung beider Wissenschaftssysteme mit dem Ziel der Bildung eines neuen hinaus, das die Stärken beider verbindet und die Schwächen beider vermeiden würde. Vielmehr entschied man sich dafür, das westdeutsche System im wesentlichen – nicht zur Gänze – als Richtschnur und Grundlage

für das zu bildende gesamtdeutsche System zu akzeptieren und das ostdeutsche so zu verändern, dass es hineinpassen würde. Diese durch und durch asymmetrische Entscheidung war der Kern.

Hätte es dazu Alternativen gegeben? Wären sie vorzuziehen gewesen? Hat man – mit dieser Grundentscheidung – Chancen verpasst, die in jener historischen Situation bestanden? Hat man – mit dieser Grundentscheidung – Gefahren vermieden, die sonst aufgetreten wären? Um dies beurteilen zu können, ist es notwendig, zweierlei mitzubedenken: einmal den unterschiedlichen Stand, die unterschiedliche Qualität, die unterschiedliche Politiknähe der beiden Wissenschaftssysteme, die trotz langfristig gleicher Herkunft und mancher Kooperation zu zwei sehr verschiedenen Politiksystemen gehörten, das eine zu einer Diktatur, das andere zu einer Demokratie. Zum andern gilt es, den Wiedervereinigungsprozess als ganzen mitzubedenken, der nach dem Fall der Mauer als Ausdehnung der Bundesrepublik nach Osten und als Absorption der scheiternden DDR durch die Bundesrepublik vor sich ging.

2. Um die Verfahren und einzelnen Schritte der Implementierung 1990-92, also die Auflösung des Wissenschaftssystems der DDR, den Aufbau eines am westdeutschen Beispiel orientierten neuen Wissenschaftssystems in den neuen Ländern und um den Übergang vom einen zum andern. Hier ist die Praxis der Evaluation zu bedenken, aber auch die Arbeit der Struktur- und Berufungskommissionen an den Hochschulen. Hierbei geht es um das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, um die Tätigkeit von Wissenschaftlern in Kooperation mit Politikern, um das asymmetrische Verhältnis von West und Ost. Aber nicht nur das Spannungs- und Abhängigkeitsverhältnis West-Ost soll in den Blick kommen, sondern auch die zum Teil sehr vehementen Ost-Ost-Konflikte, die für das Resultat mancher personalpolitischen Entscheidung wichtiger waren als die Vorgaben, die aus dem Westen kamen.

Es ist überdies daran zu erinnern, dass die Umstrukturierung der außeruniversitären Forschung und damit der AdW, der Bauakademie und der Landwirtschafts-Akademie mit ihren Instituten anders verlief als die Umstrukturierung der Hochschulen. Die Institute der außeruniversitären Forschung wurden unter der Ägide des Wissenschaftsrats und der von ihm getragenen Evaluationen beurteilt, abgewickelt und umstrukturiert. Die Neustrukturierung der Hochschulen und die damit verbundenen personalpolitischen Entscheidungen fanden in der Verantwortung der einzelnen neu eingesetzten Länderregierungen statt. Beides war kaum aufeinander abgestimmt. Der Föderalismus hatte sich rasch gesamtdeutsch etabliert. Im

Rückblick auf diese Verfahren ist vieles weiterhin sehr kontrovers. Die Diskussion verläuft oft im Modus von Kritik, Selbstkritik und Verteidigung.

3. Um die Ergebnisse. Dies ist ein weites Feld. Manches ist eklatant gescheitert, so das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP). Manches ist sehr gut gelungen, so der Aufbau vieler neuer Institute, einschließlich der Geisteswissenschaftlichen Zentren, von denen die meisten auch heute noch bestehen und gut funktionieren. Wie beurteilen wir die Mischung von Erfolgen und Misserfolgen bei der Umstrukturierung der Universitäten, wie den Gesamtprozess?

Nach den Ergebnissen aber ist auch im Hinblick auf die Gegenwart zu fragen. Hat die wissenschaftliche Wiedervereinigung die Leistungskraft des gesamtdeutschen Wissenschaftssystems gestärkt oder geschwächt? Wie verhalten sich die – realisierten oder verpassten – Reformen damals zum Reformbedarf heute? Wie steht es um die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Deutschland heute?

Ein weiteres Bündel von Fragen weist über die Wissenschaft hinaus: Was hat die Art der wissenschaftlichen Wiedervereinigung für die gesellschaftliche, politische und kulturelle Wiedervereinigung bedeutet? War sie eher ein Motor oder eher eine Last, oder keines von beidem? Die gesellschaftliche Rolle der Intellektuellen und Wissenschaftler kommt damit in den Blick: in der gewaltlosen Revolution, in der Wiedervereinigung und im Lande bis heute.

Ich möchte eine weitere Differenzierung vorschlagen, die im Hinblick auf jedes der drei genannten Probleme und im Hinblick auf den gesamten Zeitraum im Auge behalten werden sollte: Wenn man von der wissenschaftlichen Umstrukturierung und Wiedervereinigung spricht, dann kann man zwischen drei Dimensionen unterscheiden: einer inhaltlich-kognitiven, einer institutionellen und einer personellen.

Über die inhaltlich-kognitiven Dimensionen der wissenschaftlichen Wiedervereinigung wird merkwürdig wenig diskutiert. Große Kontroversen gibt es auf diesem Gebiet nicht. Insgesamt scheinen die Gewinne eindeutig zu überwiegen. Aus bundesrepublikanischer Perspektive brachte die Einbeziehung der DDR-Wissenschaften Bereicherung, man denke nur an die vielfältigen Akademie-Vorhaben, die insbesondere von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften weitergeführt wurden. Umgekehrt gewannen die DDR-Wissenschaftler den Zugang zur internationalen Wissenschaftler-Kommunität, der vielen von ihnen gefehlt hatte, zu modernen Geräten und Ausstattungen, zur internationalen Literatur. Andererseits werden die inhaltlich-kognitiven Verluste, die ebenfalls nicht fehlten, wenig

kritisiert. Wer trauert schon den Lehrstühlen für Marxismus-Leninismus nach? Kognitiv-inhaltliche Dimensionen behandelt der Band „Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch“ (Akademie Verlag Berlin 1998).

Was die institutionelle Dimension betrifft, sind die Fragen, ist die Kritik niemals verstummt. Hätte man nicht doch das eine oder andere aus der DDR bewahren und ins gesamtdeutsche System übernehmen sollen, etwa die stärkere Betonung der Lehre, die Studienzeitebegrenzungen, das Fernstudienangebot? Hätte man die institutionelle Umstrukturierung nicht doch anders handhaben können? Es sei daran erinnert, dass die beiden Berliner Kunstakademien einen zeitlich gestreckten und verträglicheren Weg der gegenseitigen Anerkennung und Verbindung wählten, als er im Fall der Wissenschaftsakademien gefunden wurde. Weist dies nicht doch auf Handlungsspielräume hin, die im Prinzip auch anders hätten genutzt werden können? Aber insgesamt hält sich die Kritik an den gefundenen institutionellen Weichenstellungen in Grenzen. Niemand scheint sich in der Rückschau das Forschungskombinat „Akademie der Wissenschaften“ als überlegene Alternative der Wissenschaftsorganisation zurückzuwünschen. Kaum jemand trauert der alten Gängelung nach. Wenig Zweifel bestehen, dass die institutionellen Regelungen nach 1990 funktionstüchtiger und leistungsförderlicher sind als jene, die bis 1990 bestanden.

Aber auch personell fand ein tiefgreifender Umbruch statt, und auf ihn vor allem konzentriert sich die rückschauende Kritik. Hier wird weiterhin kontrovers, zum teil bitter geurteilt, kritisiert und verteidigt. Denn hier geht es auch um abgebrochene Karrieren, um den damaligen Kampf um Stellen, um Abstieg und Aufstieg, um West-Ost-Dominanz und Ost-Ost-Konflikte, häufig als konkrete Erfahrungen im Lebenslauf. Hier seien vorweg nur ein paar Zahlen als Schlaglichter genannt: Der Personalbestand im Osten schrumpfte: An den ostdeutschen Hochschulen sank er 1989-95 um ein Viertel bis ein Drittel, dies mehr auf der Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiter und des nicht-wissenschaftlichen Personals als auf der Ebene der Professoren. Im Bereich der außeruniversitären Forschung empfahl der Wissenschaftsrat eine Reduktion um etwa 40 Prozent. Im Bereich der Industrieforschung blieb nicht mehr als ein Viertel der Stellen erhalten. Insgesamt kann man von einer Halbierung des wissenschaftlichen Personals ausgehen.

Häufig fand ein die Einzelnen sehr betreffender Übergang von entfristeten zu befristeten Stellen statt. Und es kam zur massenhaften Ersetzung von Ostdeutschen durch Westdeutsche, besonders in den Leitungspositionen. Anja Burkhardt schreibt, dass 1995 der Anteil westdeutscher Professoren und Professorinnen an ostdeutschen Hochschulen bei 43

Prozent lag, während 55 Prozent der Professoren und Professorinnen aus den neuen Bundesländern und nur zwei Prozent aus dem Ausland stammten. Die Unterschiede zwischen den Fächergruppen waren ausgeprägt. Knapp zwei Drittel der Professoren/innen in den Sprach- und Kulturwissenschaften sowie in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften kamen aus dem Westen, dagegen nur ein gutes Viertel im Bereich der Ingenieur-, Medizin- und Naturwissenschaften.

Noch nie in der deutschen, ja der europäischen Geistesgeschichte, schreibt Hansgünther Meyer in einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), sind in so kurzer Zeit eine solche Menge von Wissenschaftlern von den Hochschulen verwiesen worden, auch nicht 1945 und in den folgenden Jahren, nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur.

Es lässt sich fragen: Machten die letztlich breit gewünschte inhaltlich-kognitive Integration und die letztlich breit akzeptierte institutionelle Neuordnung einen solch fundamentalen personellen Wechsel notwendig? Oder wären Lösungen denkbar gewesen, die schonender mit dem Personal in den beitretenden Ländern umgegangen wären und das Verhältnis von Verlierern und Gewinnern verträglicher austariert hätten? Wer waren die Gewinner und wer waren die Verlierer vor allem, und warum?

Doch geht es in diesem Symposium nicht nur um die Rekonstruktion, Analyse und Bewertung der Entscheidungen und Implementierungen Anfang der 90er Jahre. Vielmehr soll – im Wissenschaftsjahr 2009 – der Blick über die langfristigen Folgen jener Weichenstellungen auf die heutige Situation gerichtet werden. Wurden die heutigen Möglichkeiten und Probleme des Wissenschaftssystems von den Entscheidern und Akteuren in den frühen 90er Jahren vorausgesehen? Hat sich die Problemlage qualitativ und quantitativ verändert? Was lässt sich aus den Reformen Anfang der 90er Jahre für die Problemlösungen heute lernen? Es ist das Ziel dieses Symposiums, den Blick von 1989 aus zurück auf die 40 Jahre der Teilung und voraus auf die 20 Jahre im wiedervereinigten Deutschland zu richten. Es geht um langgestreckte historische Zusammenhänge.

AUFTAKT

WISSENSCHAFT UND WIEDERVEREINIGUNG: GENUTZTE ODER VERPASSTE CHANCEN?

PODIUMSTEILNEHMER

Jens Reich

Molekularbiologe

Gerhard A. Ritter

Historiker

Dagmar Schipanski

Physikerin und Politikerin

Wolfgang Thierse

Politiker

MODERATION

Jürgen Kocka

Sozialhistoriker

JENS REICH
Molekularbiologe

Jens Reich nannte mehrere Faktoren, die die DDR-Wissenschaft im internationalen Wettbewerb geschwächt hätten. Die Ideologie habe sich auch in seinen Bereichen Biologie und Medizin ausgewirkt, wenn auch nicht so stark wie in den Humanities. Er nannte die Lysenko-Wissenschaft, die Verachtung von Kybernetik und Relativitätstheorie, die in den Naturwissenschaften lange gewirkt hätten. Zudem habe die wirtschaftliche Schwäche der DDR die Biologie und Medizin in einer Zeit getroffen, in der sie sich von einem geschlossenen universitären Fach zu einer Industrietechnologie entwickelt hatte. Die schlechte Ausstattung mit Computern konnte auch durch die raffiniertesten ausgedachten Algorithmen nicht überwunden werden. „Der Hauptfaktor ist aber, zumindest in meinem Fach, dass die junge und die aktive mittlere Generation vom internationalen Austausch weitgehend ausgeschlossen worden ist, mit ganz wenigen Ausnahmen.“ Reich resümierte: „Das Gesamtergebnis ist, dass die DDR-Wissenschaft in der Biologie und der Medizin international zum Mittelmaß gehörte. Solide, an sehr vielen Stellen auch gute Arbeit. Aber in der Liga der zehn innovativsten Nationen hat die DDR in meinem Fach nicht mitspielen können.“

Nach der Wiedervereinigung seien die Berufschancen für ostdeutsche Wissenschaftler unterschiedlich verteilt gewesen. Die jüngere Generation habe durchaus ihre Chancen ergriffen, während die mittlere Generation von Wissenschaftlern, die Arbeitsgruppen aufbauen musste, schwer getroffen worden sei und unter den gegebenen Bedingungen nur wenige Chancen gehabt habe, vorne auf den Berufungslisten zu landen. Die Älteren mussten erfahren, dass ihre Lebensarbeit nicht gewürdigt und nichts mehr wert gewesen sei, das habe zu Verbitterung und Enttäuschung geführt. Die Folgen der Umstrukturierung der Wissenschaft bewertete Reich insgesamt positiv: „Nach langem zögernden Anlauf hat sich in meinem Fach Erstaunliches getan im Osten. Es gibt an den Standorten Dresden, Leipzig, Halle und Berlin, Greifswald, Rostock und Jena jetzt international erstklassige Institute.“

Angesprochen auf die unterschiedlichen Wissenschaftlertypen, die die beiden Systeme hervorgebracht hätten, erklärte Reich: „Die Wissenschaftsgruppe in der DDR war eine Lebensgemeinschaft. Heute macht sie die ganze Struktur, zumindest dort, wo ich das überblicke, zu Söldnertruppen.“ Die Wissenschaft in den außeruniversitären Instituten habe zu sehr Charakter eines Durchlauferhitzers für die junge Generation.

Kritisch sei anzumerken, obwohl dies nicht auf 1989 zurückzuführen sei: „Deutschland nimmt in meinem Fach international nicht den Rang ein, den es nach seiner wirtschaftlichen und seiner Man-Power in der Lage sein müsste einzunehmen“.

GERHARD A. RITTER
Historiker

Mit Blick auf die Zeit vor 1989 betonte Gerhard A. Ritter, „dass die Bedeutung der Wissenschaften im DDR-System klar erkannt wurde. Es war nur so, dass es nicht zu guten Ergebnissen geführt hat. Es lag nicht an der Unterfinanzierung. Es muss wohl am System gelegen haben.“ Als das System zusammenbrach, so Ritter, schlugen die politischen Grundsatzentscheidungen auf den Wissenschaftsbereich durch: „Mit der Entscheidung für fünf neue Länder stand gleichzeitig eindeutig fest, dass die Akademie nicht erhalten bleiben konnte. Denn es war undenkbar, dass eines der Länder diese Riesenakademie mit fast 24.000 Mitarbeitern tragen könnte.“

Obgleich er glaubte, dass bei der „Abwicklung“ durch eine bessere Finanzierung Wissenschaftler hätten aufgefangen werden können, sieht er den Elitenwechsel positiv: „Insgesamt ist der Austausch des führenden Hochschulpersonals den Ost-Universitäten zugute gekommen, die meines Erachtens sehr leistungsfähig sind. Zumindest in dem Bereich, den ich am besten überblicke, die Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität. Sie ist eine der führenden, wenn nicht die führende Hochschule in Deutschland und kann international mit ihren besten Köpfen mit Harvard und Oxford mithalten.“ Die verbliebenen und zu lösenden Missstände in der ostdeutschen Forschungslandschaft sieht er an anderer Stelle: „Wo ich das Hauptproblem sehe, ist die völlige Unterentwicklung der Industrieforschung. Man muss da in gewissem Umfang gegensteuern.“ Nur vereinzelt seien „neue Industrien entstanden, die ganz innovativ sind, leider zu klein im Gesamtumfang, aber immer in enger Verbindung mit den Universitäten und natürlich auch außeruniversitären Forschungsstätten, wie etwa in Adlershof“, konkretisierte Ritter.

Die Wiedervereinigung der Wissenschaften wertete Ritter als Erfolg angesichts des Rückstands, des Fehlens des internationalen Wettbewerbes und der Missentwicklung, die es in der DDR gegeben habe. Er prognostizierte, „dass der Osten, weil er flexibler und anpassungsfähiger ist, weil er mehr gelernt hat, mit Problemen umzugehen, besser aus der Krise herauskommt, als der Rest der Bundesrepublik.“

DAGMAR SCHIPANSKI
Physikerin und Politikerin

Dagmar Schipanski wies auf die Unterschiede der beiden deutschen Wissenschaftssysteme vor 1989 hin und bewertete das der DDR kritisch. Sie betonte, dass „die Hochschullandschaft zentral gesteuert wurde, Forschungsziele vorgegeben waren und somit die Freiheit der Forschung in der DDR nicht existierte, der „Zugang zum Studium rigide beschränkt“ gewesen sei. „Nicht allein die Leistungen waren das Ausschlaggebende, sondern die soziale Herkunft spielte eine ebenso große Rolle wie das politische Wohlverhalten dem Staat gegenüber“, fügte sie hinzu. Umso entscheidender war für sie, dass 1990 im ostdeutschen Wissenschaftssystem eine personelle Erneuerung stattfand: „Es war wichtig, Neuberufungen und eine Umstrukturierung durchzuführen, die persönliche Integrität und ebenso die fachliche Eignung zu überprüfen.“ Denn: „Die Isolierung von der freien Welt, das Abgeschnittensein von Literatur, das Bespitzeln sowie das Aufoktroyieren von bestimmten Forschungszielen war mit Personen verbunden.“ Sie zeigte sich erleichtert, dass heute „nicht mein Genosse Direktor, die Deutungshoheit darüber hat, was in der DDR-Zeit an der Hochschule passiert ist, sondern, dass wir heute die Dinge, die nicht in Ordnung waren, offen zur Sprache bringen.“

Bei aller Kritik kehrte sie aber auch hervor, was aus der DDR an Positivem in die Struktur der neuen Wissenschaftslandschaft übernommen werden konnte: „Der hohe Stellenwert der Lehre ist von den ostdeutschen Universitäten zum größten Teil beibehalten worden, aber leider nicht zum Impuls für das westdeutsche System geworden.“ Lobend äußerte sie sich über die neuen Forschungsinstitute im Osten, die viel flexibler, schlanker und damit effektiver angelegt seien als die im Westen, was auch die vielen Evaluationen belegten. „Ich finde es eine Erfolgsgeschichte. Jetzt haben wir eine blühende Landschaft“, bilanzierte sie schließlich die Neuordnung des ostdeutschen Wissenschaftssystems.

Angesichts der derzeitigen Studentenproteste sah sie jedoch im Osten wie im Westen dringenden Handlungs- und Finanzierungsbedarf, da vor allem die „Personalausstattung der Universitäten dem veränderten Studienangebot nicht gerecht“ werde. „Mehr Personal im Mittelbau für die Lehre einzustellen, ist eine ganz wichtige Voraussetzung, um die Lehre in ganz Deutschland zu verbessern“, lautete ihr Appell. Am Ende forderte sie dazu auf, einen zentralen Vorschlag des Wissenschaftsrats von 1990 wieder zu beherzigen: „Der Wissenschaftsrat hat in seiner ersten Empfehlung geschrieben, man sollte den Prozess der Wiedervereinigung dazu nutzen, auch das eigene System kritisch zu reflektieren und Veränderungen vorzunehmen.“

WOLFGANG THERSE

Politiker

Wolfgang Thierse widersprach der von Günther Stock geäußerten Bewertung, dass das westdeutsche Wissenschaftssystem dem ostdeutschen nicht übergestülpt worden sei: „Was war denn das, die Vereinigung? Es war doch das Zusammenkommen eines zusammengebrochenen politisch-ökonomischen Systems und eines ziemlich erfolgreichen politisch-ökonomischen Systems. Bei einem solchen Zusammenkommen sind die Gewichte verteilt. Bei dem einen muss sich alles ändern, bei dem anderen nicht. Das ist das Grundmuster: Die einen wurden die Lehrlinge, die anderen Lehrmeister.“ Er beschreibe das ohne jeden Vorwurf, zumal es im Prinzip und unter dem vorhandenen Zeitdruck damals auch keine Alternative gegeben habe: „Für die ostdeutsche Wissenschaft war es ja eine Befreiung von politisch-ideologischer Bevormundung.“ Dennoch müsse gesehen werden, „dass nach dem Aufbruch im Prozess der Umgestaltung Ostdeutsche immer weniger Akteure waren. Sie wurden immer mehr zu Objekten. In allen Kommissionen – egal welchen – Evaluierungskommission, Berufungs- und Strukturkommission dominierten die Westdeutschen. Auch das ist ein fast unweigerlicher Vorgang, aber er ist mit Folgeschmerzen verbunden, die bis heute nachwirken.“

Thierse verwies dass dies mit negativen Folgen für viele ostdeutsche Wissenschaftler verbunden war: „Es war ein schmerzlicher Prozess eines brutalen personellen Austauschs.“ In fünf Jahren seien an der Humboldt-Universität 500 Professoren ausgetauscht worden. Von Peer Steinbrück habe er erfahren, dass insgesamt 22.000 Wissenschaftler in Ostdeutschland abgewickelt worden seien: „Ich glaube, das ist ein wissenschaftsgeschichtlich unvergleichlicher Vorgang.“ Man müsse darüber sprechen, ob der Personalabbau mit der gleichen Gründlichkeit in den unterschiedlichen Disziplinen notwendig war: „Hatten ostdeutsche Nachwuchswissenschaftler und diejenigen im mittleren Bereich gleiche Chancen? Wurden sie nicht immer verdrängt von westdeutschen Bewerbern, aufgrund der Kommissionen, die dann entschieden nach Personalkennntnis, nach Zugehörigkeit zu Schulen, zu Netzwerken? Ich glaube nicht, dass sie eine gleiche faire Chance hatten.“

Er lobte die großen wissenschaftspolitischen und finanziellen Anstrengungen nach 1990 in Ostdeutschland. In der Industrieforschung und der privat finanzierten Forschung läge der Osten allerdings de facto danieder: „Da ist ein dramatischer Einbruch gewesen und das hat natürlich auch mit der Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft zu tun.“

Thierse sah 20 Jahre nach dem Mauerfall Deutschland endlich in der Lage anzugehen, was er sich schon 1990 gewünscht habe: „Gemeinsam Reformen machen, gemeinsam dieses Land verändern.“

FORUM I
40 JAHRE GETEILTE WISSENSCHAFT

IMPULSREFERAT I
„Bündnis von Geist und Macht.
Wissenschaft in der DDR“

Richard Schröder
Theologe

IMPULSREFERAT II
„Bündnis von Geist, Wirtschaft und (verteilter)Macht.
Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland“

Winfried Schulze
Historiker

PODIUMSDISKUSSION

Hubert Laitko
Wissenschaftshistoriker

Andreas Malycha
Historiker

Richard Schröder
Theologe

Winfried Schulze
Historiker

Dagmar Simon
Politologin

MODERATION

Etienne François
Historiker

RICHARD SCHRÖDER
IMPULSREFERAT I
„Bündnis von Geist und Macht. Wissenschaft in der DDR“

Der Titel meines Vortrags ist dem Aufruf der SED zum 20. Jahrestag der DDR nachempfunden. Dort hieß es nämlich: „In der DDR ist der alte Traum der Einheit von Geist und Macht verwirklicht.“ Alle kommunistischen Parteien hatten mit einer grundsätzlichen Aporie zu kämpfen. Sie erhoben den Anspruch auf die einzige wissenschaftliche Weltanschauung, aus der sie ihre Politik und die Legitimation der Diktatur ableiteten, hatten aber keine Wissenschaftler in ihren Reihen. Ich kann nicht genau sagen, wie viele Mitglieder des Politbüros der SED Abitur hatten, sicher weiß ich es nur von Horst Sindermann. Als die SED die Macht übernahm, und das geschah bekanntlich schon in der Sowjetischen Besatzungszone, konnte sie auf die „bürgerliche“ medizinisch-technische Intelligenz, wie sie zu sagen pflegte, nicht verzichten, obwohl sie als „bürgerliche“ eigentlich nicht die richtige war. Lenin hatte seinerzeit für diese derzeit noch unverzichtbaren „bürgerlichen“ Fachleute den Ausdruck der „nützlichen Idioten“ geprägt.

Ich weiß, wovon ich rede, denn „bürgerliche Intelligenz“ war auch meine soziale Herkunft mit der Folge, dass mir, wie meinen Geschwister bis auf den jüngsten, nach Abschluss der 8. Klasse der Besuch der Oberschule verweigert wurde. In meinem Geburtsort sind zwei der drei Ärzte und viele andere auch aus diesem Grund in den Westen gegangen: verweigerter Zugang der Kinder zu Abitur und Studium aus Gründen des sogenannten Klassenkampfes. Wer über Wissenschaft in der DDR reden möchte, darf diesen ungeheuren Aderlass nicht übersehen, von dem übrigens der Westen mächtig profitiert hat.

Es gibt ein Ethos der Wissenschaft, ohne das sie zur Pseudowissenschaft verkommt. Man kann es kurz Wahrhaftigkeit nennen. Wahrhaftigkeit ist in mindestens zwei Feldern gefordert:

1. unangenehme Tatsachen gelten lassen, das soll heißen: Sachverhalte respektieren, die sich nicht den eigenen Erwartungen fügen, denn diese sind es, die die Wissenschaft voranbringen, und
2. die Auffassungen wissenschaftlicher Gegner so wiedergeben, dass die Gegner die Wiedergabe akzeptieren können.

Ohne diese beiden Grundsätze kann es keine Wissenschaft geben, die den Namen verdient. Andererseits wird wahrscheinlich niemand diesen beiden Grundsätzen vollkommen entsprechen. Ganz anders liegen aber die Dinge, wenn jemand öffentlich erklärt, dass er ihnen gar nicht entsprechen will. Das war nun bei der SED der Fall. Sie hat den so genannten „Objektivismus“ in der Wissenschaft regelrecht bekämpft und Parteilichkeit gefordert,

nämlich im Sinne des Marxismus-Leninismus, der in der jeweils offiziellen Version durch Schule und Schulung systematisch verbreitet wurde und keinen Widerspruch duldete. Dass sie keinen Widerspruch duldete, lag daran, dass sie die Herrschaftslegitimation lieferte. Die geschichtsphilosophische Theorie des gesetzmäßigen Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus legitimierte die Diktatur, ersetzte die Legitimation durch freie Wahlen und schuf ein Klima der Zensur und Selbstzensur, das allerdings nicht alle so erlebt haben. Denn wer sich nicht bewegt, spürt auch die Fesseln nicht. Innerhalb der SED sind Abweichungen von der Parteilinie auch in „wissenschaftlichen“ Fragen, denn der Marxismus-Leninismus galt ja als die einzig wahre Wissenschaft, mit Berufsverbot oder auch Zuchthausstrafen geahndet worden. Fraktionsbildung war strafbar. Ich nenne hier nur die prominenten Fälle Harich, Havemann, Ruben, Bahro.

Alle Oberschüler und Studenten mussten in der DDR den Marxismus-Leninismus studieren und wurden darin geprüft. Die entsprechenden Hochschullehrbücher, nämlich über Dialektischen und Historischen Materialismus, Wissenschaftlichen Kommunismus sowie Kapitalistische und Sozialistische Ökonomie, hätten eigentlich alle Westdeutschen, die nach 1990 im Osten mit Evaluationsaufgaben betraut worden sind, vorher lesen müssen, um zu wissen, was in diesem Lande 40 Jahre lang jedem Studenten beigebracht worden ist. Diese Lehrbücher sind, wie die Vorworte ausweisen, unter Mitarbeit der höchsten wissenschaftlichen Gremien der DDR erstellt worden, darunter auch das philosophische Zentralinstitut der Akademie der Wissenschaften der DDR, aber von „Autorenkollektiven“, so dass nur Insider wissen konnten, wer genau was geschrieben und wer es überarbeitet hat. Das Individuum verschwand hinter dem Kollektiv, auch das verträgt sich nicht mit dem Geist der Wissenschaft. Der Marxismus-Leninismus hat auch bei widerständig gesonnenen Geistern schlimme Begriffsverwirrungen hinterlassen, wie an den öffentlichen Diskussionen des Herbstes 1989 deutlich wurde. Ich nenne nur ein Beispiel. Lothar Bisky, selbst von der SED reglementiert, hat als Chef der Filmhochschule nach der Maueröffnung eine offene Diskussionsveranstaltung angesetzt. Thema: „Wie viel Demokratie braucht die Diktatur?“ Dahinter stand die Selbstbezeichnung der SED-Herrschaft als „Diktatur des Proletariats“, die er nicht infrage stellte. Möglicherweise hat er das Absurde in der Frage damals gar nicht bemerkt. Man kann aber auch vermuten, dass die Themenstellung listig gemeint war.

Ich habe zu DDR-Zeiten immer angenommen, die Verfasser jener Lehrbücher und anderer Texte seien von dem, was sie schrieben, auch überzeugt gewesen, obwohl ich mir nicht erklären konnte, wie das möglich ist. Das muss ein Irrtum gewesen sein. Denn noch unter der Regierung Modrow (SED) wurden an den Universitäten der Pflichtunterricht in die

Sektionen Marxismus-Leninismus abgeschafft – warum eigentlich? Nach dem Mauerfall verschickten Verlage an die Buchhandlungen Listen mit Büchern, die umgehend aus den Regalen zu nehmen seien. Man wusste also ganz genau, mit welchen Büchern man sich in einer unzensurierten Öffentlichkeit blamiert. Das Dezemberheft 1989 der Deutschen Zeitschrift für Philosophie war sehr dünn. Viele Autoren hatten nach dem Mauerfall ihre Beiträge zurückgezogen. Das ist doch ein seltsamer wissenschaftlicher Beitrag, der nach einer Grenzöffnung seine Publikationswürdigkeit verliert – nach Meinung des Verfassers!

In einer hochschulpolitischen Richtlinie der SED von 1958 wurde gefordert: „Durchsetzung des Marxismus-Leninismus zur herrschenden, alle Disziplinen durchdringenden Ideologie, Sicherung der führenden Rolle der Arbeiterklasse an der Hochschule, Forschung, Lehre und Ausbildung auf den höchsten Stand moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse zu heben und eindeutig auf die Erfordernisse des sozialistischen Aufbaus zu orientieren, (...) alle Angehörigen der Universitäten und Hochschulen zu einem hohen sozialistischen Bewusstsein zu erziehen.“ Diese Zielstellungen sind nie aufgegeben worden.

Meines Wissens ist nur ein einziges Mal der Protest eines Wissenschaftlers gegen diese Reglementierung der Wissenschaften öffentlich geworden. Am 12. April 1958 beschwerte sich der Biologe Kurt Mothes bei einer Tagung über Fragen der sozialistischen Bewusstseinsbildung vor 700 Zuhörern in Anwesenheit von Walter Ulbricht, über die Unruhe, die durch ideologische Kämpfe, Verfolgungskampagnen und Bürokratisierung entstehe. Diese Unruhe erzeugten Personen, „die an der wissenschaftlichen Arbeit vollständig unbeteiligt sind. Unsere Universität wird mehr und mehr von Männern bestimmt, die niemals wissenschaftlich gearbeitet haben, die es auch nicht tun werden und die uns ununterbrochen hereinreden.“ „Wenn (...) unablässig solche Meinungen an uns herangetragen werden, dass die Mendelschen Gesetze falsch sind, dass die Welt unendlich sei, weil es Engels gesagt hat, und wenn Physiker sagen, die Welt ist endlich, so ist das falsch, so ist dazu zu sagen, dass wir Wissenschaftler nur existieren können, wenn wir alles in Frage stellen.“ Dieser aufsehenerregende Disput fand damals erstaunlicherweise in der Tagespresse einen Niederschlag. Ein zweites, ähnliches Ereignis ist mir aus vierzig Jahren DDR nicht bekannt geworden. Und wer nicht das internationale Ansehen von Kurt Mothes besaß, hätte mit einer solchen Erklärung seine wissenschaftliche Karriere sofort beendet.

Der Anspruch des Marxismus-Leninismus bezog sich auf alle wissenschaftlichen Disziplinen, aber nicht gleich intensiv auf alle. Am stärksten war er wirksam in den damals so genannten Gesellschaftswissenschaften, weil diesen vor allem die politische

Legitimationsaufgabe zukam. Es gab in der DDR keinen philosophischen Hochschullehrer, der erklärte, er vertrete eine andere philosophische Richtung als die des Marxismus-Leninismus – im Unterschied etwa zu Polen. In den Natur- und Technikwissenschaften war die Lage etwas anders. Da waren auch aus wirtschaftlichen Gründen brauchbare und nicht zuerst ideologisch richtige Erkenntnisse gefragt. Und wer sich unter das Messer des Chirurgen begibt, schätzt dessen Können im Fach höher als seine Linientreue. Der Anspruch auf ideologische Führung erstreckte sich aber auch auf die Naturwissenschaften, denn Engels hatte das Buch Zur Dialektik der Natur hinterlassen. Es gab da wohl, wie mir berichtet wurde, eine gewisse Arbeitsteilung. Die einen schrieben die Bücher, die das richtige marxistisch-leninistische Verständnis der Naturwissenschaften darlegten, die anderen forschten sozusagen hinter diesem Schutzschild einigermaßen unbehelligt in ihrem Spezialgebiet, und das durchaus mit respektablem Erfolg, obwohl oft mit veralteten technischen Hilfsmittel, weil Devisen fehlten. Von der Rechtswissenschaft, Geschichtswissenschaft oder Literaturwissenschaft kann man das nicht ebenso sagen. Von der Ökonomie ist mir eine andere Zweiteilung berichtet worden. Die einen schreiben die offizielle Lehre von der kapitalistischen und sozialistischen Ökonomie fort, andere durchforsten die ökonomische Literatur des Klassenfeindes nach Elementen, die man übernehmen könnte, um die praktischen Dilemmata der real existierenden sozialistischen Ökonomie zu mildern. Außerdem wurde die Wissenschaft durch einen exzessiven Geheimhaltungswahn beeinträchtigt. Es gab geheime Dissertationen und in den Bibliotheken sekretierte Bücher, die nur mit Sondererlaubnis entliehen werden durften. Konrad Lorenz war zwar Mitglied der Leopoldina, aber an der Berliner Universitätsbibliothek waren seine Bücher „sekretiert“.

Wissenschaft und Wiedervereinigung, das ist verständlicherweise das Thema, das vor allem Westdeutsche interessiert, die sich im Zuge der Wiedervereinigung mit Evaluationen und dem Umbau der Wissenschaftslandschaft der DDR befassen mussten, eine für viele unangenehme Aufgabe, die sie am liebsten auf gleicher Augenhöhe und symmetrisch vollzogen hätten, jeder bringt das Seine ein und daraus entsteht etwas Neues. Nicht wenige bekennen im Nachhinein schuldbewusst, sie hätten dem Osten das westdeutsche System übergestülpt. Buße tun ist immer gut, möchte man meinen. Das stimmt aber nicht. Buße tun am falschen Fleck ist falsch. Es ging nicht um den Beitritt des Saarlands zur Bundesrepublik, sondern um die Hinterlassenschaft einer Weltanschauungsdiktatur, die die Geistes- und Sozialwissenschaften systematisch missbraucht und instrumentalisiert hat für die Legitimation der Diktatur und nach diesem Kriterium Personalpolitik betrieben hat, von der Zulassung zur Oberschule an, mal schärfer, mal lockerer. Meine Tochter wollte 1989 zur Oberschule

zugelassen werden und Jura studieren, weil sie Anwalt für einen menschenfreundlichen Beruf hielt. Der Schulleiter hat ihr klipp und klar erklärt, bei ihrer Einstellung könne sie das vergessen. Ich habe den Schulleiter deswegen aufgesucht. Aus dem ergebnislosen Gespräch ist hier eines interessant. Er erklärte nämlich, wer mit dem Ziel des Jurastudiums auf die Oberschule zugelassen wird, entscheidet das Kreisgericht.

Auf gleicher Augenhöhe, das hätten sich auch die führenden Wissenschaftsfunktionäre der DDR gewünscht. So zum Beispiel Horst Klinkmann. In der Podiumsdiskussion der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Berliner Akademiegeschichte im 19. und 20. Jahrhundert hat er gesagt, „dass die Politik damals der Wissenschaft eine Chance verwehrt“ habe, nämlich „die Erfahrungen aus diesen unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen in den gärenden Brei der reformgestauten Wissenschaft der alten Bundesländer“ einzubringen. Es ging hier nicht um die interdisziplinäre Vereinigung von Erfahrungen aus dem Laubwald und aus dem Nadelwald, sondern um die Beeinträchtigung von Wissenschaftlichkeit selbst, durch Zensur und Selbstzensur. Und er stilisierte sich als Opfer. Das löste bei vielen Westdeutschen reflexartig Mitleid und Schuldgefühle aus. „Unterschiedliche Gesellschaftsordnungen“ ist ein verharmlosender Euphemismus. Es ging, als die SED noch im Sattel saß, nicht um unterschiedliche Gesellschaftsordnungen, sondern um die dekadente, unmenschliche und zu echter Wissenschaft unfähige geschichtlich überholte bürgerliche Gesellschaftsordnung dort und die allseitig überlegene sozialistische Gesellschaftsordnung hier, verbunden mit einem aggressiven Feindbild. Eine andere beliebte Entschuldigungsstrategie führte die Deformationen der wissenschaftlichen Kultur in der DDR auf den Kalten Krieg zurück, von dem es aber bis 1989 hieß, das sozialistische Lager werde ihn „gesetzmäßig“ gewinnen.

Die Akademie der Wissenschaften habe ich ein einziges Mal betreten. Durch Vermittlung von Herrn Irmischer und über das Thema „Patristik“ bekamen mein Kollege Wolfgang Ullmann und ich, damals Dozenten an der Kirchlichen Hochschule Ostberlin, eine Einladung zu einem Aristoteleskongress. Mir sind zwei Vorträge in Erinnerung. Eine Gesellschaftswissenschaftlerin folgte aus der Tatsache, dass Aristoteles die Tugenden als die Mitte zwischen zwei Lastern definiert, dass er der athenischen Mittelschicht angehört haben muss. Ich habe mir dafür den Ausdruck sozialökonomische Allegorese zurecht gelegt. Ein anderer Vortrag behandelte sehr kundig mineralogische Einsichten bei Aristoteles. Er stammte von einem Mitarbeiter des Naturkundlichen Museums in Dresden. Das war durchaus typisch. Die Kundigen saßen in irgendeinem Winkel, die vorne saßen, redeten Blamables. Ich schränke dies Urteil ein auf das Gebiet, von dem ich etwas verstehe: Philosophie und Philosophiegeschichte.

1978 erschien im Akademie-Verlag ein Buch über die copernicanische Wende, verfasst von einer Mitarbeiterin des Zentralinstituts für Astrophysik der Akademie der Wissenschaften der DDR. Den Namen nenne ich nicht, die Autorin ist aber heute in einem Max-Planck-Institut beschäftigt, also nicht ins Loch gefallen. Am Ende der 90-seitigen Einleitung steht folgendes: „Wenn die Bourgeoisie, als sie zur Herrschaft gelangte, den Erdball eroberte und den Weltmarkt schuf, so wird – wenn die Arbeiterklasse den Sieg des Sozialismus auf der ganzen Welt errungen haben wird – die Menschheit eine den ganzen Erdball erfassende Weltproduktion schaffen und den Kosmos erobern.“ Da die kopernikanische Wende zu meinen Forschungsgebieten gehörte, habe ich ihr eine sehr kritische Besprechung ihres seltsamen Buches geschickt, ohne je eine Reaktion von ihr zu bekommen. An Veröffentlichung war selbstverständlich nicht zu denken. Als ich Fraktionsvorsitzender der SPD in der Volkskammer war, bekam ich von derselben Autorin einen Aufsatz zugeschickt - ausgerechnet über Hegels Religionsphilosophie. Sie hatte vergessen, dass sie schon einmal Post von mir bekommen hatte. Ich habe sie daran erinnert und etwas boshaft ihr jene Besprechung noch einmal zugeschickt und seitdem von ihr nichts mehr gehört.

Es gab an der Akademie der Wissenschaften der DDR zweifellos tüchtige Leute – als Mitarbeiter, aber nicht unbedingt ebenso als Mitglieder. Das unterschied sie sehr von der Leopoldina in Halle. Wie es an der Akademie der Wissenschaften zugehen konnte, will ich an einer Geschichte illustrieren. Ich habe sie damals so erzählt bekommen: Noam Chomsky war der SED als Gegner des Vietnamkriegs positiv aufgefallen. Daraufhin wurde sein Buch über strukturelle Grammatik in der DDR gedruckt und an der Akademie durfte über strukturelle Grammatik geforscht werden. Dann stieß der SED auf, dass Chomsky ein Trotzkiist sei und die Arbeitsgruppe Strukturelle Grammatik wurde zurückgestuft.

Die SED hat bekanntlich einige Akademien neu gegründet, darunter die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Mithilfe dieser Akademie hat die SED die gesamte Wissenschaftslandschaft folgendermaßen kontrolliert. 1964 wurden wissenschaftliche Räte eingerichtet, in denen die Direktoren der Forschungseinrichtungen aus Akademien und Hochschulen nach Disziplinen zusammengefasst wurden. Die Vorsitzenden dieser Räte waren immer in Personalunion Direktoren an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Damit war die gesamte Forschung direkt vom ZK kontrolliert. 1987/88 wollte Rolf Reisig das an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED existierende Institut für Wissenschaftlichen Sozialismus in ein Institut für Politikwissenschaften umprofilieren. Das hat der Chefideologe der SED, Kurt Hager, mit folgendem Argument verhindert: die SED-Führung betreibe schon

immer eine „wissenschaftliche Politik“ und benötige „keine zusätzliche Wissenschaft von der Politik“. In den 70er Jahren haben die Soziologen an der AdW Hansgünter Meyer und Manfred Lötsch eine gewaltige empirische Untersuchung über die Auswirkung der Doppelhierarchie von Partei und staatlichen Behörden in der zentralgeleiteten Wirtschaft der DDR angestellt mit der Befragung von 14.000 Probanden und dafür drei Großrechner eingesetzt. Das Zentralinstitut für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften hat die Löschung sämtlicher Daten verfügt, weil die Untersuchung gegen den VIII. Parteitag der SED gerichtet und völlig unwissenschaftlich sei.

Es ist doch leider kein Zufall, dass an der Herbstrevolution weder Studenten noch Professoren – von einigen Theologiestudenten abgesehen – eine nennenswerte Rolle gespielt haben. Die Demonstrationen nahmen meist von kirchlichen Friedensgebeten ihren Ausgang. An der Humboldt-Universität gab es Ende der achtziger Jahre eine Arbeitsgruppe „Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus“, deren Mitarbeiter Michael Brie, Rainer Land, Dieter Segert und Rosemarie Will sich nach den Maßstäben des Politbüros berechtigterweise für aufmüpfig hielten. Ihr Ende Oktober 1989 vorgestelltes Papier enthielt allerlei Ratschläge mit der Pointe: um die führende Rolle der SED nicht zu gefährden. Die oppositionellen Gruppen sollten in der Öffentlichkeit toleriert, aber unbedingt von der Macht ferngehalten werden. Ich habe einen der Akteure einmal gefragt, warum sie das so geschrieben haben. Er hat mir geantwortet, das sei eben ein letzter Versuch gewesen, dem Politbüro Reformen schmackhaft zu machen. Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass, sage ich dazu.

In der DDR hat im Herbst 1989 eine Revolution stattgefunden. Jede Revolution hat unumgänglich mindestens einen partiellen Elitenwechsel zur Folge, sonst ist sie keine. Der musste auch diejenigen Teile der Wissenschaften betreffen, die die Funktion hatten, die Diktatur zu legitimieren. Da wir ein geteiltes Land waren, war der erste Gebrauch der neuen Freiheit der schnelle Weg zur Einheit. Daraus entstand die missliche Lage, dass die frei gewählte Volkskammer die DDR nicht ordentlich aufgeräumt in die Einheit führen konnte. Die Richterüberprüfung, die Bereinigung der Wissenschaftslandschaft, die Auflösung der NVA und vieles andere haben wir vor der Vereinigung nicht mehr geschafft. Es ist nicht in Ordnung, wenn Westdeutsche, die nun mitwirken mussten, die postrevolutionäre Situation übersehen und denken, es sei um die Vereinigung von zwei gleichberechtigten deutschen Staaten gegangen.

WINFRIED SCHULZE
IMPULSREFERAT II

„Ein Bündnis von Geist, Wirtschaft und (verteilter) Macht.
Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland“

Bei der Formulierung meines Themas bin ich der Vorgabe von Richard Schröder gefolgt, der die Verhältnisse der DDR-Wissenschaft als „Bündnis von Geist und Macht“ charakterisiert. Es lag deshalb nahe, diesen Duktus des Titels aufzunehmen, und folglich habe ich - ein „Bündnis von Geist, Wirtschaft und (verteilter) Macht“ sehen wollen, um das Wissenschaftssystem der alten Bundesrepublik zu charakterisieren.

Eine Vorbemerkung sei mir erlaubt: Wenn man die Entwicklung des Wissenschaftssystems der alten Bundesrepublik im Vergleich mit dem der DDR skizzieren möchte, dann kann man sich - wie auch in anderen Bereichen – nur schwer der Logik der faktischen Entwicklung entziehen. Die neuen Bundesländer wählten den Beitritt nach Artikel 23 GG und erkannten damit de facto die Überlegenheit des bundesrepublikanischen Systems an, das nach 1990 folgerichtig auf die neuen Bundesländer ausgedehnt wurde. Insofern liegt in jedem Versuch der Rekonstruktion auch eine gewisse Tendenz zur Teleologie. Ich will versuchen, diesem Trend zu entgehen, indem ich die Kontingenz und Konflikthaltigkeit der Entwicklung des bundesrepublikanischen Systems stark betone.

Die Organisation wissenschaftlicher Forschung stellte sich in ihren Grundstrukturen vor 1989 nicht wesentlich anders dar als heute. Neben den Universitäten und Fachhochschulen und ihrem breit gefächerten Spektrum von Forschung und Lehre, für dessen Förderung im Januar 1949 die Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft wiedergegründet wurde, standen und stehen die so genannten vier Säulen der außeruniversitären Forschungsorganisationen, also Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren, Fraunhofer-Gesellschaft und die Leibniz-Gemeinschaft, die Akademien der Länder will ich hier nicht berücksichtigen, was sicherlich eine erhebliche Differenz zur DDR ausmacht. Diese Grundstruktur unserer Wissenschaftslandschaft, die heute wie vor 20 Jahren gar nicht anders denkbar erscheinen mag, war aber keineswegs mit der Gründung der Bundesrepublik schon vorgegeben, denn nur die MPG und die Notgemeinschaft konnten an die Vorbilder der alten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von 1911 und der alten Notgemeinschaft von 1920 anknüpfen, ohne diese aber restaurieren zu können. Die anderen Organisationen entstanden dagegen neu.

Insgesamt überrascht im Rückblick die außerordentlich schnelle Rekonstruktion der deutschen Wissenschaftslandschaft, und dies gilt sowohl für die Universitäten als auch für die

wissenschaftliche Forschung, die den Zustand der „Zusammenbruchsgesellschaft“ nach dem Krieg schnell überwand und sich letztlich auch durch das so genannte „kriegswichtige Forschungsarbeiten“ verbotende Kontrollratsgesetz Nr. 25 nicht wesentlich aufhalten ließ. Dieses Gesetz zwang die Forschung stark in die Bahnen der Grundlagenforschung und hat insgesamt sicher mit dazu beigetragen, dass nach 1955 die Atomforschung relativ schnell in mehreren Zentren entwickelt werden konnte. Auch die so genannten „intellektuellen Reparationen“, um den Begriff von John Gimbel aufzugreifen, also der Abtransport deutscher Wissenschaftler in die USA und die Sowjetunion und die Patentverluste der deutschen Industrie hatten keineswegs die zunächst befürchteten negativen Auswirkungen. Theodor Heuss hat das Phänomen des schnellen Wiederaufstiegs der Bundesrepublik mehrfach mit dem Begriff des Paradoxons zu charakterisieren versucht. Auf der ersten Jahresversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Köln im Juni 1950 sprach er von der "Paradoxie, dass der Gegner von gestern zum Helfer von heute geworden ist."

Dieses System der vier Forschungssäulen entstand vielmehr in dem bemerkenswert kreativen Jahrzehnt 1946-1956 und zwar – dieses wäre meine Hauptthese – ohne jeden größeren Plan und in zum Teil heftigen Auseinandersetzungen. An denen waren jedoch weniger die politischen Parteien, als vielmehr der Bund, die Länder, die Wissenschaft selber und nicht zuletzt auch die Wirtschaft beteiligt. Dieses von Konflikten geprägte Zusammenspiel, das auch die weitere Entwicklung – bis in die heutige Zeit - prägen sollte, hat mich auch zum Titel meines kurzen Vortrags bewogen, der ganz bewusst von „verteilter Macht“ spricht. Mit verteilter Macht möchte ich zwei unterschiedliche Dimensionen ansprechen: Zum einen die Verteilung der Macht zwischen Bund und Ländern als den wichtigsten Geldgebern, zum anderen aber auch die Verteilung der Kompetenzen in den Forschungsorganisationen auf einer gleitenden Skala zwischen reiner Grundlagenforschung auf der einen Seite und angewandter Forschung auf der anderen Seite.

Die sehr bald einsetzende Differenzierung der Forschungslandschaft in Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Großforschung und die so genannten Königsteiner Institute der (späteren) Leibniz-Gemeinschaft folgte dabei letztlich dem groben Modell der linearen Forschungskette, das heißt dem Gedanken einer prinzipiellen Trennung und Abfolge zwischen den Bereichen von Grundlagenforschung, Entwicklung und Anwendung. Aus diesem Gedanken der prinzipiellen Trennung ergaben sich bei der Gründung der FhG enorme systematische Schwierigkeiten, weil die DFG und der Stifterverband an dem Gedanken festhielten, die DFG zur Dachorganisation aller Forschung, der Grundlagen- wie der angewandten Forschung zu machen. Werner Heisenberg, 1952 um seine Mitarbeit im Senat

der FhG gefragt, schrieb ablehnend, dass "man die in Deutschland früher übliche Trennung zwischen der praktisch wichtigen angewandten Forschung und der nur kulturell bedeutsamen Grundlagenforschung" beseitigen müsse. An seinen Kollegen Adolf Butenandt schreibend wandte er sich gegen die Vorstellung, die MPG treibe nur Grundlagenforschung und die FhG nur die so genannte nützliche Forschung. Und der damalige DFG-Präsident Ludwig Raiser notierte zur gleichen Zeit, es wäre "ein Unglück, reine und angewandte Forschung organisatorisch trennen" zu wollen. Man erkennt hier Äußerungen, die große Unsicherheit, die sich anbahnende Differenzierung der Forschungsaktivitäten, institutionell aufzufangen.

Die so geschaffene Macht- und Kompetenzverteilung ist gerade im Vergleich mit anderen Ländern eines der bemerkenswerten Kennzeichen der deutschen Forschungslandschaft, aber sie war keineswegs alternativlos. Dies soll noch kurz herausgestellt werden: In den Jahren 1949-51 kämpfte die föderale Ausrichtung mit einer zentralstaatlichen Idee von Forschungsorganisation, konkret war das die Auseinandersetzung zwischen dem von Werner Heisenberg begründeten Deutschen Forschungsrat, der dem Bundeskanzleramt zugeordnet sein und die gesamte deutsche Forschung vertreten und koordinieren sollte, und der von Hochschulen und den Ländern getragenen Notgemeinschaft. Heisenberg hatte - vor allem im Interesse der Atomforschung und in weiser Voraussicht der strukturellen Schwäche der Länderfinanzen - eine faszinierende Idee entwickelt, aber sie kollidierte mit der damals schon entwickelten Macht der Länder und dem historisch bedingten Misstrauen gegen zentralistische Lösungen in Deutschland, zumal nach den Erfahrungen des Dritten Reiches. Dieses Misstrauen war auch von den Siegermächten genährt worden.

Die Idee eines zentralen Forschungsrates unterlag, Heisenberg musste klein begeben und sein Deutscher Forschungsrat wurde als Senat in die Notgemeinschaft integriert und damit begraben, die bei dieser Gelegenheit auch in Deutsche Forschungsgemeinschaft umbenannt wurde. Diese Herkunft des Senats der DFG ist wenig bekannt, und darum möchte ich hier noch einmal auf diese entscheidende Weichenstellung des Jahres 1951 hinweisen. Adenauer selbst hatte die Pläne Heisenbergs gefördert, aber er sah sich nicht in der Lage, den Widerstand der Länder zu brechen. Erst im Zusammenhang mit der Gründung des Wissenschaftsrates im Jahre 1957 kam es wieder zu einer Institution, die – wenn auch in einem anderen politischen Kontext - Verantwortung für die gesamtstaatliche Wissenschaftsentwicklung übernehmen sollte, jetzt freilich in einem sorgfältig ausbalancierten Machtgleichgewicht zwischen Bund und Ländern.²

² Vgl. Olaf Bartz: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik 1957-2007. Stuttgart 2007

Die Entscheidung von 1951 bedeutete die langfristige Orientierung der wissenschaftlichen Organisation an einem von den Ländern dominierten föderalen Modell, in dem der Bund auf der Basis von Artikel 74 (13) zunächst nur eine bescheidene Rolle spielen konnte, die freilich angesichts des Schäffer'schen „Julisturms“ bald anwuchs. 1952 wies die Bundesregierung in ihrem Nachtragshaushalt zum ersten Mal einen besonderen Betrag (5 Millionen DM) zur "Förderung von Schwerpunkten in der deutschen wissenschaftlichen Forschung" aus, dem 1953 ein Betrag von 10 Millionen DM folgte. Zugleich entstand damit das die gesamte weitere Geschichte der Bundesrepublik prägende Dilemma zwischen den divergierenden finanziellen Ressourcen des Bundes und der Länder. Die dann folgenden, behelfsweise entwickelten Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern hätten eigentlich sehr bald ein einheitliches Forschungsförderungsgesetz des Bundes notwendig gemacht, doch dieses Vorhaben kam sowohl 1953 als auch 1969 über erste Anläufe nicht hinaus. So beruhte de facto die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der wissenschaftlichen Forschung auf verfassungsrechtlich prekären Grundlagen, die freilich durch einen hohen Problemdruck (West-Ost-Konflikt) stabilisiert wurden.

Prägend – und letztlich dann auch zum Konsens führend - war für diese Phase die Einsicht aller beteiligten Gruppen, dass ein ökonomisches Überleben oder gar ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus nur möglich sein könne, wenn die wissenschaftlich-technologischen Grundlagen der Wirtschaft gründlich erneuert und weiterentwickelt würden. Diese Grundüberzeugung prägte die Diskussionen der Gründerjahre unserer Republik in wissenschaftspolitischer Hinsicht. Sie wurde noch verstärkt durch den Blick auf die konkurrierenden Nationen Europas und vor allem die Vereinigten Staaten, mehr aber noch durch die eben erwähnte Konfrontation der Blöcke. Erwähnenswert erscheint mir auch die breite politische Unterstützung der Wissenschaftspolitik der Gründerjahre jenseits der Parteigrenzen. Damit nahm die junge Bundesrepublik ein Verhaltensmuster der Weimarer Republik auf, in der es eigentlich nur ein völlig unbestrittenes und aus dem Parteikampf herausgehaltenes Politikfeld gab, und das war die Wissenschaftspolitik.

Entscheidend für die innere Struktur der Organisationen und ihre Steuerung wurde das „deutsche Modell“ der Wissenschaftsförderung, das 1920 für die Notgemeinschaft entwickelt worden war. Es bedeutete: Keine direkte Steuerung durch staatliche Instanzen, sondern eine weitgehend autonome Regelung der Ausgaben unter einer distanzierten Beteiligung des Staates. Der 1920 durchaus geplante Reichskommissar für die Notgemeinschaft wurde nur verhindert, weil damit die Finanzierung eines Teils der Aufgaben der Notgemeinschaft durch

den Stifterverband unmöglich geworden wäre. Insofern entstand dieses deutsche Modell (der Forschungsförderung) durch die Beteiligung der Wirtschaft an den Aufgaben der Notgemeinschaft, auch dies ist ein Argument dafür, die Wirtschaft mit in das Modell der verteilten Macht aufzunehmen.

Bemerkenswert erscheint, dass die Finanzierung in den Jahrzehnten vor 1989 einen immer stärker werdenden Anteil des Bundes erkennen lässt. Während die DFG, die ja eine Erfindung der Länder unter zunächst bewusstem Ausschluss des Bundes war, erst seit Beginn der 50er Jahre zunehmend vom Bund alimentiert wurde, zahlt der Bund heute circa 50 Prozent der Mittel für die DFG, ähnliche Quoten gelten für die anderen Gesellschaften, nur bei der Großforschung und bei der Fraunhofer-Gesellschaft beteiligt sich der Bund mit 90 Prozent der Kosten gegenüber 10 Prozent der Länder. Das entscheidende Datum dafür war die Grundgesetzänderung von 1969, als die Artikel 91 a (Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau) und 91 b in das Grundgesetz eingefügt wurden. Artikel 91 b ermöglichte die gemeinsame Forschungsförderung der oben genannten Gesellschaften mit unterschiedlichen Anteilen von Bund und Ländern. Dies ging natürlich über die bislang bestehende Regelung des Artikels 74 (13) hinaus, in dem der Parlamentarische Rat „die Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ zumindest dem Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung zugewiesen hatte. Übrigens wurde dieser Artikel auf Grund einer Eingabe der Professoren Heisenberg, Regener, Rein und Zenneck eingefügt, die schon bei dieser Gelegenheit auf die besondere Notwendigkeit einer Bundeskompetenz hinwiesen. Dieses Geflecht von Zuständigkeiten bildete – ich sagte es schon - den Ersatz für ein zwar geplantes, aber nie zustande gekommenes Forschungsförderungsgesetz des Bundes. Deutlicher Beleg für die zunehmende Rolle des Bundes war natürlich der Aufbau eines eigenen Ministeriums, das aus der Kulturpolitischen Abteilung des Bundesinnenministeriums hervorging und seit 1955 unter mehrfach wechselnden Bezeichnungen die Interessen des Bundes zunächst in der Atomforschung, später in der gesamten Forschungspolitik vertrat.

Der eigentlich interessante Aspekt der Geschichte scheint darin zu liegen, dass unabhängig von den politischen Brüchen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert eine bemerkenswerte Kontinuität der Entwicklung der Wissenschaftspolitik festzustellen ist, die über die verschiedenen politischen Systeme hinausreicht, wobei ich die 1000 Jahre des Dritten Reiches einmal außen vor lasse. Diese Kontinuität kann man in den folgenden Faktoren sehen:

Zum einen in der Bewahrung und weiteren Ausbildung eines spezifisch deutschen Typs von Steuerung der Forschung durch Bund und Länder, die damit auf eine einheitlich-direkte

Steuerung des Forschungspotentials verzichteten und diese Aufgabe auf die verschiedenen Forschungsorganisationen verteilten.

Zweitens der Bedeutungsveränderung des privaten Sektors in der Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Während im Vorfeld von 1911 (der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft) der Staat als nicht stark genug angesehen wurde, effiziente Wissenschaftsförderung zu betreiben und darum private Geldgeber gefunden werden mussten, übernahm das Reich nach der Erzberger'schen Finanzreform seit 1920 und später die Länder und der Bund die überwiegenden Anteile der Finanzierung der Forschungseinrichtungen. Auch der anfänglich durchaus beachtliche Anteil des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft am Haushalt der DFG wurde zunehmend irrelevant und spielte eher eine symbolische Rolle im Budget der DFG. Der private Sektor konzentrierte sich seitdem immer stärker auf den FuE-Bereich der Wirtschaft beziehungsweise auf seine Beteiligung an der Vertrags- oder Auftragsforschung, die vor allem seit der Mitte der 60er Jahre zur eigentlichen Domäne der Fraunhofer-Gesellschaft wurde. Hier erreichte der Anteil der Wirtschaft Ende der 80er Jahre schon circa 60 Prozent aller Aufwendungen und übertraf damit den staatlichen Anteil.

Drittens der Durchsetzung eines Trends zur Organisation der Forschung in großen Einheiten. Er hatte schon 1925 mit einem entsprechenden Programm der Notgemeinschaft für die so genannten „Gemeinschaftsarbeiten“ begonnen, und fand nach dem Krieg seine Fortsetzung in den Schwerpunktprogrammen und dann in den Sonderforschungsbereichen der DFG. Diese Entwicklung in den Universitäten wurde noch einmal durch die Entwicklung in den neuen Einrichtungen der Großforschung überlagert, wo sich Formen einer geradezu industriemäßigen Forschung entwickelten. Damit entstand etwas, was man als den Übergang von der Förderung von Personen zur Förderung von Programmen, Projekten oder Forschungsvorhaben bezeichnen könnte, die direkt auf gesellschaftliche Bedürfnisse reagieren sollten. Die Entwicklung der atomaren Großforschung hat diesen Formen den Weg definitiv bereitet, die in dem Dreiecksverhältnis von Staat, Forschung und Wirtschaft neue Steuerungsprobleme aufwarfen.

Viertens der immer stärkeren Einebnung der Unterschiede zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung. Diese Entwicklung ist bemerkenswert, weil sie letztlich eine Entwicklung wieder aufnimmt, die in der Gründungsphase der KWG weitgehend akzeptiert wurde, die aber trotz der zitierten warnenden Stimmen in den frühen 50er Jahren nicht durchgehalten werden konnte. Ganz im Gegenteil: 1953 verzichtete die MPG dezidiert auf die angewandte Forschung. Langfristig ergab sich aber ein zunehmender Druck auf alle

Forschungsorganisationen, möglichen Anwendungen aus ihren Arbeiten ein stärkeres Gewicht beizumessen. Dieser Druck sorgt für eine Nivellierung der einst stark betonten Unterschiede, dieser Vorgang wird belegt durch die Ausgliederung von spin-off-Firmen aus allen Forschungsorganisationen ebenso wie durch die Zahl der Patentanmeldungen dieser Gesellschaften. Gleichwohl hält die offizielle Selbstdefinition der Organisationen noch relativ stark an diesem Konzept fest.

Soviel zu den langfristigen Trends der Forschungspolitik, die sich auch über die politischen Brüche hinweg feststellen lassen. Sie zeigen zugleich, dass die Analyse von Wissenschaftspolitik der Bedeutung endogener und exogener Faktoren Rechnung tragen muss: Sie unterliegt einerseits natürlich dem Grundrhythmus der Politik, sie zeichnet sich andererseits aber durch eine Eigendynamik aus, der sich auch politische Systemwechsel nicht leicht entziehen können.

Zieht man eine Bilanz dieser knapp skizzierten historischen Entwicklung, so lässt sich wohl mit guten Gründen konstatieren, dass die Bundesrepublik mit ihrem stark differenzierten Wissenschaftssystem insgesamt nicht schlecht gefahren ist. Es passt sich flexibel an notwendige wissenschaftliche Neuorientierungen gut an und entwickelt inzwischen auch ein beachtliches Ausmaß an Systembinnenkonkurrenz. Gleichwohl wird auch bemerkt, dass keineswegs alle Möglichkeiten dieses in seinem Umfang doch erheblichen Systems genutzt werden, auch wenn man an jene Teile des Wissenschaftssystems denkt, die bislang noch nicht erwähnt wurden, also die Ressortforschung.

Aber es müssen auch die Defizite benannt werden, die durch die Aufteilung der Kompetenzen auf Bund und Länder entstehen. Damit ist keineswegs eine Absage an die föderalstaatliche Ordnung unseres Staates verbunden, und man wird auch einräumen müssen, dass zuweilen die konkurrierende Finanzierung von Bund und Ländern durchaus positive Effekte erzielen kann. Andererseits können sie sich behindern und sprechen damit insgesamt für eine einheitliche Finanzierung. Zum anderen ist die Aufteilung der Forschungsaktivitäten auf vier große Gesellschaften, die dazu neigen, ihre Alleinstellungsmerkmale zu betonen, ein Tatbestand, der schon vielfach zu kritischen Bemerkungen Anlass gegeben hat. Es ist unbestreitbar, dass damit nicht nur fruchtbare Konkurrenzen entstehen, sondern auch Überlagerungen und Doppelarbeit, deren Aufdeckung nicht immer ganz leicht fällt. In jüngster Zeit haben die großen Organisationen auf diesen Sachverhalt zunehmend mit ausgewiesenen Programmbudgets reagiert und damit den organisationsinternen Wettbewerb angeregt. Aber ganz sicher wird man gerade für das Jahrzehnt vor der Wiedervereinigung dieses nicht feststellen können.

Aber hier ist auch die oft beschworene Gefahr der Versäulung der großen Player zu konstatieren, ihre Konzentration allein auf Partner in den Einrichtungen und das Fehlen wirklich problemorien-

tierter Verbände, die die Säulen übergreifen. Der Wissenschaftsrat hat schon vor zehn Jahren aus diesen Defiziten die Konsequenz gezogen, eine Strategie der an Problemen orientierten Verknüpfung auf vielen Ebenen der Aktivitäten der Forschungsgesellschaften zu empfehlen und so zu neuen Synergieeffekten zu kommen. Er hat weiterhin die engere Verbindung zwischen den Universitäten und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen empfohlen, eine Entwicklung, die erfreulicherweise durch die Wirkungen der Exzellenzinitiative befördert worden ist, wenn ich an das Karlsruher Institute of Technology (KIT) – also die Verbindung von Universität und Großforschung – denke. Die forschungspolitischen Ziele des „Pakts für Forschung und Innovation“ von 2005 greifen genau diese Defizite auf, wenn von „dynamischer Entwicklung des Systems“, „leistungssteigernder Vernetzung“ und „nachhaltigen Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“ gesprochen wird.³ Damit aber beschreiben sie genau die Punkte, die als problematisch im deutschen Forschungssystem angesehen werden müssen.

³„Bund und Länder wollen im Einvernehmen mit den Wissenschaftsorganisationen mit der Fortsetzung des Pakts für Forschung und Innovation folgende forschungspolitischen Ziele erreichen: 1. Das Wissenschaftssystem dynamisch entwickeln 2. Die Vernetzung im Wissenschaftssystem leistungssteigernd und dynamisch gestalten. 3. Neue Strategien der internationalen Zusammenarbeit entwickeln und umsetzen. 4. Nachhaltige Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft etablieren. 5. Die Besten dauerhaft für die deutsche Wissenschaft gewinnen.“ Vgl. <http://www.bmbf.de/de/3215.php>

HUBERT LAITKO
Wissenschaftshistoriker

Laitko wies darauf hin, dass ein Vergleich der beiden deutschen Wissenschaften nur begrenzt möglich sei, denn dieser übersehe einen trivialen aber wesentlichen Umstand: Die DDR sei ein Kleinstaat gewesen, der in seinem besten Zeiten das demographische und wirtschaftliche Potential von Nordrhein-Westfalen hatte, während die Bundesrepublik Deutschland ein Industriestaat mittlerer Größe gewesen sei, den größten Mächten in Westeuropa ebenbürtig. Die Einbindung in die beiden Blöcke habe zu einer Eins-zu-Eins-Logik geführt: „Das hatte für die Wissenschaftspolitik die Konsequenz, dass in der DDR eine viel zu große Zahl von Richtungen mit viel zu geringer spezifischer Kapazität verfolgt wurde. Die Zersplitterung der Wissenschaftslandschaft in der DDR ist ein typisches, nie überwundenes Feature dieser Entwicklung gewesen“, erklärte Laitko.

Auf die Frage nach der Kontinuität der Wissenschaft nach 1945 in der DDR erklärte Laitko: „Die Wissenschaftler, die nach 1945 im Osten verfügbar waren, waren natürlich ebenso wie im Westen solche, die in der Weimarer Republik beziehungsweise in den 30er Jahren ausgebildet worden waren. Das, was sie an Vorstellungen über gute Wissenschaft hatten, gaben sie selbstverständlich weiter. Das begrenzte jede Möglichkeit direkter politischer Einflussnahme, es konterkarierte sie selbstverständlich nicht, aber begrenzte sie und erzeugte Kontinuität.“ Deshalb sei seiner Meinung nach auch der Generationswechsel in den 60er Jahren weniger gravierend als oft vorgestellt. Die nachrückenden jungen Wissenschaftler seien von der vorigen Generation geprägt, die noch aus anderen Verhältnissen kam.

Von Anfang an sei es Anspruch der Politik gewesen, dass die DDR als rohstoffarmes Land auf ihre intellektuellen Ressourcen setzen müsse: „Die reale wirtschaftliche Situation hat dazu geführt, dass die DDR mit mehr Personal den Mangel an Technik und anderen Ressourcen zu kompensieren versuchen musste. Das geht nicht! Jedenfalls nur bis zu einer bestimmten Grenze, die in den letzten beiden Jahrzehnten deutlicher wurde als am Anfang.“

Den Leistungsstand der beiden Wissenschaftssysteme zu messen sei, wenn überhaupt, nur von Fach zu Fach möglich. Ein einfaches Kriterium gäbe es, erläuterte Laitko. So hätten eine Reihe von Wissenschaftlern, die in der DDR groß geworden waren, nach 1989 die Chance gehabt, im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik weiterzuarbeiten: „Ich habe nirgendwo gehört, dass es extreme Anpassungsschwierigkeiten gegeben hätte, dass die Kolleginnen und Kollegen aus der DDR nicht in der Lage gewesen wären, diesen Gap zu überspringen.“

ANDREAS MALYCHA
Historiker

Das von Richard Schröder verwendete Bild eines Bündnisses von Geist und Macht in der Wissenschaft der DDR erweise sich als komplizierter, als es auf den ersten Blick erscheine, erklärte Andreas Malycha. Sein Forschungsgegenstand, die Biowissenschaft in der DDR in den 60er und 70er Jahren, widerlege, dass die Politik nur als Indoktrinationsebene und die Wissenschaft als Empfangsebene fungiert hätten. Zwar habe es durchaus einen Anspruch auf ideologische Führung auch in den Naturwissenschaften gegeben, aber auf der anderen Seite hätten Biochemiker wie Samuel Mitja Rapoport im Forschungsrat der DDR mitgewirkt und ihre Forschungsinteressen durchzusetzen versucht: „Das Beispiel Biowissenschaften zeigt, wie bei allem Steuerungsanspruch politischer Instanzen, Konkurrenz zwischen Instituten, Fakultäten und Universitäten, letztendlich auch persönliche Eitelkeiten und Animositäten zu einer gewissen Unberechenbarkeit forschungspolitischer Entscheidungen führen konnten.“

Interessant sei die ähnliche Entwicklung in beiden deutschen Systemen in den 60er Jahren in den Disziplinen Biowissenschaft und Medizin. Es sei gleichzeitig diskutiert worden, die traditionellen Schranken der Fächer aufzubrechen: „In beiden Ländern ist festgestellt worden, dass wir gegenüber den Amerikanern sehr im Rückstand sind, das Stichwort von der technologischen Lücke ist sowohl im Osten als auch im Westen mehrfach thematisiert worden. Auch die SED-Führung musste eingestehen, dass der Rückstand immens ist“, berichtete Malycha.

Zu den Anfängen nach 1945 merkte der Historiker an: „In den Biowissenschaften und der Medizin der DDR ist es typisch, dass die Wiedergründungen der Universitäten in den traditionellen Strukturen, die schon vor 1939 dominierten, stattfanden“. Zum Umgang der DDR-Wissenschaft mit der NS-Vergangenheit erläuterte Malycha am Beispiel der Hochschulmedizin der Charité, dass nach 1945 sehr viele NS-belastete Mediziner entfernt worden seien. Allerdings: „Nach einer rigiden Anfangsphase setzte die erst langsame und dann sehr massive Integration von NS-belasteten Hochschulprofessoren ein.“

Zur Bewertung der Leistungsfähigkeit der DDR-Wissenschaft sagte Malycha, für die Biowissenschaften schließe er sich Jens Reich an, solide Leistungen seien erbracht worden: „Die DDR sprach immer davon, wir wollen Weltniveau erreichen, das ist nachgewiesenermaßen nicht erreicht worden, nur in ausgewählten partiellen Bereichen. Aber der Anschluss an die internationale Entwicklung und Forschungstrends ist seit den 70er Jahren eindeutig verloren gegangen.“

RICHARD SCHRÖDER
Theologe

In Ergänzung zu seinem Impulsreferat zur Wissenschaft in der DDR zitierte Schröder sinngemäß eine Statistik über die Parteizugehörigkeit der Wissenschaftler aus Ilko-Sascha Kowalczyks Buch „Geist im Dienste der Macht: Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961“: 1958 habe es an der Berliner Humboldt-Universität unter den Professoren ungefähr so viele SED-Mitglieder wie ehemalige NSDAP-Mitglieder gegeben. Dies besage zweierlei, man habe die Kontinuität der Fachleute gebraucht und habe auch auf NS-Belastete zurückgegriffen. 31 Prozent der Professoren seien SED-Mitglieder gewesen: „Das heißt, dass auch im Jahre 1961 die SED-Mitgliedschaft unter der Professorenschaft noch eine Minderheit darstellte.“

Schröder erklärte, er habe sich in seinem Vortrag über den Einfluss der Politik auf die Wissenschaften vor allem auf die Geistes- oder Gesellschaftswissenschaften bezogen. In den Naturwissenschaften lägen die Dinge charakteristisch anders, wie in der Diskussion mehrfach belegt worden sei. Allerdings hätten Naturwissenschaftler den beiden Gesichtspunkten, die er unter wissenschaftlichem Ethos genannt habe, leichter entsprechen können als Gesellschaftswissenschaftler. Wer das bestreite, dem müsse er entgegen halten: „Da haben Sie wohl in einer anderen DDR gelebt.“ Mit Blick auf den Neuanfang nach 1945 im Fach Philosophie könne er sagen, dass bereits die sowjetische Besatzungsmacht den Ausschluss aller Wissenschaftler, die sich nicht zum Marxismus-Leninismus bekannten, abgesehen von Ausnahmen, vollzogen habe. In anderen Bereichen sei ihm das so nicht bekannt.

Er wies darauf hin, dass die Demonstrationen im Herbst 1989 nicht von den Universitäten ausgegangen und auch nicht vorrangig von Professoren angeführt worden seien, wenn auch ein hoher Anteil von Hochschul- und Fachschulabsolventen zu verzeichnen gewesen sei. Für diese Gruppe spielten andere Sozialisationsfaktoren eine Rolle als ihre Universitätsausbildung. Sie hätten nämlich traurige Praxiserfahrung gemacht und sich über Radio oder Fernsehen ein eigenes Bild von der Welt gemacht.

Schröder entgegnete Laïtkos Einschätzung der Leistung der Wissenschaftlerausbildung in der DDR: „Müssen wir etwa die Universitätsausbildung danach beurteilen, ob die Menschen hinterher noch lernfähig sind? Und wenn das der Fall ist, womöglich trotz des Marxismus-Leninismus-Unterrichts, dann ist die Ausbildung gut. So kann man das auch nicht drehen.“

WINFRIED SCHULZE
Historiker

In Ergänzung zu seinem Impulsreferat und auf Nachfragen zur Leistung des bundesdeutschen Wissenschaftssystems bilanzierte Schulze: „Der Wiederaufstieg des Landes nach 1945 ist so evident, dass man gar nicht daran zweifeln kann, dass bestimmte Leistungen erbracht worden sind.“ Es gelte vielmehr danach zu fragen, weshalb dies so sei. Interessanterweise habe Deutschland seit dem Wechsel vom 19. zum 20. Jahrhundert immer eine starke Außenorientierung gehabt: „Das heißt, die deutsche Wissenschaft misst sich nicht am preußisch-badischen Vergleich, obwohl das auch sinnvoll hätte sein können, sondern sie misst sich im Vergleich Deutschland versus USA.“ Mit den ersten Reisen deutscher Wissenschaftler in die USA um die Jahrhundertwende setzte ein, was als Erkennen der Lücke bezeichnet werden könnte und den Versuch, gegen sie anzugehen. Die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sei als eine Reaktion auf die amerikanische Herausforderung zu sehen, erklärte er. „Was nach 1920 geschieht, die Gründung von Notgemeinschaft und Stifterverband, ist im Grunde nichts anderes als der Versuch, eine weggefallene politische Machtposition Deutschlands auszufüllen durch wissenschaftliche Machtentwicklung“, so Schulze.

Dieses Argument werde auch nach 1945 wieder sichtbar: Der Stifterverband habe viel Geld ausgegeben für Aktivitäten und Propagandaaktionen, um deutlich zu machen: Forschung schafft Brot. Daran zeige sich, dass „dieses Leistungsbemühen immer wieder neu angestachelt wird durch die internationale Position Deutschlands und den vergleichenden Blick nach außen“. Die Leistungsbemessung des internen Systems bereitete Deutschland allerdings eher Schwierigkeiten, argumentierte Schulze: Das zeige sich beispielsweise daran, wie schwer es gewesen sei, in der Max-Planck-Gesellschaft ein System der internen Evaluation durchzusetzen.

DAGMAR SIMON
Politologin

Im Hinblick auf die Entwicklung des westdeutschen Wissenschaftssystems seit den 50er Jahren erkannte Simon wie ihre Vorredner eher Kontinuitäten. Sie nannte drei Charakteristika des westdeutschen Wissenschaftssystems: als erstes der Föderalismus mit ständigem Austarieren von Bundes- und Länderinteressen, als zweites eine sehr stark zurückgenommene staatliche Steuerung von Wissenschaft bei starker Position der Scientific Communities und als drittes die starke Stellung intermediärer Organisationen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Wissenschaftsrat: „Diese werden in der Wissenschaftsforschung als immenser Vorteil für die Leistungsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems hervorgehoben“, erläuterte Simon.

Zur flächendeckenden Evaluierung der Institute der DDR durch den Wissenschaftsrat bemerkte Simon, viele ostdeutsche Institute seien in die Blaue Liste übernommen worden, dies habe für die westdeutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen zudem den positiven Effekt gehabt, sich fortan mit einer systematischen Evaluierung zu befassen.

Für die Zukunft sei trotz unseres gegenwärtig wohl sortierten Forschungssystems die Frage eines austarierten und innovationsfördernden Verhältnisses von Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung zentral. Wie Winfried Schulzes Vortrag zeigte, sei einiges in Bewegung bei der Verschmelzung von Forschungszentren und Universitäten. So ein Prozess sei offenbar nur im Zeitalter der Exzellenz möglich. Aber es blieben offene Fragen: Dies zeige die Karriere des Begriffs der problemorientierten Grundlagenforschung und der Kooperation von jedem mit jedem. Sie plädierte für Experimentierfelder, wo unterschiedliche Forschungsorientierungen in einer Institution zusammenkommen: „Vielleicht ist das eine neue Chance für die Wissenschaft in den neuen Bundesländern.“

Simon bewertete die jetzige Diskussion zur Wiedervereinigung der Wissenschaften als Fortschritt, verglichen mit der Debatte Anfang der 90er Jahre oder auch der vor zehn Jahren: „Heute sehen wir doch sehr unterschiedliche Einschätzungen und Trennungslinien und zwar nicht mehr hier Ost, da West. Es gibt untereinander sehr unterschiedliche Einschätzungen von Problemen, Herausforderungen und auch was zukünftige Entwicklungen im Wissenschaftssystem angeht.“

FORUM II
EVALUATION UND WEICHENSTELLUNGEN

IMPULSREFERAT

„Wie im Westen so auf Erden“?

Die Vereinigung der deutschen Hochschul- und Wissenschaftssysteme als Prozess

Mitchell G. Ash

Wissenschaftshistoriker

PODIUMSDISKUSSION

Manfred Erhardt

Wissenschaftssenator a. D.

Thomas Kuczynski

Wirtschaftshistoriker und Publizist

Renate Mayntz

Soziologin

Hans Joachim Meyer

Staatsminister a. D.

MODERATION

Bernd Faulenbach

Historiker

MITCHELL G. ASH
IMPULSREFERAT

„Wie im Westen, so auf Erden“?

Die deutsche Vereinigung der Hochschulen und Wissenschaften als Prozess

Vorbemerkung

Einem prominenten Berliner Zeithistoriker wird der Spruch nachgesagt, dass Zeitzeugen die Todfeinde des Zeithistorikers seien. Kluge Zeitzeugen wissen, dass es eher auf die Dialogfähigkeit und -bereitschaft ankommt und dass Geschichte von einem Standpunkt allein aus nicht zu haben sein kann. Aber wie ist es, wenn die Rollen nicht fein säuberlich verteilt sind? So war ich zum Beispiel – damals Professor an der University of Iowa –während des ersten Jahres der deutschen Einheit in Berlin und kam in den frühen 1990er Jahren für längere Forschungsaufenthalte immer wieder hierher zurück. Zu jener Zeit nahm ich das Thema schon auf, das heute zur Sprache kommt; an einigen der Kontroversen jener Zeit nahm ich selbst teil. Aber auch anders herum sind die Rollen nicht fein säuberlich verteilt, denn einige der an dieser Diskussion Beteiligten haben das damalige Geschehen auch wissenschaftlich reflektiert, zuweilen sogar während sie im selbigen Geschehen aktiv beteiligt waren. So könnten wir uns fast alle wegen der Vielfalt der gelebten Rollen postmoderne Menschen nennen – bis auf Herrn Erhardt, der sich die ganze Zeit hindurch recht eindeutig als politischer Akteur verhalten hat und, wie ich annehme, wohl heute noch dazu steht.

Dafür, wie mit diesen gemischten Rollen umzugehen sein soll, gibt es meines Wissens noch keine konsensfähigen Regeln, die mit den in letzter Zeit vielfach besprochenen Regeln guter wissenschaftlicher Praxis vergleichbar wären. Wie ich es zu tun gedenke, haben Sie eben gelesen: Offenlegen! Nun setzte ich den Historikerhut auf und tue so, als wäre ich von einem anderen Planeten in Berlin gelandet.

Einleitung

Seit Mitte der 1990er Jahren bestimmen im Wesentlichen drei Argumentationslinien die Diskussion über den Transformationsprozess in den neuen Bundesländern und seine Folgen für das vereinigte Deutschland: Nennen wir sie „Kolonisierung“, „Erneuerung“ und „Erneuerung mit Bedauern“. Die 'Kolonisierungsthese' besagt, dass westdeutsche Strukturen und Vorgehensweisen den im Osten bestehenden Institutionen und Lebensformen übergestülpt worden sind. Dem entgegen steht die ‚Erneuerungsthese‘, welche besagt, dass

angesichts des intellektuellen, moralischen und nicht zuletzt auch wirtschaftlichen Bankrotts des DDR-Systems sowie des eindeutigen Votums der ostdeutschen Bevölkerung die schnellstmögliche Einführung bundesdeutscher Institutionen und Strukturen eine Notwendigkeit war; und wo gehobelt wird, da fallen eben auch Späne. Die Perspektive ‚Erneuerung mit Bedauern‘ verbindet Affirmation und Resignation. Ihre Vertreter gestehen Fehler und ungewollte Konsequenzen ein, betonen aber trotzdem die Notwendigkeit des genannten Vorgehens mangels Zeit oder praktikabler Alternativvorschläge. Diese drei Narrative haben sich bei ihren jeweiligen Nacherzählern zu Gewissheiten befestigt.

Mein Vorschlag, der keinesfalls als endgültige Lösung, sondern lediglich als Orientierungs- und Distanzierungshilfe gedacht ist, steht schon im Titel: er lautet, die deutsche Vereinigung auch im Bereich der Hochschulen und Wissenschaften *als Prozess* in den Blick zu nehmen. Das heißt: Als Vorgang, dessen Ergebnisse im Einzelnen von keinem/keiner der Akteure so vorherzusehen gewesen ist, auch nicht vorherzusagen sein konnte und schon gar nicht so geplant gewesen sein kann.

Zur Ausgangslage

Die überwiegende Mehrheit der Wissenschaftler und Hochschullehrer der ausgehenden DDR waren entweder treuer Anhänger oder mehr oder weniger stark leidende Dulder eines Regimes, das ihnen immerhin das Studium und schließlich auch die Möglichkeit zum wissenschaftlichen Arbeiten ermöglicht hatte. Viele, vor allem Jüngere unter ihnen, mögen zwar einzusehen begonnen haben, dass es mit diesem Staat nicht mehr so weitergehen konnte. Ihre Hoffnung damals war jedoch keinesfalls auf eine Reform der Universität oder der Wissenschaften in der DDR, sondern vielmehr auf eine sozialistische Reform des Staates insgesamt gerichtet. In der alten Bundesrepublik war eine grundlegende Reform des Hochschul- und Wissenschaftssystems im November 1989 ebenso wenig auf dem Radarschirm, wie die Wiedervereinigung; vielmehr war jedenfalls im Hinblick auf die Hochschulen von „Stagnation“, „Dauerkrise“ und „Reformstau“, bestenfalls von Reformen im Einzelnen die Rede. Vieles was im Hochschul- und Wissenschaftsbereich geschehen ist, ist also erst im allgemeinpolitischen Kontext begreifbar. Dies gilt nicht allein für den Anfang, sondern auch für alle Phasen des Geschehens.

Den Prozess der Vereinigung im Hochschul- und Wissenschaftsbereich möchte ich hier in vier, sich teilweise überlappenden Phasen unterteilen: 1. Vom Mauerfall bis zum

Einigungsvertrag: Kampf um Institutionen und diskursive Hoheit; 2. Nach dem Einigungsvertrag: die „Abwicklungen“; 3. Die ersten Hochschulerneuerungsgesetze – Weichenstellungen und Improvisierungen, Evaluierungen universitär und außeruniversitär; 4. Mühen der Ebene? Unerwartete Ergebnisse.

Phase 1 (1989-1990): Vom Mauerfall bis zum Einigungsvertrag: Kampf um Institutionen und diskursive Hoheit

Unmittelbar nach dem Mauerfall scheinen viele ostdeutsche Hochschulangehörige und Wissenschaftler zunächst in eine Art Angst- oder Kaninchenstarre gefallen zu sein. Erst langsam und sehr zaghaft zeichnet sich Bewegung ab. Doch schon Ende 1989 begann ein Machtkampf an den Hochschulen sowie an den Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR, der mit zunehmender Intensität während der ersten Hälfte des Jahres 1990 tobte. Gekämpft wurde um die inhaltliche Bedeutung der Stichworte „Demokratie“ und „Erneuerung“. Beiden Schlagworten wurden jedoch sehr unterschiedliche Bedeutungen zugeschrieben. Den einen ging es wohl um Machterhalt, den anderen um eine Art Basis- oder Rätedemokratie und damit um die Stärkung der eigenen Position. Tatsächlich fanden Wahlen an Akademie- und Hochschulinstituten statt, die zur Abwahl vieler Hochschul- und Institutsleiter führten. In diesen Monaten entstand eine Vielzahl von Reformkonzepten, einige mit ausgearbeiteten Beschäftigungsplänen. Eine Weichenstellung – die Abschaffung des verpflichtenden Unterrichts im Marxismus-Leninismus – hatte die Modrow-Regierung schon gesetzt. Die Schließung der Institute für Marxismus-Leninismus verfügte Minister Meyer im Namen der Regierung De Maizière. Eine häufige Reaktion darauf war allerdings eine Umbenennung in „Institut für Politikwissenschaften“, „Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung“ oder dergleichen; das war nicht dazu geeignet, das Vertrauen in den Reformwillen oder die Reformfähigkeit der Beteiligten zu stärken.

Nach den Märzahlen wurde eine dritte Bedeutungsebene des Wortes „Erneuerung“ propagiert. Auch in diesem Fall war von „Demokratie“ die Rede; dem lag jedoch kein basis- oder rätedemokratischer, sondern ein plebizitär-parlamentarischer Demokratiebegriff zugrunde. Diese „Erneuerung“ wurde in der Folge getragen von einer Allianz westdeutscher Hochschul- und Wissenschaftspolitiker und ostdeutscher Ministerial- und später Landespolitiker, die von der inneren Reformfähigkeit der ostdeutschen Universitäten

beziehungsweise der DDR-Akademie wenig hielten. Die politischen Ereignisse machten diese dann zur vorherrschenden Bedeutung des Wortes.

Zum Begleitdiskurs dieser Machtkämpfe gehörten Schlagworte, die Politik und Wahrnehmung der nächsten Phase mit strukturieren sollten: so zum Beispiel die Aussage des damaligen Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft im *Spiegel*-Interview, die Forschungslandschaft der DDR sei eine „Wüste“, die auch von ostdeutschen Politikern verbreitete Bezeichnung „Kaderschmiede“ für die DDR-Universitäten und vieles mehr. Zu jener Zeit wurde die Behauptung verbreitet, im Wissenschaftssystem der DDR seien Lehre und Forschung voneinander getrennt, Erstere an den Hochschulen und Letztere an den Instituten der Akademie der Wissenschaften beheimatet gewesen. Dass es auch in der Bundesrepublik wie in der DDR zwei Ressorts gab, eines für Bildung und das andere für Forschung und Technologie, sagte man dazu nicht immer.

Nach vielen zeitraubenden Bemühungen um die Erstellung eigener Reformkonzepte an den Akademie- und Universitätsinstituten der DDR setzte alledem das so genannte „Kamingespräch“, an dem Mitarbeiter des bundesdeutschen Forschungs- und Technologieministeriums, der für das selbe Ressort zuständige Minister der Regierung De Maizière, Frank Terpe, sowie führender Vertreter der Länder und Delegierte aus der Wissenschaft und der Wirtschaft teilnahmen, Anfang Juli ein jähes Ende. Dort beschloss man die Abtrennung der Gelehrtengesellschaft von den Forschungsinstituten der DDR-Akademie und die „Einpassung“ der letzteren in die Forschungslandschaft einer neuen Bundesrepublik. Das vom Wissenschaftsrat am 6. Juli publizierte Dokument „Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen“ mag als Begleitung dieses Beschlusses betrachtet worden sein, ob es so intendiert war oder nicht. Dort steht der folgende, später viel zitierte Satz: „Insgesamt gesehen kann es nicht einfach darum gehen, das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen. Vielmehr bietet der Prozess der Vereinigung auch der BRD die Chance, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Neuordnung bedürfen“. Das „Kamingespräch“ war der vorläufige Endpunkt von sehr komplexen Vorbereitungen, die bereits seit Monaten im Gang, aber in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt waren. Die Bekanntmachung des Ergebnisses war für viele Betroffene ein Schock.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss es klar geworden sein, dass die Zeit keine Naturgewalt, sondern eine politische Größe ist. Die äußerst knapp bemessenen Vorbereitungszeiten für diese Verhandlungen sind meiner Meinung nach nicht als Entscheidung der hochschul- oder wissenschaftspolitischen Akteure, sondern als Folge der

allgemeinpolitischen Entscheidung zu verstehen, möglichst schnell zur Einheit zu kommen. Als Faktor im Hintergrund, der diese Entscheidung mit bedingt hat, seien die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen explizit genannt, auch wenn diese keine direkte Relevanz für den Hochschul- oder Wissenschaftsbereich hatten. Denn erst in deren Folge stand fest, dass die Gestaltung der deutschen Einheit eine innere Angelegenheit der Deutschen sein würde.

Phase 2 (1990-1991): Nach dem Einigungsvertrag: „Abwicklungen“

Die politischen Rahmenbedingungen für diese Phase wurden vom Einheitsvertrag (EV) festgelegt, die Folgen im Einzelnen insbesondere im Hochschulbereich sind jedoch aus den Vertragsbestimmungen selbst nicht direkt ableitbar. Auf die Auslegung des EV kam es an, und hier wurden Spielräume genutzt bzw. zum Teil eigens geschaffen.

Artikel 38 des Einheitsvertrags, der die Auflösung der Akademie als Gelehrtenengesellschaft und die „Einpassung“ ihrer Forschungseinrichtungen in die bestehende Forschungslandschaft der Bundesrepublik verfügte, ist die einzige explizit wissenschaftspolitische Festlegung in diesem Dokument. Was genau „Einpassung“ sein sollte oder durfte, legte dieser Artikel jedoch nicht fest.

Die so genannte „Abwicklung“ an den Hochschulen wurde nicht mit dem Artikel 38, sondern durch Artikel 13 des Einheitsvertrags begründet. Dieser besagt, dass Einrichtungen des Staatsdienstes bis zum 31. Dezember 1990 *entweder* abgewickelt *oder* neu gegründet werden sollen. Die Abwicklung *und* Neugründung von Instituten beziehungsweise Fachrichtungen einer Universität, die Kündigung der Mitarbeiter dieser Institute und die Bestellung neuen Personals beziehungsweise von Teilen des alten Personals mit neuem Rechtsstatus zur Mitarbeit an den neu gegründeten Einrichtungen – alles das war so im betreffenden Paragraphen des Einigungsvertrages eigentlich nicht vorgesehen. Wie der Soziologe M. Rainer Lepsius schon 1993 schrieb, wurden mit diesem Vorgehen „die rechtstaatlichen und arbeitsrechtlichen Garantien der Bundesrepublik einfach unterlaufen“.⁴ Somit stellt sich die Frage, warum die Verwaltungsgerichtsbarkeit gegen diese Vorgangsweise nur im Falle der Historiker an der Humboldt-Universität Berlin angerufen worden ist.⁵

⁴ M. Rainer Lepsius, Zum Aufbau der Soziologie in Ostdeutschland. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 45 (1993), hier: S. 308f.

⁵ Die Klage war bekanntlich erfolgreich, trotzdem lief die Abwicklung dort weiter, denn die Entscheidung kam zu spät und der damalige Rektor Heinrich Fink bat ausdrücklich um die Fortsetzung der Neuberufungen, die schon im Gang waren. Also bestanden an der HU Berlin jahrelang faktisch zwei Geschichtsfakultäten nebeneinander. In den anderen neuen Bundesländern scheint man hier mit einer Taktik der individuellen Abfindung zur Abwendung möglicher Klagen erfolgreich vorgegangen worden zu sein.

Ebenfalls interessant und nach wie vor erklärungsbedürftig ist die Tatsache, dass die Listen der jeweils abzuwickelnden Fächer und Institute nicht in allen neuen Bundesländern gleich lauteten. So blieb zum Beispiel die Soziologie in Rostock und an der Humboldt-Universität von der Abwicklung verschont; in einigen Ländern wurde die Geschichte als Ganzes abgewickelt, während dies in Sachsen nur für bestimmte Spezialgebiete des Faches geschah; und in Mecklenburg-Vorpommern wurde keine Disziplin außer dem Marxismus-Leninismus abgewickelt. Eine genaue Analyse der Entscheidungswege, die zu diesem „Fleckerlteppich“ geführt haben, steht noch aus.

Phase 3: Die Hochschulerneuerungsgesetze: Evaluierungen, Improvisierungen

Der politische Rahmen dieser und der nächsten Phase ist enger, als in den beiden vorherigen. Den politischen Rahmen dieser Phase bildet nämlich nicht mehr der Einigungsvertrag beziehungsweise dessen Auslegung, sondern die mühsame Festigung und Legitimierung der Verwaltungs- und anderer Institutionen der neuen Bundesländer. Ziel der so genannten Hochschulerneuerungsgesetze, die bis Anfang Juli 1991 verabschiedet wurden, war darüber hinaus die nachträgliche rechtsstaatliche Legitimierung des bereits begonnenen Abwicklungs- und Evaluierungsgeschehens. Getragen waren diese Gesetze vom Traum einer grundlegenden Neugestaltung des Hochschulsystems.

Um die Komplexität der daraus entstandenen Gemengelage deutlich zu machen, muss betont werden: in dieser Phase sind die personelle und wissenschaftliche Evaluierung des Personals an den Hochschulen, der strukturelle Umbau derselben nach bundesrepublikanischem Muster, und die Arbeit der Struktur- und Berufungskommissionen mit den daraus folgenden Entlassungen, Ausschreibungen neuer Professuren und Neuberufungen, *gleichzeitig* vonstatten gegangen. Angesichts der Vielfalt der gleichzeitig tätigen Kommissionen und Akteure war eine Koordinierung der verschiedenen Handlungsfelder und -ebenen kaum zu schaffen. In vielen Fällen war eine solche Koordinierung, wenn überhaupt, am ehesten durch die Beteiligung einzelner Schlüsselakteure in mehreren Gremien gleichzeitig möglich; die Namen Mittelstraß und Lepsius mögen für viele andere hier stehen.

Spätestens in dieser Phase wurde der dreifache Druck deutlich, unter dem der ganze Vereinigungsprozess stand: *Zeitdruck, Finanzdruck und Legitimierungsdruck*.

Was den strukturellen Umbau betrifft, hat Minister Meyer den Begleitdiskurs hierzu schon 1991 treffend und nicht unironisch als eine „Umwertung der Werte“ charakterisiert: Das noch im Herbst 1989 als hoffnungslos krisenhaft bezeichnete Hochschulsystem der alten Bundesrepublik mutierte urplötzlich zum einzig möglichen aller Hochschulsysteme. Das bedeutete vor allem die grundlegende Veränderung der Personalstruktur zugunsten der Professorenschaft und zuungunsten des wissenschaftlichen Mittelbaus. Die erheblichen Folgen im Personalbereich werden bald zu besprechen sein. In der Folge kamen mehrere Spannungsverhältnisse zum Vorschein. Auf personeller Ebene lag das zentrale Spannungsverhältnis zwischen den politischen Zielvorgaben – vornehmlich der „Abwicklung“ sowie der Neustrukturierung der Hochschulen nach westdeutschem Muster bei laufendem Betrieb – der immer enger werdenden Finanzlage der neuen Länder und der wissenschaftlich und personell positiven Evaluierung vieler ostdeutscher Hochschulangehöriger. Reagiert wurde darauf mit Dauerimprovisation.

Auf struktureller Ebene lag das zentrale Spannungsverhältnis zwischen dem Verfassungsprinzip der Kulturhoheit der Länder und der aus finanziellen und politischen Gründen weiterhin bestehenden Abhängigkeit von der Bundesregierung. Allmählich kamen die Länderregierungen auch im Hochschulbereich darauf, dass das Hochschulrahmengesetz vieles, aber doch nicht alles in diesem Bereich regelte; auch wurde deutlich, dass die Empfehlungen des Wissenschaftsrates eben nur solche und keine Vorgaben einer Planungs- und Lenkungsbehörde waren. So kamen als Gegengewicht zum Bund regionalpolitische Interessen zur Geltung. Beispiele sind unter vielem anderen die Beibehaltung der Medizin und der Zahnmedizin an beiden Universitäten in Mecklenburg-Vorpommern oder die Gründung von drei Universitäten in Brandenburg – gewiss eine politische Tat in einem armen Bundesland.

Parallel zu alledem verlief die bereits vor Oktober 1990 begonnene Evaluierung der Institute und Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften, die – zusammen genommen mit den Evaluierungen an den Hochschulen - fast alle bundesdeutsche Wissenschaftler von Rang und Namen in Anspruch nahm. Hierzu kann ich aus Zeitgründen nur drei Punkte festhalten:

1. Bei der Evaluierung der Akademieinstitute und Mitarbeiter ging man von der bereits genannten Annahme aus, in der DDR habe es eine grundsätzliche Teilung von Lehre und Forschung gegeben. Folglich meinte man, die positiv evaluierten Forscher der Akademie würden zur Stärkung der universitären Forschung benötigt und auch dort unterzubringen sein. Die Annahme war falsch, die Unterbringung geschah im Großen und Ganzen nicht.

2. Die Evaluierungen der früheren Akademiemitarbeiter verlief im Wesentlichen personenbezogen, das heißt individuell, also bei gründlicher Missachtung der gruppenzentrierten Organisationsform und damit der Kultur wissenschaftlicher Forschung in der DDR. Dabei wurden Leistungskriterien angelegt, die „international“ genannt wurden, ohne die konkrete Bedeutung dessen, was in diesem Fall „international“ heißen konnte, mit zu reflektieren. Somit ist zu fragen, ob beziehungsweise inwiefern die Methodik der Evaluierung während des Geschehens reflektiert worden ist.
3. Gleichwohl konnten einige ehemalige Akademieeinrichtungen wie zum Beispiel die Institute in Berlin-Buch und am Telegrafenberg bei Potsdam unter Beibehaltung eines gewichtigen Teils ihres Personals unter anderen Vorzeichen erhalten bleiben und andere Institute beziehungsweise Personal aus ihnen in vielfältiger Weise neu starten. Das war größtenteils möglich geworden dadurch, dass parallel zu alledem die bereits genannten Hauptakteure des bundesdeutschen Wissenschaftssystems eigene Aktivitäten in den neuen Bundesländern entfalteten.

Phase 4 (1992-1994): Mühen der Ebene? Unerwartete Ergebnisse

In der Folge dieses überaus vielschichtigen Geschehens ist eine neue Hochschul- und Wissenschaftslandschaft in den neuen Ländern entstanden. Aber zur Überraschung vieler ist in gewisser Hinsicht eine Wandlung der Landschaft in der Bundesrepublik insgesamt geschehen, deren Umrisse bereits zum Zeitpunkt der Verabschiedung längerfristiger Hochschulgesetze Mitte der 1990 Jahre sichtbar zu werden begannen.

Unter den erwartbaren Ergebnisse in den neuen Ländern sind: eine drastische Reduzierung des gesamten Personals, eine Umverteilung der verbleibenden Stellen unter den neuen Ländern und eine Wandlung in den relativen Anteilen der Disziplinen im Gesamtgefüge. Ins Auge stechen eine Reduzierung der Sozialwissenschaften und eine relative Zunahme im Gewicht der Naturwissenschaften und der Medizin in den neuen Bundesländern. Die Liste der unerwarteten Ergebnisse ist lang:

Entlassungen: Das Gros der Entlassungen im Hochschulbereich waren keinesfalls politische Entlassungen im engeren Sinne, sondern hochschulpolitisch *verursachte* Entlassungen. Die personellen Folgen des strukturellen Umbaus, also der systemischen Verwestdeutschung an den Hochschulen, waren weitaus einschneidender, als die publizistisch

wirksamere Entlassung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter oder SED-Funktionäre. Gerade wegen der damals so genannten „sozial verträglichen“ Gestaltung der Maßnahmen blieben die Folgen allerdings regional begrenzt und die betroffenen Wissenschaftler mehrheitlich im Osten. Nur sehr wenige wurden in den Westen oder gar ins Ausland berufen.

Eine Verwestdeutschung? Diese ist in struktureller Hinsicht sehr wohl geschehen, in personeller Hinsicht ist eine solche jedenfalls an den Hochschulen keinesfalls derart flächendeckend geschehen, wie in so manchen Beschreibungen steht. Hier nenne ich zum Beleg lediglich ein Ergebnis aus der eigenen Forschung, betreffend die Neuberufungen bis 1994: Während in den „abgewickelten“ Fächern wie Jura, den Sozialwissenschaften, Pädagogik, Philosophie und Geschichte bis über 90 Prozent der bis 1994 Neuberufenen tatsächlich aus dem Westen kamen, liegen die Verhältnisse in den nicht abgewickelten kulturwissenschaftlichen Disziplinen wie Ethnologie, Sprach- und Literaturwissenschaften, Kunstwissenschaften, Theologie annähernd bei 50 zu 50, und in den Natur- und Medizinwissenschaften in einer Spannweite von circa 75 zu 25 Prozent zugunsten des Ostens. Diese unterschiedliche „Durchmischung“ an den ostdeutschen Universitäten in den ersten Jahren nach der Vereinigung ist meiner Meinung nach nichts anderes als eine Folge der ersten Abwicklungsentscheidungen im Herbst 1990 und kein Beleg für etwaige Wesensunterschiede unter den verschiedenen Wissenschaftstypen.

Bedeutende Innovationen am Rande sind keinesfalls zu leugnen. Hierzu gehören unter vielen anderen die Universitätsneugründungen in Frankfurt/Oder und Erfurt, die Gründung des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte in Berlin und insbesondere die von Jürgen Kocka leidenschaftlich verfochtenen Geisteswissenschaftlichen Forschungszentren.

Von niemand vorhergesehen ist die plötzliche Vermehrung so genannter Institute der Blauen Liste, die zu 50 Prozent vom Bund und 50 Prozent vom jeweiligen Bundesland gefördert werden. Dadurch ist ein neuer Akteur im deutschen Wissenschaftssystem entstanden, der erst nach der Vereinigung den Namen Leibniz-Gemeinschaft trägt. Neben alledem entfalten sich ostdeutsche Nachinstitute und Gesellschaften zu einem Netzwerk meist in Vereinsform organisierter „informeller Wissenschaft“, das ein Betätigungsfeld und größtenteils privat finanzierte Publikationschancen für entlassene oder pensionierte ostdeutsche Wissenschaftler bietet, aber vom bundesdeutschen Establishment nach wie vor ignoriert oder bestenfalls mit ausgesuchter Höflichkeit behandelt wurde und wird.

In dieser Phase und danach kam es dann doch zu Überraschungen auch im Westen. So wurden einige Max-Planck-Institute oder die Historische Kommission in Berlin evaluiert und dann geschlossen. Einige der eben erwähnten Innovationen am Rande haben auch im Westen

Einfluss gezeitigt. Im Vergleich zum Anspruch, der in den bereits genannten „Perspektiven“ des Wissenschaftsrates im Juli erhoben wurde, nehmen sich diese Wandlungen allerdings recht bescheiden aus.

Ein allzu kurzes Wort über inhaltliche Wandlungen füge ich hier ein. Mit einem Schlag scheint nach dem Fall des Kommunismus alles, das mit dem Marxismus explizit zu tun haben könnte, gründlich entlegitimiert worden zu sein. Damit ist für viele Geistes- und Sozialwissenschaftler Orientierungswissen verloren gegangen. Die Folge für viele war der Rückzug auf einen sturen Empirismus; wie eine ostdeutsche Historikerin es mir damals sagte, mit Theorie haben wir schon mal unsere Erfahrungen gemacht. Neuansätze, die aus einer Reflexion der eigenen Erfahrung im Wandel der Systeme entstanden wären, scheinen mit der möglichen Ausnahme von Sozialwissenschaftlern wie Wolfgang Engler nicht entwickelt worden zu sein. In den Naturwissenschaften scheint es eine riesige Spannweite zu geben, vom Wechsel der Forschungsprioritäten unter Beibehaltung vielen Personals im Falle des Max-Delbrück-Zentrums bis hin zur Delegitimierung bestimmter Fertigkeiten, beispielsweise die des Instrumentbauers, die in der DDR für die Aufrechterhaltung der Forschungsbetriebs wichtig waren und bald nach der Vereinigung buchstäblich unbrauchbar geworden sind.

Fazit

Am Schluss komme ich zurück zu den eingangs genannten Deutungsmustern. Die „Kolonisierungsthese“ entpuppt sich nach näherem Hinsehen als Produkt einer bestimmten Perspektive, nämlich der der Inhaber von hohem Status im DDR-System, die tatsächlich als Verlierer der Einheit dastehen. Sie ist aber als Erklärung des Geschehens als Prozess ungeeignet, weil sie den Ost-Ost-Kampf, der hier mit entscheidend war, unterbelichtet lässt. Aber auch das triumphalistische „Erneuerungsmuster“ ist angesichts der unleugbaren strukturellen, sozialen und möglicherweise auch inhaltlichen Kosten des Prozesses nicht mehr haltbar. Das Muster einer selbstkritisch reflektierten „Erneuerung mit Bedauern“ kommt der Sache näher, entpuppt sich jedoch ebenfalls als einer Akteursperspektive behaftet, nämlich der der Mitgestalter des Prozesses selbst. Die hier angebotene Betrachtung des Geschehens als Prozess mit unvorhersagbarem Ausgang betont das Primat des Politischen, weist aber gleichzeitig auf die Handlungschancen der Beteiligten hin. Das mag zu einer distanzierteren und differenzierteren Beschreibung etwas beitragen, eine Theorie des Geschehens ist sie jedoch noch lange nicht.

Was von den hier keineswegs vollständig geschilderten Ergebnissen im weiteren historischen Kontext zu halten ist, bleibt nach wie vor umstritten. Eine mögliche Vergleichsperspektive bietet die folgende Aussage: Der zwischen 1989 und 1994 erfolgte Stellenabbau in den neuen Ländern war sowohl in absoluten Zahlen als auch der Relation nach allein im Hochschulbereich mehr als zweimal größer, als die beiden Entlassungswellen nach den Regimewechsel von 1933 und 1945 *zusammengenommen*. Wir haben einen in der deutschen Geschichte beispiellosen Vorgang vor Augen. Eine andere Vergleichsperspektive bietet eine Aussage des damaligen Rektors des Collegium Budapest, Lajos Vekas aus dem Jahr 1993 – die Ostdeutschen hatten Glück, hatten wir doch keinen Westungarn, der uns retten kommt!

Über die qualitativen Folgen des Vereinigungsprozesses habe ich nur wenig gesagt. Eine Frage bleibt deshalb im Raum stehen: bedeutet ein Mehr oder Weniger an Wissenschaftlern oder „Wissenschaftspotentialen“, wie es in der neudeutschen Planungssprache heißt, irgendeine Antwort auf die Frage, ob *bessere* Wissenschaft aus alledem hervorgegangen ist?

Zum Abschluss zitiere ich sinngemäß aus einer sehr kurzen Glosse, die Götz Aly in der Berliner *Tageszeitung* in der Hitze des Gefechts schrieb und die mir, seitdem ich sie las, nicht aus dem Kopf will: Die Bundesrepublik muss wohl ein sehr reiches Land sein, um auf derart viel Wissenschaft verzichten zu können. Wohl gemerkt: da steht Wissenschaft, nicht *Wissenschaftspotential!*

MANFRED ERHARDT
Wissenschaftssenator a. D.

Erhardt bezog sich in seinem Diskussionsbeitrag vor allem auf den Prozess der Evaluierung und die Folgen für den Wissenschaftsstandort Berlin. Rückblickend habe er sich damals mit drei Aussagen unbeliebt gemacht, so erinnerte er sich: „Die erste lautete, die Empfehlungen des Wissenschaftsrats sind für mich Gesetz. Die zweite, man hat mich in Berlin zum Wissenschaftssenator und nicht zum Sozialsenator gewählt. Die dritte, die Humboldt-Universität muss so exzellent werden, dass sich auch der schwere Tanker FU zu bewegen beginnt.“

Für die Berliner Hochschulen sei damals neben dem Ist- auch ein Sollplan für Personalstellen aufgestellt worden, alle Professuren seien neu definiert worden und öffentlich ausgeschrieben, es habe keine bloßen Überleitungen wie etwa in Sachsen gegeben. Erhardt verteidigte die Bewertungen ostdeutscher Wissenschaftler nach internationalem Standard bei den Berufungen: Waren diese etwa aufgrund des begrenzten Zugangs zu Literatur oder der Ausstattung in der DDR im Nachteil, dann sei trotzdem berufen worden, wenn die Prognose gestellt werden konnte, dass die Wissenschaftler ihren Rückstand in den nächsten drei oder fünf Jahren würden aufholen können. Das Wissenschaftler-Integrations-Programm zur Eingliederung von Mitarbeitern der Akademie-Institute, bezeichnete Erhardt als „richtigen Gedanken“. Es sei allerdings selbst in Berlin trotz doppelter positiver Evaluierung der Wissenschaftler gescheitert. Und zwar am inhaltenden Widerstand der West-Universitäten, diese Wissenschaftler aufzunehmen, auch deshalb, weil deren Finanzierung zeitlich befristet war: „Hier gab es keine Solidarität der westlichen Wissenschaft.“

Die Einpassung des ostdeutschen Wissenschaftssystems in das westdeutsche sei eine fast zwangsläufige Folge des von den Repräsentanten der DDR selbst gewünschten Beitritts gewesen, erklärte Erhardt.: „Hatte der Wissenschaftsrat noch 1990 gefordert, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit das bundesrepublikanische Bildungs- und Forschungssystem der Neuordnung bedürfe, bevor es einfach auf das Beitrittsgebiet übertragen werde, so setzte der Einigungsvertrag nicht auf Reformen, sondern auf ‚Einpassung‘.“ Es sei seiner Ansicht nach die bessere Lösung gewesen, obwohl mit den Stärken auch die Defizite der westdeutschen Wissenschaft auf den Osten übertragen worden seien. Die Bewertung des Umbaus der Berliner Wissenschaftslandschaft fiel für Erhardt positiv aus: Berlin sei heute eine der führenden Wissenschaftsregionen. Er halte an seiner Aussage von 1993 fest: „Der Wissenschaftsbereich ist, wenn man es auf die ganze Wiedervereinigung bezieht, der Bereich, bei dem der Erneuerungsprozess besonders gut, besonders rasch und erfolgreich gelungen ist.“

THOMAS KUCZYNSKI
Wissenschaftshistoriker und Publizist

Die Frage, ob mit der Wiedervereinigung die bereits in der DDR angestoßenen Reformen im Wissenschaftsbereich abgebrochen seien, beantwortete Kuczynski mit Verweis auf die anderen ehemaligen Ostblockstaaten: „Wenn wir die Wissenschaftslandschaft dort von 1989 mit der von 1993 oder von 2003 vergleichen, sehen wir, dass dort ein ungeheurer Umbruch stattgefunden hat, ohne dass es West-Ungarn gab oder West-Russland“. Deren Wissenschafts- wie Gesellschaftssysteme seien zwischen 1989 und 1991 zusammengebrochen und je nach Land und Universität mehr oder weniger rasch neu aufgebaut worden. Kuczynski zog daraus die Schlussfolgerung: „Ich glaube, dass die Erneuerungspotentiale in der DDR genauso vorhanden waren wie in allen anderen osteuropäischen Ländern.“

Kuczynski, dessen Institut für Wirtschaftsgeschichte abgewickelt worden war, bewertete das Motiv für den Prozess der Evaluierung und Abwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR durch den Wissenschaftsrat als nicht fachlich, sondern rein politisch begründet: „Das war eine rein politische Entscheidung, die spätestens nach dem Kammingespräch gefallen war und eigentlich hätte man sich unter diesen Gesichtspunkten die Evaluation schenken und erklären können: Die Akademie wird zugemacht. Punkt!“ Er sage das ausdrücklich mit der Bemerkung, dass kein einziger seiner Mitarbeiter nach der Schließung des von ihm geleiteten Instituts arbeitslos geworden sei. Einige seien in Vorruhestand gekommen, die anderen hätten wieder Arbeit gefunden und zwar keine fachfremde. So habe einer, den er schon 1989 zur Berufung als Professor vorgeschlagen habe, später eine Professur an der Humboldt Universität bekommen. Das belege die fachliche Kompetenz seiner Wissenschaftler. Man müsse nüchtern sagen: „Es gab verschiedene Schicksale, aber es gab ein Schicksal nicht – dass ein Institut als solches erhalten blieb. Es konnte ja auch nicht, denn es war nicht passfähig.“ Dagegen sei es durchaus geschehen, dass 90 Prozent eines Instituts zur Abteilung eines anderen Instituts wurden, beispielsweise sei dann eben die Hochenergiephysik Zeuthen eine Abteilung von DESY geworden. Insgesamt hielt die Evaluation für fragwürdig: „Als Hochschullehrer müssten wir alle wissen, bei einem Prüfer, bei dem alle Prüflinge durchfallen, da funktioniert etwas nicht.“

RENATE MAYNTZ
Soziologin

Mayntz berichtete von Reformbestrebungen, die sie vor der Entscheidung für den Beitritt bei Besuchen der ostdeutschen Akademie-Institute erlebt habe: „Sie waren stark daran orientiert, ein neues Statut für den Institutsverbund zu erarbeiten. Aber dabei hatten sie zu spät wahrgenommen, in welche Richtung der politische Prozess läuft, nämlich auf Vereinigung durch Beitritt.“ Dies sei drei bis fünf Monate zu spät erkannt worden, sonst hätte man rechtzeitig anfangen können, sich selbst in einer Art umzustrukturieren, dass die Möglichkeit größer gewesen wäre, eine entsprechende Passform zu finden. Mayntz stimmte ihren Vorrednern darin zu, dass die Entscheidung der DDR für den Beitritt den politischen Rahmen für den Umgang mit den ostdeutschen Akademien und Hochschulen bestimmte: „Man muss sehen, dass dieser Prozess, der hinterher ein Umbruch war und keine Reform, nur ein Teilprozess innerhalb eines politisch dominierten Prozesses war, wie Ash in seinem Vortrag sehr klar gemacht hat.“

Die Akademien hätten von der neuen Regierung de Maizières keine Unterstützung bekommen. Der damalige ostdeutsche Forschungsminister Terpe sei nicht an deren Erhalt interessiert gewesen, lediglich am Fortbestand der erhaltenswerten Forschung. Der Wissenschaftsrat habe mit dem Auftrag der Evaluierung eine für ihn in diesem Ausmaß unbekannt Aufgabe übernommen: „Er hatte selbstverständlich keinen Masterplan“ und habe deshalb beim Aufbau der notwendigen Struktur ganz bei Null anfangen müssen.

Auf die Frage nach den Alternativen zu den damals getroffenen Umstrukturierungs-Entscheidungen erklärte Mayntz: „Ja, es gab Alternativen. Selbst nachdem klar wurde, dass die Vereinigung durch Beitritt erfolgen würde, war es nicht ausgeschlossen, dass der Institutsverbund in der inzwischen von ihm selbst konzipierten, stark reduzierten Form als Forschungsorganisation erhalten blieb. Aber das war an eine praktische Voraussetzung gebunden, nämlich, dass es im Beitrittsgebiet nur ein einziges Bundesland gibt.“ Dass die damals noch nicht existierenden ostdeutschen Länder sich verständigten, einen reduzierten AdW-Verbund als gemeinsame Forschungsorganisation zu finanzieren, sei schlicht illusionär, erklärte Mayntz. Sie wies darauf hin, dass interne Reformbestrebungen und die Abwanderung von Wissenschaftlern von Anfang an einen Veränderungsprozess einleiteten. So belegten ihre Zahlen: „Bis zu dem Punkt als die Evaluation begann, hatten sich die Institute durch Abwanderung schon der Größenordnung der zu erhaltenden Stellen angenähert, die später vom Wissenschaftsrat unter dem Strich empfohlen wurde.“

HANS JOACHIM MEYER
Staatsminister a. D.

Zur Diskussion der Frage, inwiefern es eigene Reformbemühungen in der Wissenschaft der DDR in den Jahren 1989/90 gegeben habe und was aus ihnen nach der Wiedervereinigung geworden sei, erklärte der damalige sächsische Forschungsminister Meyer, dass es zwar richtig sei, dass aus den Hochschulen der DDR nicht die Impulse für die friedliche Revolution ausgegangen seien. Gleichwohl hätten sich an der Humboldt-Universität Gruppen gebildet, die so etwas wie einen Runden Tisch konstituierten, allerdings lose und informell. Vergleichbares hätte auch in Dresden, Rostock und Greifswald stattgefunden. Diese Reformvorstellungen seien in einer Situation entstanden, in der zwar die Erneuerung der DDR, aber noch nicht die Einheit auf der Tagesordnung gestanden hätte. Mit der Entscheidung für den Beitritt der DDR zum Grundgesetz entstand ein neuer politischer Rahmen: „Die Initiative zur Erneuerung der Hochschulen ging dann natürlich auf die neu gebildeten Länder über.“ Anders stellte sich das für die Akademien dar, hier sollte der Bund zukünftig der neue politische Partner und vor allem der Finanzier sein.

Zu der sich herauskristallisierenden Kontroverse darüber, ob das westdeutsche Wissenschaftssystem dem ostdeutschen übergestülpt worden sei, argumentierte Meyer: „Der Begriff des Überstülpens ist immer schwierig. Was sollte denn aus der DDR erhalten werden? Die starke Stellung der Spezialhochschulen, die die Universitäten zurückdrängte? Wohl kaum. Die Führungsstruktur, die im Wesentlichen so aussah, dass das Sekretariat der jeweiligen Parteileitung das entscheidende Gremium war, während andere Gremien die Fassadenrolle spielten? Auch das war nicht erhaltenswert und ist auch von niemand gewünscht worden.“ Worauf in der DDR größerer Wert gelegt worden sei, sei der Mittelbau gewesen, der damit wesentlich zur Qualität von Lehre und Studium beitrug. Andererseits sei er in diesem Umfang nicht zu halten gewesen. Ein Mittelbau der weitgehend unbefristet ist, verstopft den Zugang für junge Wissenschaftler. Die wesentliche Frage sei aber gewesen, wie konnte man das finanzieren? Hier komme der Begriff des Überstülpens ins Spiel, denn das habe in der Tat von den Normen der alten Bundesländer abgehungen: „Diese waren nicht ausgerichtet auf Qualität des Studiums, sondern auf die größtmögliche Unterbringung von Studienzugangsberechtigten.“

Die finanziellen Bedingungen hätten einerseits zu einem dramatischem Abbau des wissenschaftlichen Personals gezwungen, andererseits konnten für diejenigen, die in den erneuerten Hochschulen wieder einen Platz fanden, Bedingungen geschaffen werden, von denen ihre Kollegen in Osteuropa immer noch nur träumen können.

FORUM III
ERFOLGE – MISSEERFOLGE – KONSEQUENZEN

IMPULSREFERAT I
„Erfolge und andere Resultate.
Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau von seinem Ende her betrachtet“
Peer Pasternack

IMPULSREFERAT II
„Unter anderen in der Welt.
Das deutsche Wissenschaftssystem im Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert“
Wilhelm Krull

PODIUMSDISKUSSION

Manfred Bierwisch
Linguist

Detlev Ganten
Mediziner

Wilhelm Krull
Generalsekretär der VolkswagenStiftung

Peer Pasternack
Forschungsdirektor Institut für Hochschulforschung Wittenberg

Joachim Sauer
Chemiker

MODERATION

Volker Gerhardt
Philosoph

PEER PASTERNAK
IMPULSREFERAT I

„Erfolge und andere Resultate.

Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau von seinem Ende her betrachtet“

Die Betrachtung des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus 1989ff. leidet typischerweise unter der formalen Inkompatibilität zweier Perspektiven: Die eine erinnert zu viel, die andere zu wenig. Die eine löst sich nicht von den Details, und damit finden sich – häufig zu Recht – viele Anlässe, um anhaltend empört zu sein. Die andere Perspektive löst sich zu sehr von den Details, konzentriert sich auf große Entwicklungslinien, und damit lässt sich in den Vorgängen nur eine Normalisierungsgeschichte entdecken. Die Kunst der angemessenen Beurteilung bestünde darin, eine mittlere Perspektive zu entwickeln: Hinreichend nahe am Realgeschehen, um die problematischen Aspekte nicht zu übersehen, und hinreichend vom Realgeschehen distanziert, um die Entwicklungslinien der Prozesse identifizieren zu können. Eine solche mittlere Perspektive dürfte auch am ehesten geeignet sein, um nicht nur den Ablauf, sondern auch die einstweiligen Ergebnisse des Wissenschaftsumbaus erklären zu können.

Der Vorgang wird meist unter Gerechtigkeitsaspekten kritisiert. Ich möchte ihn im folgenden unter dem Aspekt der Funktionalität betrachten. Dazu können die Ergebnisse des Prozesses herangezogen werden. An den Ergebnissen werden nach landläufiger Übung die Erfolge, Teilerfolge und Misserfolge beliebiger Prozesse indiziert. Es dürfte nichts dagegen sprechen, dies auch beim ostdeutschen Wissenschaftsumbau so zu halten. Dessen Resultate lassen sich in zwei Gruppen sortieren: zum einen die Herstellung neuer Handlungsbedingungen für die Wissenschaft, zum anderen die innerhalb dieser erneuerten Bedingungen erzielten wissenschaftlichen Leistungen.

I. Die Herstellung neuer Handlungsbedingungen

Die Herstellung neuer Handlungsbedingungen vollzog sich in vier Stufen – die erste bis zum Beitritt des ostdeutschen Siedlungsgebietes zum „Geltungsbereich des Grundgesetzes“, die zweite in der Mitte des Jahres 1990 beginnend und sich bis 1992, an manchen Hochschulen auch darüber hinaus hinziehend, die dritte und vierte Stufe nach dem 3. Oktober 1990 einsetzend:

1. Die Erwähnung der ersten Stufe erfordert zugleich, eine gängige Wahrnehmung zu korrigieren. Ein wichtiger Teil der Veränderungen wird fälschlicherweise den Wirkungen

der deutschen Neuvereinigung zugeschrieben, war aber nicht deren Ergebnis, sondern Resultat des letzten Jahres der DDR – 1990: Zu nennen sind hier insbesondere die Auflösung der SED- und FDJ-Strukturen an den Hochschulen und Akademien, die Wissenschaftsfreiheit, der freie Studienzugang, die Entsorgung ideologischer Studienanteile und die Möglichkeit zur freien Kommunikation über jegliche Grenzen hinweg.

2. Diese Veränderungen sollten auch von der personellen Seite her abgesichert werden. Daher begann, teils vor und teils nach dem Beitritt, eine paradoxe Intervention. Mit der Begründung, Wissenschaft und Politik fortan zu trennen, wurden Politik und Wissenschaft noch einmal explizit zusammengeführt: Personalkommissionen und Ministerien unternahmen politische Bewertungen der Wissenschaftler/innen, die sogenannten Integritätsüberprüfungen. Der Vorgang vermittelte seiner Form nach nichtjustiziable Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. In ihrem positivistischen Kern waren die Überprüfungsverfahren Beurteilungen individualbiografischer Vergangenheit mit dem Ziel, eine Sozialprognose über die Eignung (respektive Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden.

Mit dem 3. Oktober 1990 wurden die Rahmenbedingungen für die ostdeutsche Wissenschaft vor allem in zweierlei Hinsicht verändert:

3. Zunächst änderten sich im Zuge eines weitgehenden West-Ost-Transfers die kompletten Strukturen: die Hochschulstrukturen, die Organisationsformen außeruniversitärer Forschung, die Personalstruktur und das rahmensetzende Rechtssystem.
4. Sodann setzte – finanztransfergetrieben – eine grandiose Ausstattungsverbesserung der ostdeutschen Hochschulen und Forschungsinstitute ein. Der plötzlich in allen sanierten Büros verlegte Spannteppich vermittelte auf durchaus überzeugende Weise das Gefühl, nunmehr mit beiden Beinen im Westen zu stehen.

Sämtliche der genannten Strukturtransfers hatten Auswirkungen auf konkrete Personen. Daraus resultiert die häufige Frage nach Zahlen des Verbleibs bzw. Nichtverbleibs im akademischen System. Allerdings gibt es keine *Gesamterhebung*. Die empirisch abgesicherten Erhebungen, denen sich diesbezüglich relevante Zahlen entnehmen lassen, sind zum einen überschaubar, zum anderen aber in ihren Einzelheiten schwer miteinander vergleichbar. Zumindest lässt sich aus ihnen ableiten, dass es in den 90er Jahren eine massenhafte Beendigung von wissenschaftlichen Berufsbiografien gegeben hat. Darüber hinaus kann auf

Grund der Schwierigkeiten, welche die vorliegenden Zahlenwerke bereit halten, nur eine plausible Schätzung auf der Basis einer Zusammenschau der verschiedenen statistischen Erfassungen und Hochrechnungen stattfinden. Diese plausible Schätzung ergibt, dass das 1989 beschäftigt gewesene Personal in folgenden Größenordnungen abgebaut worden ist:⁶

- ca. 60 Prozent an den Hochschulen (mit starken Unterschieden nach Ländern),
- ca. 60 Prozent in der außerhochschulischen Akademieforschung (die anderen 40 Prozent wurde in Max-Planck-, Fraunhofer-, Großforschungs- und Blaue-Liste-Einrichtungen tätig),
- ca. 85 Prozent in der Industrieforschung.⁷

Der Personalabbau betraf vor allem (Ost-)Berlin und Sachsen. Dort hatte die DDR fast 50 Prozent ihres gesamten Wissenschaftspersonals konzentriert. Das war nunmehr durch die beiden Bundesländer in diesen Größenordnungen nicht zu finanzieren. An der Universität Leipzig, der TU Dresden und der Humboldt-Universität zu Berlin, um drei Beispiele zu nennen, hatten daraufhin jeweils zwei Drittel des 1990 beschäftigten Personals ihren Arbeitsplatz räumen müssen.⁸

Eine besonders problematische Implikation der Vorgänge waren die Schwierigkeiten, die der Transformationsmodus den jüngeren und mittleren ostdeutschen Wissenschaftlergenerationen bei der Integration in den neu organisierten akademischen Betrieb bescherte. Deren Angehörige hatten noch in der DDR ihre ersten Schritte in der Wissenschaft absolviert und dann mit dem Umbruch ihre akademischen Lehrer und Netzwerke verloren. Aus beiden Generationen gelang es nur wenigen, sich gegen das in den ersten Jahren wirksame Stigma, in der DDR wissenschaftlich sozialisiert worden zu sein, in die neuen Strukturen zu integrieren. Es mangelte den jüngeren Wissenschaftlern sowohl an der Einbindung in die nun relevanten Netzwerke als auch häufig an habitueller Passfähigkeit.

⁶ Grundlagen dieser Zusammenschau sind: Werner Meske: Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1993; Hansgünter Meyer: Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik, Berlin 1993; Peer Pasternack: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung „Geisteswissenschaften in der ehem. DDR (Konstanz 1990)“, Leipzig 1996; Thomas Neie: Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990 - 1993, in: hochschule ost 1/1996, S. 133-148; Gertraude Buck-Bechler/Hans-Dieter Schaefer/Carl-Hellmut Wagemann (Hg.): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung, Weinheim 1997; Dirk Lewin: Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1997; Anke Burkhardt: Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport, Wittenberg 1997; Arno Hecht: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?, Leipzig 2002.

⁷ Ein Ergebnis vor allem des Wirkens der Treuhandanstalt, die wiederum „den Markt“ dafür verantwortlich machte, der freilich dafür nichts kann: Es war die Unterkapitalisierung der Unternehmen – oft geoutsourcter Industrieforschungsabteilungen –, die ihnen den auf dem Technologiemarkt nötigen langen Atem versagte, und diese allgemeine Kapitalschwäche eines bislang planwirtschaftlich verwalteten Siedlungsgebietes kann „dem Markt“ nicht direkt zugerechnet werden.

⁸ Peter Gutjahr-Löser: Die Umgestaltung der Universität Leipzig nach der Wende, in: Rektorat der Universität Leipzig (Hg.), Wissenschaftsstandort Leipzig. Die Universität und ihr Umfeld. Beiträge der Konferenz anlässlich des „Dies academicus“ am 2. Dezember 1996, Leipzig 1997, S. 23-42, hier S. 33; Alfred Post: Planung und Realisierung der neuen TU Dresden 1991 bis 1994. Gemeinsame Aufbruchjahre mit dem Rektor Günther Landgraf, Supplement zu Europäisches Institut für postgraduale Bildung an der TU Dresden (Hg.), Prof. Dr. Dr. Günther Landgraf – der TU Dresden verbunden, Dresden 2005; Thomas Raiser: Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989-1994, Berlin/Baden-Baden 1998, S. 119.

Sie stießen daher an eine gläserne Decke.⁹ Hier kam zum Zuge, was Ethnologen Tribalismus nennen: „eine Verhaltenstendenz der Bevorzugung von Kontakten zu Mitgliedern der eigenen Kulturgruppe“.¹⁰

Der weitgehende Verzicht auf die komplette ostdeutsche Nachwuchskohorte hatte eine wesentliche Voraussetzung: Die akademische Grundversorgung Ostdeutschlands konnte vergleichsweise problemlos aus den vorhandenen personellen Ressourcen der westdeutschen Wissenschaft erfolgen. Zwar war in einigen Fächern eine solche Anzahl von Professuren zu besetzen, dass die vorhandenen Personalreserven eigentlich überfordert waren, und die Wettbewerbsfähigkeit der Berufungsverfahren ließ sich häufig nur noch formal aufrecht erhalten. Aber es konnte dann immer noch auf Anwärter zurückgegriffen werden, die nach allem menschlichen Ermessen in der westdeutschen Normalsituation ihre Chancen ausgereizt hatten, ohne auf eine Professur gelangt zu sein.¹¹ Wer westelbisch habilitiert war, konnte beispielsweise in den neu aufzubauenden Rechts- und Wirtschaftswissenschaften angesichts der Vielzahl zu besetzender Positionen kaum abgewiesen werden.¹²

Gleichwohl muss das – je nach Fächergruppe relative oder absolute – Übergewicht westdeutscher Berufungen in Ostdeutschland grundsätzlich weder verwundern noch muss sich dahinter prinzipiell ein Problem verbergen: Die ostdeutsche Partialpopulation bildete nun einmal nur 21 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung. Insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften hätte man es wohl auch keinem Studierenden ernsthaft wünschen dürfen, ausschließlich von früherem DDR-Personal belehrt zu werden. Allerdings wäre die zahlenmäßige westdeutsche Dominanz im akademischen Personal in Ostdeutschland nur dann völlig unproblematisch gewesen, wenn sich alsbald auch eine dem ostdeutschen Bevölkerungsanteil entsprechende Veröstlichung des wissenschaftlichen Personals an westdeutschen Hochschulen ergeben hätte. Dies war nicht der Fall.¹³

Faktisch hatte nahezu jede Wissenschaftlerin und jeder Wissenschaftler in Ostdeutschland seit 1990 eine Veränderung des beruflichen Status erfahren: „Beendigung oder Neudefinition der Karrieren nahezu aller DDR-Wissenschaftler“, fasste Dieter Simon,

⁹ Wie sie aus den Forschungen zu Karriereverläufen von Frauen in der Wissenschaft bekannt ist

¹⁰ Sabine Helmers: Theoretische und methodische Beiträge der Ethnologie zur Unternehmenskulturforschung, Berlin 1990, S. 13. Vgl. auch Peer Pasternack: Wandel durch Abwarten. Ost und West an den ostdeutschen Hochschulen, in: Deutschland Archiv 3/1996, S. 371-380.

¹¹ „Nicht zuletzt aufgrund des großen Zeitdrucks“, so formulierte es zurückhaltend der seinerzeitige Generalsekretär des Wissenschaftsrates, „ist es nur teilweise gelungen, den internationalen Standards entsprechende Berufungsverfahren durchzuführen.“ (Wilhelm Krull: Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt a.M./New York 1994, S. 205-225, hier S. 215). Vgl. auch die instruktive qualitative Untersuchung des ostdeutschen Berufungsgeschehens der 90er Jahre von Karin Zimmermann: Spiele mit der Macht in der Wissenschaft. Passfähigkeit und Geschlecht als Kriterien für Berufungen, Berlin 2000.

¹² Zur Vermeidung von Missverständnissen: Es gab selbstredend auch Fächer, in denen sich dies anders verhielt.

¹³ Inzwischen sind solche Unterscheidungen zwischen Ost- und Westherkunft nicht mehr sinnvoll: Die Generation, die nunmehr den akademischen Betrieb zu dominieren beginnt, hat ihre wissenschaftliche Sozialisation nach 1990 erfahren und bei ihren Stationen nicht mehr zwischen Ost und West unterscheiden müssen.

Wissenschaftsratsvorsitzender der Zieldefinitionsphase, zusammen, was sich hinter dem für diese Vorgänge vielfach gebrauchten Begriff „personelle Erneuerung“ verbarg.¹⁴ Im Ganzen war das ursprünglich tätige Personal stark dezimiert, deutlich vermännlicht sowie verwestlicht worden. Für einige in der DDR benachteiligte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen hatte der Personalaustausch auch zuvor undenkbbare Chancen geboten. Gleichzeitig wurden aber auch früher benachteiligte Wissenschaftler von der allgemeinen Welle des Stellenabbaus erfasst.

II. Wissenschaftliche Leistungsbilanz

Mit den neu gestalteten Handlungsbedingungen sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, dass sich eine konkurrenzfähige Wissenschaft auch in Ostdeutschland entfalten könne. Ob das gelungen ist, lässt sich inzwischen überprüfen. Kriterien dessen sind nicht Gerechtigkeit oder Effizienz des Prozesses, sondern das Maß des wissenschaftlichen Erfolgs, also Effektivität. Dafür stellt die Wissenschaftsforschung Methoden zur quantitativen und qualitativen Leistungsbewertung bereit, mit deren Hilfe sich ein relational objektiviertes Urteil gewinnen lässt. Eine Sekundärauswertung von jüngeren gesamtdeutschen und internationalen Leistungsvergleichen, in die insgesamt 66 verschiedene Indikatoren einbezogen waren,¹⁵ hat generalisierend ergeben:

- Insgesamt ist die Leistung der ostdeutschen Forschung (ohne Berlin) in den mit hoher Reputation belegten Sektoren – Universitäten und außeruniversitäre Forschung – weit überwiegend durchschnittlich bzw. unterdurchschnittlich.
- Dagegen fällt sie im Fachhochschulsektor im sektorinternen Vergleich überdurchschnittlich aus – also in dem Teilsystem, das mit den geringsten Forschungsressourcen ausgestattet ist.

Es kann dies anhand einiger ausgewählter Daten exemplarisch illustriert werden. Dabei lässt sich der Erwartungswert hinsichtlich der ostdeutschen Anteile an den gesamtdeutschen Forschungsleistungen bzw. der ostdeutschen Präsenz bei etwa 15 Prozent fixieren¹⁶:

¹⁴ Dieter Simon: Lehren aus der Zeitgeschichte der Wissenschaft, in: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Wissenschaften und Wiedervereinigung, Berlin 1998, S. 509-523, hier S. 509.

¹⁵ Peer Pasternack: Forschungslandkarte Ostdeutschland, unt. Mitarb. von Daniel Hechler, Wittenberg 2007.

¹⁶ Nachfolgende Prozentangaben sind ins Verhältnis zu den sozioökonomischen und wissenschaftsspezifischen Referenzdaten zu setzen: In den fünf östlichen Bundesländern (ohne Berlin) leben 16,3 Prozent der deutschen Bevölkerung und werden 11,6 Prozent des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts erzeugt. Der ostdeutsche Anteil am Bundesgesamt beträgt beim wissenschaftlich-künstlerischen Hochschulpersonals 15,6 Prozent, bei der Universitätsprofessorenschaft 15,4 Prozent, bei den Fachhochschulprofessuren 16,4 Prozent und beim öffentlich finanzierten Wissenschaftspersonal (Hochschulen und außeruniversitäre Forschung) 16,4 Prozent. Der Finanzierungsanteil

- Institutionell gibt es mit der TU Dresden eine von insgesamt 15 ostdeutschen Universitäten, die bei den verschiedenen Bewertungen überwiegend im oberen Leistungsdrittel der deutschen Universitäten vertreten ist. Sie gehört damit als einzige ostdeutsche Universität zu den als Gesamtinstitution auch gesamtdeutsch forschungsstarken.¹⁷
- Von den 54 ostdeutschen, gemeinschaftsfinanzierten Forschungsinstituten finden sich sechs Institute (=11 Prozent) im bundesweiten Vergleich auf Spitzenpositionen; von diesen sind fünf in Sachsen.
- Neun der 21 ostdeutschen Fachhochschulen (=43 Prozent) finden sich unter den bundesweit forschungsstarken Fachhochschulen. Damit ist der ostdeutsche Fachhochschulsektor – in Relation zu seiner Größe – insgesamt forschungsaktiver als der westdeutsche FH-Sektor.
- Die Drittmiteleinnahmen der öffentlich finanzierten ostdeutschen Forschung betragen 12 Prozent aller in Deutschland eingeworbenen Drittmittel.
- Quantitativ besonders stark sind in Ostdeutschland die Ingenieurwissenschaften vertreten: 21 Prozent aller Professuren dieser Fächergruppe finden sich an ostdeutschen Hochschulen. Von den gesamtdeutsch eingeworbenen Drittmiteleinnahmen der Ingenieurwissenschaften fließen 14 Prozent nach Ostdeutschland.
- Der ostdeutsche Anteil an den gesamtdeutsch eingeworbenen Forschungsmitteln aus dem Forschungsrahmenprogramm der EU beträgt 6 Prozent.
- Unter den Community-intern gewählten DFG-Fachgutachter/innen stammen 11 Prozent aus ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen.
- Eine Auswertung der ostdeutschen Erfolge in den Vorentscheidungen und Endentscheidungen der beiden Runden der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern (2006 und 2007) ergibt: Der gewichtete Anteil ostdeutscher Anträge (ohne Berlin), die innerhalb der vier Auswahlstufen zum Zuge kamen, betrug 3,2 Prozent.¹⁸ Werden die finanzierungswirksamen Endentscheidungen der beiden Auswahlrunden betrachtet, so ist festzuhalten: Die Universitäten der ostdeutschen Flächenländer partizipieren zu 2,3 Prozent an der insgesamt verteilten Fördersumme.

der ostdeutschen Länder für hochschulische und außeruniversitäre Wissenschaft beträgt 15,9 Prozent der von allen deutschen Bundesländern aufgewendeten Mittel.

¹⁷ Daneben verfügen nur die Humboldt-Universität zu Berlin, die Friedrich-Schiller-Universität Jena, die TU Chemnitz und die Bergakademie Freiberg über jeweils mehrere Forschungsbereiche, die sich im oberen Leistungsdrittel der deutschen Universitäten platzieren können. Die Universität Potsdam, die Universität Leipzig, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die TU Ilmenau sind zumindest in Einzelbereichen in einem gesamtdeutschen Vergleichshorizont forschungsstark. (Vgl. Pasternack: Forschungslandkarte Ostdeutschland, Wittenberg 2007, a.a.O., S. 118-122, 235f.)

¹⁸ Zu methodischen Details der Berechnung vgl. Peer Pasternack: Exzellenz – Qualität – Solidität. Realistische Selbstwahrnehmungen und die Chancen der ostdeutschen Hochschulen, in: Frau Gützkow/Gunter Quaißer (Hg.): Jahrbuch Hochschule gestalten, Bielefeld 2008, S. 63-79, hier S. 64.

Nun wäre eines nicht von vornherein unplausibel: Man könnte einwenden, dass es sich bei diesen Zahlen lediglich um Momentaufnahmen handelt und die Dynamik der Entwicklung nicht abgebildet wird. Es erschiene ja denkbar, dass die bislang abgelaufene Zeit noch nicht lang genug gewesen sei. Nach weiteren, beispielsweise zehn Jahren könne durchaus eine Normalisierung des Leistungsniveaus der ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen stattgefunden haben. Um diesen Einwand zu prüfen, sei exemplarisch ein Indikator im Zeitvergleich betrachtet. Mitteleinwerbungen bei der DFG gelten in Deutschland als so etwas wie die Königsdrittmittel. Daher erscheint es gerechtfertigt, diese Kategorie von Drittmitteln als Symptom von Forschungsstärke zu betrachten. Dann lässt sich für unseren Zweck betrachten, wie sich die ostdeutschen Universitäten im Bundesranking der DFG-Einwerbungserfolge im Zeitverlauf zu platzieren vermögen (Tab. 1):

- Für die Jahre 1991 bis 2001 ist eine tendenzielle Aufwärtsbewegung bei der Platzierung der ostdeutschen Universitäten zu konstatieren. In den beiden Zeitvergleichen von 1991-1995 zu 1996-1998 und von 1996-1998 zu 1999-2001 stehen insgesamt 17 Platzaufstiegen bzw. Platzverteidigungen nur vier Abstiege gegenüber.
- Diese Aufwärtstendenz hat sich zwischen 2002-2004 deutlich abgeschwächt und neigt für den Zeitraum von 2005-2007 zur Umkehr: Standen im Zeitvergleich 1999-2001 zu 2002-2004 noch neun Platzaufstiegen fünf Abstiege gegenüber, so konnten in der Gegenüberstellung der Berichtszeiträume 2002-2004 und 2005-2007 lediglich fünf Universitäten einen Aufstieg verzeichnen, während sechs Hochschulen nun z.T. deutlich schlechter platziert sind.

Tab. 1: Bundesweite Rangplätze der ostdeutschen Universitäten in Bezug auf die DFG-Bewilligungen absolut 1991-1995, 1996-1999, 1999-2001, 2002-2004 und 2005-2007 im Vergleich

Universität	Berichtszeitraum					Veränderung			
	1991 – 1995	1996 – 1998	1999 – 2001	2002 – 2004	2005 – 2007	1991–1995 zu 1996– 1998	1996–1998 zu 1999– 2001	1999–2001 zu 2002– 2004	2002–2004 zu 2005– 2007
Dresden TU	35	24	24	20	18	+11	0	+4	+2
Jena U	42	35	32	30	30	+7	+3	+2	0
Leipzig U	40	38	34	40	40	+2	+4	-6	0
Halle-W. U	44	39	38	35	41	+5	+1	+3	-6
Potsdam U	64	53	50	46	43	+11	+3	+4	+3
Chemnitz TU	48	42	46	44	45	+6	-4	+2	-1
Magdebg. U	56	47	44	47	45	+9	+3	-3	+2
Rostock U	54	54	54	50	48	0	0	+4	+2
Greifswald U	61	63	59	62	57	-2	+4	-3	+5
Ilmenau U	67	64	64	59	60	+3	0	+5	-1
Freiberg TU	49	50	45	55	62	-1	+5	-10	-7
Weimar U	–	71	66	67	67	–	+5	-1	0
Cottbus U	68	65	67	66	68	+3	-2	+1	-7
Erfurt U	–	–	79	72	75	–	–	+7	-3
Gesamtveränderungen (Plus-Minus-Verrechnung)						+54	+22	+9	-11

Berücksichtigt sind Hochschulen, die im angegebenen Zeitraum insgesamt mehr als 0,5 Mio. Euro DFG-Bewilligungen erhalten haben.

Rangreihe geordnet nach der Platzierung im Zeitraum 2005-2007.

DFG: Förder-Ranking 2003, Bonn 2003, S. 42f.; DFG: Förder-Ranking 2006, Bonn 2006, S. 152f.; DFG: Förder-Ranking 2009, Bonn 2009, S. 158f.; eigene Berechnungen.

Dieser Trend spiegelt sich auch in einer Gesamtbilanz der Platzierungsveränderungen wider, die Aufstiege und Abstiege miteinander verrechnet:

- Können die ostdeutschen Hochschulen in den Zeitvergleichen von 1991-1995 zu 1996-1998 und von 1996-1998 zu 1999-2001 sich insgesamt um 54 bzw. 22 Plätze verbessern, so reduziert sich diese Aufwärtsbewegung zwischen 1999-2001 und 2002-2004 auf neun Plätze.
- Im Vergleich der Berichtszeiträume 2002-2004 und 2005-2007 verlieren die ostdeutschen Universitäten insgesamt elf Plätze.

Insgesamt zeigt sich: Die ostdeutschen Universitäten begannen mit einem dynamischen Einstieg bei der DFG-Mitteleinwerbung in den 90er Jahren. Seit Beginn des aktuellen Jahrzehnts flacht die Dynamik ab und hat sich inzwischen leicht ins Negative verkehrt. Letzteres ist noch kein dramatischer Befund. Bei 14 einbezogenen Universitäten können die neueren Gesamtveränderungen zum einen Zufallsschwankungen dokumentieren, zum anderen fiel in den letzten berücksichtigten Zeitraum (2005-2007) auch die Verteilung der Mittel der

Exzellenzinitiative. Allerdings: Diesen Zahlen ist jedenfalls keine Aufwärtsdynamik zu entnehmen, sondern eher eine Konsolidierung auf unterdurchschnittlichem Niveau.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Sowohl die Forschungsreputation als auch die forschungsbezogenen Leistungsdaten der ostdeutschen Wissenschaft sind – mit einigen lokalen und fachbezogenen Ausnahmen – seit den 90er Jahren und anhaltend bis heute eher unterdurchschnittlich. International werden die ostdeutschen Universitäten nur ausnahmsweise wahrgenommen. Kurz: Die ostdeutsche Wissenschaft stellt sich, nach ihrer radikalen Umgestaltung und zumindest einem Jahrzehnt in konsolidierten Strukturen, als überwiegend leistungsgedämpft dar.

Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Sehr verwegen wäre sicher die umstandslose Behauptung, bei höherem Verbleib des ostdeutschen Personals gäbe es heute eine deutlich bessere Leistungssituation. Aber: Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau war maßgeblich durch das Instrument der Evaluation geprägt. Wollte man nun dem Vorgang mit ebendiesem Instrument zu Leibe rücken, dann wären die in Kauf genommenen politischen und moralischen Kosten ins Verhältnis zu den erzielten wissenschaftlichen Leistungsergebnissen zu setzen.

WILHELM KRULL
IMPULSREFERAT II

„Unter anderen in der Welt.

Das deutsche Wissenschaftssystem im Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert“

Als im Juli 1990 der Entwurf der „Zwölf Empfehlungen“ mit den „Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit“ im Wissenschaftsrat beraten wurde, war ein Passus besonders umkämpft. Es erfüllt mich auch heute noch mit Freude und Stolz, dass diese Sätze – die inzwischen vielfach und wiederholt zitiert wurden – am Ende nicht gestrichen werden konnten, wie dies insbesondere Vertreter der Politik wünschten. Der Text lautet wie folgt: „Insgesamt gesehen kann es nicht einfach darum gehen, das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen. Vielmehr bietet der Prozess der Vereinigung auch der Bundesrepublik Deutschland die Chance, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Neuordnung bedürfen.“¹⁹

Zwar wurde die Chance zur selbstkritischen Überprüfung der westdeutschen Situation nicht sofort und umfassend genutzt (vgl. dazu auch die Aufforderung zur „Einpassung“ in Artikel 38 des Einigungsvertrages); ich bin jedoch davon überzeugt, dass ohne die Wiedervereinigung und die mit ihr verbundenen Prozesse der Bestandsaufnahme, Bewertung und Neustrukturierung des ostdeutschen Hochschul- und Forschungssystems auch die westdeutschen Verhältnisse sich im weiteren Verlauf der 1990er Jahre nicht in gleicher Weise reformorientiert weiterentwickelt hätten.

Dabei will ich freilich gerne einräumen, dass über den Legitimationsdruck hinaus, unter den das westdeutsche Wissenschaftssystem vor dem Hintergrund des radikalen Umbaus der ostdeutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen geraten ist, weitere Aspekte – nicht zuletzt die aus der internationalen Lehr- und Forschungskonkurrenz resultierenden Herausforderungen – eine wichtige Rolle spielten. Die bereits 1992/93 begonnenen, forschungsfeldbezogenen Evaluationen des Wissenschaftsrates, z.B. der Umwelt- und der Materialwissenschaften, aber vor allem die Ende der 1990er Jahre durchgeführten Systemevaluationen aller großen Wissenschaftsorganisationen wären wohl kaum in dieser Form durchgeführt worden, hätte es die Wiedervereinigung nicht gegeben. Zugleich boten insbesondere die Systemevaluationen Ende der 1990er Jahre eine hervorragende Möglichkeit, der deutschen Wissenschaft gewissermaßen den Spiegel der Internationalität vorzuhalten und wichtige Reformschritte zu initiieren.

¹⁹ Wissenschaftsrat: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Köln 1990, S. 6.

I. Ost-West-Asymmetrien und ihre Nachwirkungen

In den bereits zitierten „Zwölf Empfehlungen“ vom Juli 1990 hatte sich der Wissenschaftsrat bereit erklärt, auf Bitten der damaligen DDR-Regierung sowie des Bundes und der Länder eine umfassende Bestandsaufnahme, Bewertung und Neustrukturierung des Hochschulwesens und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen im östlichen Teil Deutschlands vorzunehmen. Dabei ging er davon aus, „dass keine voreiligen Entscheidungen getroffen werden, die die Erarbeitung einer Bestandsaufnahme und die Vorbereitung von Empfehlungen sowie deren spätere Umsetzung gefährden“.²⁰

Der vom Wissenschaftsrat geforderte Übergangszeitraum (bis zum 31.12.1991) für eine Neustrukturierung von Wissenschaft und Forschung hat sich im Zuge der Verhandlungen über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur für einen Teil des Wissenschaftssystems realisieren lassen. Mit Artikel 38 des Einigungsvertrages wurden für nahezu alle außeruniversitären Forschungseinrichtungen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. Bereits Ende 1990 hat der Wissenschaftsrat sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass für die Hochschulen keine ähnliche Regelung erreicht werden konnte. Für diese sah der Einigungsvertrag lediglich eine dreimonatige Frist vor, in der die sich neu konstituierenden Länder über Fortbestand oder Schließung („Abwicklung“) einer ganzen Hochschule oder einzelner Sektionen entscheiden konnten. An diesen Verfahren hat sich der Wissenschaftsrat von vornherein nicht beteiligt.²¹ Er hat auch die Hochschulen nicht in vergleichbarer Form wie die außeruniversitären Forschungseinrichtungen evaluiert, sondern seine Aufgabe vor allem darin gesehen, vor dem Hintergrund der mit der Vereinigung gegebenen föderalen Rahmenbedingungen die Hochschulentwicklung überregional zu koordinieren und den Um- und Ausbau der Hochschulen mit fachspezifischen Empfehlungen zu begleiten.

Die Unterschiede in der Zuständigkeit und den Regelungen des Einigungsvertrages sowie die daraus resultierende Ungleichzeitigkeit der Entwicklung in den verschiedenen Bereichen des Hochschul- und Forschungssystems haben zu einer Fülle von Problemen geführt. Sie können hier nur mit den Stichworten „Integrationsschwierigkeiten von Einzelwissenschaftlern und Arbeitsgruppen aus ehemaligen Akademieinstituten in die Hochschulen“, „extrem erschwerter Transfer von anwendungsorientiert und angewandt forschenden Wissenschaftlern in den privatwirtschaftlichen Bereich“ und „Behinderung gemeinsamer Berufungen und

²⁰ Wissenschaftsrat: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Köln 1990, a.a.O., S. 29.

²¹ Vgl. dazu die Pressemitteilung des Wissenschaftsrates vom 12. Dezember 1990.

Forschungsvorhaben von außeruniversitären Instituten und Hochschulen“ sowie „Verhinderung von Mobilität zwischen den Forschungssektoren“ umschrieben werden.

Wie ein Vergleich der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand in Ost- und Westdeutschland zeigt, wirken die Asymmetrien bis heute nach. Während die FuE-Ausgaben in der ostdeutschen Wirtschaft (einschließlich Berlin) 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen, liegt der Anteil mit knapp 2 Prozent in Westdeutschland fast doppelt so hoch. Anders hingegen die öffentlichen Ausgaben für Forschung. Sie betragen in Ostdeutschland etwa 1,2 Prozent des BIP, während es in Westdeutschland lediglich 0,7 Prozent sind. Damit ist die öffentlich finanzierte Forschungsintensität, d.h. die Ausgaben für Projekte in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Relation zur Wirtschaftskraft (gemessen als BIP), in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland. Nicht zuletzt existiert heute in Ostdeutschland eine Vielzahl von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die zum Teil aus Instituten der verschiedenen Akademien der Wissenschaften hervorgegangen, zum Teil – insbesondere im Falle der Max-Planck-Gesellschaft – ganz neu angesiedelt worden sind.²²

Während also die öffentlich finanzierte, vor allem außeruniversitär organisierte Forschung in den ostdeutschen Ländern sogar überproportional stark vertreten ist, ergibt sich in den wichtigsten, forschungs- und technologiegetriebenen Zukunftsfeldern insgesamt ein starkes West-Ost-Gefälle. Darauf hat erst jüngst der „Prognos Zukunftsatlas Branchen 2009“ erneut aufmerksam gemacht: „Ostdeutschland liegt bei der Entwicklung starker Standorte in Deutschlands Zukunftsfeldern weiterhin zurück. Von allen 87 Kreisen und kreisfreien Städten Ostdeutschlands finden sich lediglich Dresden und Berlin unter den TOP 20 Regionen im Gesamtranking.“²³

II. Vernetzung und Zusammenarbeit von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen – neue institutionelle Verknüpfungen und ihre Grenzen

Schon Ende der 1980er Jahre hat der Wissenschaftsrat in seinen „Empfehlungen zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren“ ausgeführt, dass das Prinzip „Lehre aus Forschung“ nicht nur das Fundament einer jeden Universität, sondern auch eine entscheidende Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit des gesamten Wissenschaftssystems

²² Vgl. dazu das Sonderheft 1/2009 des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren. Halle 2009, S. 127.

²³ Prognos AG: Zukunftsatlas Branchen 2009. Basel, Berlin, Bremen, Brüssel, Düsseldorf, München und Stuttgart 2009. S. 2.

bildet.²⁴ Insbesondere in der Tendenz zur Neugründung von Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen in anwendungsorientierten Fachgebieten sah der Wissenschaftsrat seinerzeit die Gefahr einer Aushöhlung der Forschungskompetenz in den Universitäten. In den bald darauf erschienenen „Empfehlungen zur Zusammenarbeit von Großforschungseinrichtungen und Hochschulen“ heißt es dazu: „Dadurch wird die für die deutsche Universität charakteristische Verbindung von Forschung und Lehre noch weiter aufgeweicht, weil auf Forschung spezialisierte Institute außerhalb der Hochschulen arbeiten und innerhalb der Hochschulen die Ressourcen fehlen, um den dort tätigen Wissenschaftlern konkurrenzfähige Forschungsbedingungen zu ermöglichen.“²⁵

Die damit beschriebene, bereits in den 1980er Jahren spürbare Tendenz zur Auswanderung der Forschung aus den Universitäten der alten Länder war in der DDR spätestens seit der Hochschulreform 1968 prägend für das gesamte System. Insbesondere in den Hochschulen der DDR war das Verhältnis von Forschung und Lehre nicht ausgewogen. Über weite Strecken wurde aufgrund politischer Entscheidungen die Forschung in Institute außerhalb der Hochschulen verlagert. Heute lässt sich feststellen, dass dies der Leistungsfähigkeit des gesamten Forschungssystems insgesamt nicht gedient hat.

Will man angesichts der globalen Konkurrenz um die besten Studierenden sowie Forscherinnen und Forscher die Lage in Deutschland nachhaltig verbessern, so wird es höchste Zeit, dass Bund und Länder gemeinsam konkrete Schritte unternehmen, um die bisherige institutionelle und finanzielle Trennung von universitärer und außeruniversitärer Forschung zu überwinden. Dabei wäre auch zu überlegen, die derzeit bestehenden Hemmnisse einer Potenzialbündelung, die insbesondere in den jeweiligen, einseitige Blockaden ermöglichenden Zuständigkeiten von Bund und Ländern, kapazitätsrechtlichen Rahmenbedingungen und komplizierten Finanzierungsmodalitäten liegen, durch ein kompaktes Forschungsförderungsgesetz zu beseitigen.

Wer die europäische und internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Forschungssystems wirksam voranbringen will, der muss bereit sein, den in den letzten Jahren erfreulicherweise vielfach beschrittenen Weg einer engeren Zusammenarbeit bis hin zu strukturell integrierten, gemeinsam von der jeweiligen Universität und den außeruniversitären Forschungsorganisationen getragenen Arbeitsgruppen, Forschungsstellen, Graduate Schools oder auch ganzen Instituten konsequent weiterzugehen, wie dies im Rahmen der Exzellenzinitiative etwa in Karlsruhe und Göttingen versucht wird. Ein umfassendes Miteinander von Universität und benachbarten außeruniversitären Forschungseinrichtungen

²⁴ Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu den Perspektiven der Hochschulen in den neunziger Jahren. Köln 1989, S. 66 ff.

²⁵ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Zusammenarbeit von Großforschungseinrichtungen und Hochschulen. Köln 1991, S. 34.

wird aber nur zustande kommen, wenn für beide Seiten eine Win-Win-Situation entsteht. Es ist an der Zeit, die mit einer Bündelung der jeweiligen Potenziale verbundenen Wettbewerbschancen zu erkennen und konstruktiv zu nutzen. Wir sollten noch öfter als bisher den Mut aufbringen, herkömmliche institutionelle Grenzen zu überschreiten. Der Zustrom an herausragend qualifiziertem wissenschaftlichem Nachwuchs aus dem In- und Ausland in solche international weit ausstrahlenden Einrichtungen der Spitzenforschung nützt uns allen.

III. Ein kurzer Blick auf die vermessene Hochschulwelt oder: Wo stehen die deutschen Universitäten in der globalen Konkurrenz?

Im Unterschied zum amerikanischen Hochschulsystem, in dem seit jeher große Leistungsunterschiede bestehen und bereits seit Jahrzehnten breitgefächerte Rankings und Ratings gang und gäbe sind, die dem Interessierten die Möglichkeit bieten, sich von Ausbildungs- und Forschungsaspekten bis hin zu Studiengebühren und Professorengehältern die verschiedenen Mosaiksteine selbst zu einem Bild zusammensetzen, sind im deutschen Kontext Leistungsvergleiche und daraus resultierende Ranglisten noch ein relativ junges Phänomen. Umso größer war das Erstaunen, als im Verlauf der 1990er Jahre immer mehr Vergleichsstudien auf den Markt kamen, die erhebliche Leistungsunterschiede zwischen den einzelnen Hochschulen offenbarten. Zwar entbrannte allenthalben eine heftige Debatte um die verwendeten Methoden, Kriterien und Verfahren, die vielfach als nicht sachgerecht zurückgewiesen wurden. Es zeigte sich jedoch bald, dass auch eine Veränderung der verwendeten Parameter keineswegs eine völlige Umstülpung der Verhältnisse nach sich zöge, sondern allenfalls im Mittelfeld größere Verschiebungen verursachte. Diese änderten jedoch nichts daran, dass zunehmend deutlicher wurde, wie sehr auch das vordergründig auf homogene Strukturen und annähernd gleiche Ausbildungsverhältnisse zielende deutsche Hochschulsystem sich so ausdifferenziert hatte, dass starke Leistungsunterschiede das Bild prägten und zugleich die langgehegte Fiktion von der prinzipiellen Gleichheit aller Bildungsangebote und der sie tragenden Institutionen in Deutschland zerstörten.

Heute sind es vor allem zwei internationale Leistungsvergleiche, die die Debatten prägen: Das Shanghai-Ranking, genauer: Das Shanghai-Jiao Tong University Academic Ranking of World Universities und das seit 2004 vom *Times Higher Education Supplement* (THES) jährlich erstellte Ranking von Hochschulen unterschiedlicher Prägung. In beiden Fällen dominieren forschungsbezogene, vor allem auf naturwissenschaftlicher Praxis beruhende

Indikatoren. Im THES-Ranking werden jedoch noch zusätzlich Einschätzungen von ausgewählten Experten – im Sinne von Reputationsbefragungen – hinzugezogen. Die gerade in vielen deutschen Universitäten breit aufgefächerten Geisteswissenschaften spielen in beiden Rankings so gut wie keine Rolle.

Nach den Namen deutscher Universitäten sucht man auf den vorderen Listenplätzen beider Hochschulrankings vergeblich. Klassenprimus ist seit Jahren die Universität Harvard, und auch die übrigen Spitzenplätze machen die angelsächsischen – allen voran die US-amerikanischen – Hochschulen unter sich aus. Beim Shanghai-Ranking werden vier der fünf vordersten Plätze von US-amerikanischen Hochschulen belegt. Einzig der britischen Traditionsuniversität Cambridge (Platz 4) gelingt es, sich zwischen das amerikanische Spitzenquartett von Harvard, Stanford, Berkeley und das Massachusetts Institute of Technology zu schieben. Auch wenn die Zahlen beim THES niedriger ausfallen (13 US-Hochschulen unter den Top 20, 36 unter den Top 100 und 102 unter den Top 500): Die Führungsposition der USA in der Welt der Wissenschaft sieht auch das THES-Ranking als unangefochten an.

Folgt man den Ergebnissen dieser Rankings, so erweist sich Großbritannien auch auf dem Gebiet der Wissenschaft als kleiner und zugleich sehr erfolgreicher Bruder der USA: Nicht nur den Universitäten Oxford und Cambridge gelingt es, bei den weltweiten Hochschulrankings Spitzenplätze zu ergattern. Unter den Top 10 befinden sich 2 (Shanghai) oder gar 4 (THES) und unter den Top 100 11 (Shanghai) oder sogar 19 (THES) britische Universitäten. Erst in dieser letzten Gruppe tauchen auch die Namen deutscher Universitäten auf. Im Shanghai-Ranking belegen 6 (LMU München, TU München, Heidelberg, Göttingen, Freiburg und Bonn), im THES-Ranking nur 3 deutsche Hochschulen (Heidelberg, LMU München, TU München) einen Platz unter den 100 weltbesten universitären Lehr- und Forschungsstätten. Ostdeutsche Universitäten befinden sich nicht darunter.

Wie stark sich die unterschiedlichen Methoden und Kriterien der beiden Hochschulrankings auf die Platzierung mancher Hochschulen auswirken, zeigt sich insbesondere an der Einstufung der Universität Bonn: Während das Shanghai-Ranking sie unter den Top 100-Hochschulen einstuft, belegt sie beim THES-Ranking lediglich den 276. Platz. Ähnlich große Sprünge um mehr als 150 Plätze finden sich auch bei der Bewertung der Universitäten Köln, Mainz und Kiel. Betrachtet man jedoch die Gesamtzahl der deutschen Hochschulen, die in die beiden Weltranglisten aufgenommen wurden, stimmen die Zahlen schon fast wieder überein: Das Shanghai-Ranking erfasst insgesamt 40, das THES-Ranking 43 deutsche Hochschulen unter den besten 500 der Welt. Diese Zahl weicht kaum von der

Gesamtzahl der britischen Universitäten in den beiden Rankings ab: Das Shanghai-Ranking berücksichtigt 42, das THES 49 britische Hochschulen. Der entscheidende Unterschied zwischen Großbritannien und Deutschland liegt vor allem darin, dass sich der Name einer britischen Hochschule bereits unter den Top 5, der erste Name einer deutschen Universität hingegen erst unter den Top 60 befindet.

Die Tatsache, dass sich eine beachtliche Anzahl deutscher Universitäten (immerhin 40/43 von 88 Hochschulen mit Promotionsrecht) in diesen Bestenlisten befindet, nicht jedoch die vordersten Plätze belegt, spiegelt zugleich den hochschulpolitischen Weg wider, den die Bundesrepublik seit ihrer Gründung und auch Ostdeutschland nach 1990 eingeschlagen hat: Die regional breit gestreute Förderung vieler Hochschulen mit hohem Qualitätsanspruch und guten Studienangeboten, aber eben nicht die Förderung von Spitzenhochschulen im Weltmaßstab.

IV. Der Aufbruch zur Spitze – die Exzellenzinitiative und ihre Folgen

Wie bei den internationalen Vergleichen, so steht auch im deutschen Exzellenzwettbewerb die Forschung im Vordergrund. Dies ist aufs engste verknüpft mit der Tatsache, dass spätestens seit Mitte der 1990er Jahre das bisherige ökonomische Paradigma immer mehr durch ein neues, wissensbasiertes abgelöst worden ist. Die künftigen Wachstumschancen sowie die soziale Sicherung der Gesellschaft beruhen in hohem Maße auf einer innovations- und wissensbasierten Ökonomie. Der soziale und wirtschaftliche Wohlstand einer Gesellschaft hängt heute bereits mehr denn je von der Leistungskraft der kreativsten Forscherinnen und Forscher ab. Ihre neuen Ideen und Erkenntnisse bilden die Grundlage für eine Informations- und Wertschöpfungskette, an deren Ende Neuerungen stehen, die einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil im globalen Markt versprechen oder bisweilen auch unser bisheriges Weltbild einer grundlegenden Revision unterziehen. Um nicht den Anschluss an die Weltspitze zu verlieren, brauchen Deutschland und Europa erstklassige Bedingungen für Forschung und Lehre sowie für Innovation.

Bei all den Leistungsvergleichen ist jedoch nicht zu übersehen, dass eines der Kernprobleme des deutschen Hochschulwesens die Unterfinanzierung bleibt. Vor allem die Universitäten sind finanziell eindeutig schlechter aufgestellt als ihre ausländischen Konkurrenten in den OECD-Staaten. Seit 1974 wurden die neu geschaffenen Kapazitäten nicht mehr hinreichend finanziell unterstützt. Es werden zum Beispiel 1,8 Milliarden Euro für

die Hochschulen in Niedersachsen mit etwa 170.000 Studierenden bereitgestellt. Die Universität Stanford hat im Vergleich dazu bei 17.000 Studierenden einen Jahresetat von etwa 2,3 Milliarden Euro. Die relational finanziellen Ausstattungsunterschiede (also die Mittel pro Studierenden, pro Professor etc.) zwischen einer der bestausgestatteten technischen Universitäten, der Technischen Universität München und der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich belaufen sich auf den Faktor 3, zwischen der Technischen Universität München und dem Massachusetts Institute of Technology auf den Faktor 10.

Zudem befanden sich die deutschen Universitäten seit Mitte der 1990er Jahre in einer Einsparspirale: Sobald sie die zum Teil erheblichen Kürzungsaufgaben erfüllt hatten, wurden erneut Mittelstreichungen vorgenommen. Dabei ist die Zahl der Studierenden seit 1975 stark angewachsen und wird vor allem im Hinblick auf den doppelten Abiturjahrgang weiter zunehmen. Trotz dieses Anstiegs führt bereits heute Deutschlands Rückstand in der Hochschulausbildung zu einem strukturellen Mangel an Hochqualifizierten. Denn während die Bundesrepublik in den vergangenen 10 Jahren die Zahl der Studierenden um 5 Prozent steigern konnte, legten die 29 anderen der wichtigsten Industrienationen im Schnitt um 41 Prozent zu. Deutschland fällt damit nach dem Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im weltweiten Vergleich vom 10. auf den 22. Rang zurück (OECD 2007). Nach dem soeben veröffentlichten OECD-Bildungsbericht 2008 ist Deutschland bei den Studienanfängern sogar auf Platz 25 zurückgefallen.

Angesichts solch großer Finanz- und Kapazitätsengpässe war von vornherein klar, dass die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen nicht geeignet sein würde, mit den bereitgestellten Summen die deutschen Universitäten in den Olymp der internationalen Spitzen-Einrichtungen zu katapultieren. Immerhin ist es jedoch gelungen, Leistungsspitzen in den Hochschulen sichtbar zu machen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wissenschaftssystems zu steigern und nicht zuletzt eine Fülle von Reformen zu initiieren. Die mit zusätzlichem Geld und dem zu erwartenden Prestigegewinn stimulierten Antragsprozesse haben in vielen Bereichen Reformschritte ermöglicht, die sonst kaum in so kurzer Zeit zustande gekommen wären. Das gilt insbesondere für die jahrelange Diskussion um die Einführung einer strukturierten Doktorandenausbildung in Form von Graduiertenschulen, aber auch für die engere Verknüpfung universitärer und außeruniversitärer Forschungskapazitäten in den neu gegründeten Clustern.

Das Ziel der Exzellenzinitiative, leistungsstarke Bereiche und Institutionen auch international sichtbar zu machen, ist in hohem Maße erreicht worden (auch wenn die

Operationalisierung der Selektions- und Implementationsprozesse in vielerlei Hinsicht noch verbesserungsbedürftig erscheint). Spannend wird sein, inwieweit es den Universitäten und den übrigen beteiligten Institutionen gelingt, die zunehmend inter- und transdisziplinär angelegte Grundlagenforschung in neuen, die Kreativität befördernden Organisationsformen und Karrierewegen, die über Zentren, Cluster etc. eröffnet werden können, zu etablieren, wobei vor allem deren Bewährung in der universitären (Berufungs-)Praxis noch aussteht.

Der globale Wettbewerb um die besten Talente erfordert eine Bündelung der Kräfte am jeweiligen Ort beziehungsweise in der Region, auch über die bisherigen, vielfach überbetonten Grenzen hinweg. Diesen Prozess der Fokussierung und Vernetzung im Forschungsbereich hat die Exzellenzinitiative entscheidend vorangetrieben. Im Hinblick auf die Graduiertenschulen und Exzellenzcluster werden Forschung und Ausbildung – im Sinne der komplementären Prinzipien des Vorrangs von „Lehre aus Forschung“ und des „forschenden Lernens“ – wieder enger zusammengeführt. Vor allem gilt es, den Nachwuchs durch mehr und besser dotierte Stellen und Stipendien noch stärker zu fördern. Denn letztlich muss die Universität für den wissenschaftlichen Nachwuchs attraktiv bleiben – ansonsten werden sich anspruchsvolle Talente anderen Aufgaben zuwenden.

Sowohl die Zwischen- als auch die Endergebnisse der Exzellenzinitiative haben große Überraschungen und auch tiefe Enttäuschungen mit sich gebracht – nicht zuletzt an der Humboldt-Universität zu Berlin, aber auch an vielen anderen Standorten, insbesondere in den neuen Ländern. Vor allem die Institutionen, die sich schon früh als sichere Gewinner gesehen, aber am Ende den Sprung unter die Spitzenuniversitäten nicht geschafft haben, standen und stehen vor schwierigen Zerreißproben. Eine nüchterne Bestandsaufnahme, gefolgt von einer realistischen Bewertung der eigenen Stärken und Schwächen sowie der Entwicklung neuer Perspektiven für die gesamte Universität und ihr regionales Umfeld sind dabei unerlässliche Schritte auf dem Weg zu einem neuen Aufbruch.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Wissenschaftsrat haben mittlerweile eine erste Zwischenbilanz gezogen. Dabei wird deutlich, dass man die Karrierechancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und auch das beabsichtigte Zurückholen von Spitzenforscherinnen und -forschern aus dem Ausland durch die Exzellenzinitiative deutlich befördern konnte. Auch gelingt es häufiger, im Wettbewerb mit ausländischen Spitzenhochschulen die eine oder andere Professur gegen starke Konkurrenz zu besetzen oder Personen in Deutschland zu halten, die hochdotierte Angebote von amerikanischen Spitzenuniversitäten bekommen haben. Ganz wichtig scheint mir dabei, dass die seinerzeit in den „Eckpunkten eines zukunftsfähigen deutschen Wissenschaftssystems“ erarbeiteten

„Zwölf Empfehlungen“ nicht nur ein Szenario der stärkeren Verbindung von außeruniversitärer Forschung und Hochschulen entworfen haben,²⁶ sondern mittlerweile die beteiligten Akteure es auch tatkräftig umzusetzen beginnen. Damit ergeben sich zugleich ganz neue Möglichkeiten der gemeinsamen Berufungsplanung und der gegenseitigen Beteiligung von Universität und außeruniversitären Instituten an der langfristigen Forschungsplanung für den jeweiligen Standort oder die Region.

Wenn man bedenkt, dass die Systemevaluation von DFG und MPG (in der dieser Aspekt ebenfalls stark betont wurde) erst zehn Jahre zurückliegt, dann heißt das, dass wir sowohl eine erfolgreiche Vertrauensbildung als auch einen neuen Prozess des Zusammenwirkens im Sinne eines klaren Profilierens der jeweiligen Standorte und Regionen erreicht haben, wie wir ihn vor ein paar Jahren noch nicht kannten. Modelle für das Zusammenführen von Helmholtz-Zentren und Universitäten wie im „Karlsruher Institut für Technologie“ (KIT) und der „Jülich Aachen Research Alliance“ (JARA), aber auch die Verknüpfung von gleich fünf Max-Planck-Instituten, einem Leibniz-Institut und einem Teilinstitut der Helmholtz-Gemeinschaft mit der Georg-August-Universität im „Göttingen Research Council“ (GRC) erscheinen vielversprechend mit Blick auf eine gesteigerte Attraktivität des deutschen Wissenschaftssystems im globalen Wettbewerb. Es bleibt freilich abzuwarten, inwieweit die damit verbundenen Ansprüche und Hoffnungen tatsächlich eingelöst werden können. Der Streit um Kompetenzen und Einflussfelder scheint jedenfalls noch längst nicht beigelegt.

Die Umsetzung grundlegender Reformschritte in neue Entscheidungsstrukturen und -prozesse sowie vor allem in gelebte Forschungspraxis braucht mehr Zeit, als sie die bisherige Fünfjahresförderung vorsieht. Es war und ist daher unverzichtbar, dass die Exzellenzinitiative 2011/12 fortgesetzt wird. Alles andere würde gerade auch mit Blick darauf, wie wir im Ausland wahrgenommen werden, eine desaströse Wirkung haben. Insbesondere dort würde man sich fragen, was in die Deutschen gefahren sei, wenn sie dieses Vorhaben nach nur vier bis fünf Jahren abbrechen, vor allem angesichts der Tatsache, dass gleich mehrere andere europäische Länder Elemente der deutschen Exzellenzinitiative auf ihre eigene Situation zu übertragen beginnen (vgl. dazu etwa den geplanten Cluster-Wettbewerb in Österreich). Es erscheint mir ganz wichtig, dass die Exzellenzinitiative ein offenes, atmendes System wird und es nicht etwa gesetzte Plätze gibt, wie dies von einigen Universitäten gern gesehen würde. Es wird in der Größenordnung von circa 20 Prozent Auf- und Absteiger geben müssen. Dies impliziert zugleich, dass das Gesamtvolumen der nächsten Runde der Exzellenzinitiative zumindest bei 2,7 Milliarden Euro liegen muss, um etwa drei bis vier

²⁶ Vgl. Eckpunkte eines zukunftsfähigen deutschen Wissenschaftssystems. Zwölf Empfehlungen. Hannover 2005.

Zukunftskonzepte und jeweils acht bis zehn Graduiertenschulen und Exzellenzcluster neu in die Förderung aufnehmen zu können. Damit bliebe die Luft nach oben für Newcomer zwar dünn, aber es gäbe reelle Aufstiegschancen für die Besten unter den Verlierern der ersten Runde. Wenn das nicht der Fall wäre, bekämen wir sicherlich Probleme mit der Glaubwürdigkeit und Fairness eines solchen Wettbewerbs.

V. Chancen und Risiken im Bologna-Prozess

Wer von Hochschulreform redet, der darf von „Bologna“ – gerade in diesen Tagen der Streiks und Demonstrationen – nicht schweigen. Zugleich wissen wir aber auch: Ein falsch verstandenes Egalitätsprinzip hat allgemeine Mittelmäßigkeit zur Folge. Diejenigen Studierenden, die befähigt und interessiert sind, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen, sollten dazu ermutigt und entsprechend gefördert werden, diejenigen, die nach dem Studium die Hochschule verlassen möchten, um einen auf akademischer Ausbildung fußenden Beruf zu ergreifen, sollten während des Studiums die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt bekommen, um sich in der Berufspraxis bewähren zu können. Hier wird von den Hochschulen gleich in mehrfacher Hinsicht ein Spagat verlangt: zuallererst zwischen einer soliden akademischen Berufsausbildung für eine stetig wachsende Zahl von Studierenden auf der einen und der Exzellenzförderung einer kleineren Gruppe zukünftiger Forscherinnen und Forscher auf der anderen Seite.

Für die Bewältigung dieser doppelten Aufgabe könnten die im Zuge der Bologna-Reform eingeführten neuen Studiengänge theoretisch sehr hilfreich sein. Theoretisch, da ihre praktische Umsetzung an vielen Fakultäten deutscher Universitäten weder dem Geiste noch der Sache nach den Reformbestrebungen des Bologna-Prozesses entspricht. Damit wurde – zumindest vorerst – die Chance vertan, durch ein zweistufiges Studienmodell und die klare Unterscheidung zwischen professionsorientierten und forschungsbasierten Studiengängen – insbesondere im Masterbereich – der wachsenden Zahl an Studierenden und ihren unterschiedlichen Studieninteressen gerecht zu werden.

Mit der fast flächendeckenden Einführung von auf drei statt (wie ebenfalls möglich) auf vier Jahre angelegten Bachelor-Studiengängen haben die Fakultäten zudem ihre Studiengänge in ein Korsett gezwängt, das so von Bologna keineswegs vorgegeben war und ist. So ermöglichen die neuen Curricula häufig nicht, jenen weiteren Spagat jeder Hochschulausbildung – und zwar den zwischen der Vermittlung von Überblickskompetenz

und der Aneignung von Spezialwissen – elegant zu meistern. Die alten Curricula plagt jedoch die gleiche Schwäche: mit sturem Auswendiglernen und Wissensabfrage per „Multiple Choice“, etwa im Medizinstudium, oder mit privat bezahltem Repetitor zum juristischen Staatsexamen – diese Formen der Wissensaneignung und -vermittlung entsprechen zweifelsohne weder dem Humboldtschen Bildungsideal noch neuesten Erkenntnissen der in Deutschland bislang sträflich vernachlässigten Lehr- und Lernforschung.

In der zweiten Phase des Bologna-Prozesses besteht meines Erachtens aber durchaus noch die Chance, die nur widerstrebend umgebauten Curricula zu überdenken und neu zu konfigurieren. Studierende sollten dabei von den Hochschulen nicht etwa – wie man es in den letzten Jahren häufig gehört und gelesen hat – als Konsumenten oder Kunden, sondern vielmehr, insbesondere in der Graduiertenausbildung, als Co-Produzenten ihres eigenen Bildungs- und Erkenntnisfortschritts ernst genommen werden. Auch in den Bachelor-Studiengängen, die in erster Linie der Vermittlung eines breit angelegten Fachwissens dienen, sollten die Studierenden keineswegs nur Rezipienten von Faktenwissen, sondern vor allem als aktiv Beteiligte an ihrem Wissensaufbau gesehen und dazu angehalten werden, sich von Anfang an selbst auf kreative und produktive Weise Wissen anzueignen.²⁷

Aufgrund der katastrophalen Betreuungsrelationen an deutschen Hochschulen (von durchschnittlich 1:66 gegenüber 1:9 an angelsächsischen Spitzenuniversitäten) sind der Umsetzung des Prinzips des „forschenden Lernens“ und des „fragenden Forschens“ in den grundständigen Studiengängen zwar enge Grenzen gesetzt; dennoch sollte dieses – immer noch aktuelle – Prinzip bei der Gestaltung der Curricula viel stärker berücksichtigt und insbesondere gleich zu Beginn, zum Beispiel in Form von Einführungskursen, die Freiraum für eigenes Denken und die Entfaltung schöpferischer Fähigkeiten gewähren, aber auch später in die Graduiertenausbildung, das heißt die stärker auf Spezialisierung zielende Ausbildung von Master- und PhD-Studierenden, Eingang finden. Die begabtesten Studierenden sollten schon früh die Möglichkeit erhalten, am Forschungsprozess intensiv zu partizipieren, und bereits im ersten Studienjahr den Grundstein für ihre weitere wissenschaftliche Ausbildung legen können. In der Graduiertenausbildung lässt sich dann schließlich aufgrund der besseren Betreuungsrelationen auch die von Humboldt postulierte, an deutschen Hochschulen in der Praxis jedoch häufig vernachlässigte Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden in den strukturierten Graduate Schools erfolgreich umsetzen.

Die von Wilhelm von Humboldt (1767-1835) geforderte und angeblich durch den Bologna-Prozess bedrohte Einheit von Forschung und Lehre kann auch in Zeiten gestiegener

²⁷ Vergleiche dazu Wilhelm Krull: Bildung und Wettbewerb. In: A. Schlüter und P. Strohschneider (Eds.): Bildung? Bildung! 26 Thesen zur Bildung als Herausforderung im 21. Jahrhundert. Berlin 2009, S. 194-207.

Lehr- und Prüfungsverpflichtungen aufrechterhalten werden, wenn sie flexibler gestaltet wird als bisher an deutschen Hochschulen üblich; genannt sei nur das Stichwort „Fakultätsdeputat“. Der derzeitige Hochschulreformprozess bringt nicht nur keineswegs zu leugnende Schwierigkeiten und Probleme mit sich, sondern auch die Chance, weiterhin zentrale Aspekte des Humboldtschen Bildungsideals angepasst an die Anforderungen und Rahmenbedingungen unserer Zeit in den Hochschulen des 21. Jahrhunderts zu realisieren.

Für die einzelne Hochschule impliziert dies, dass sie sich stets aufs Neue der Herausforderung stellen muss, ihre Stärken und Schwächen genau zu analysieren, die Chancen und Risiken ihres Lehr- und Forschungshandelns sorgfältig abzuwägen sowie den eingeschlagenen Weg der jeweiligen Profilbildung (unter anderem im Sinne eines stärker professionsorientierten Lehr- und Studienangebots) mit einer perspektivischen Ressourcenplanung zu verknüpfen. Angesichts der aktuellen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, aber auch mit Blick auf die langfristige demographische Entwicklung ist dies eine überaus mühevoll, kaum zu lösende Aufgabe. Gerade in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik gilt jedoch in ganz besonderer Weise der Satz von Albert Camus (1913-1960): „Wir müssen uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen.“ Der wohl größte Unterschied zur Antike ist freilich, dass heute immer wieder neue Steine am Fuße des Berges auf uns warten.

Das deutsche Wissenschaftssystem steht auch heute wieder vor großen Herausforderungen. Finanzielle Verbesserungen und Strukturreformen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind überfällig, damit hervorragende Studierende, Nachwuchsforscher, aber auch Professorinnen und Professoren in Deutschland ihre Zukunft sehen, ja, damit Spitzenforschung hier zu Lande eine Zukunft hat. Dabei gilt es, vor allem die Universitäten zu fördern, um so Wissenschaft und Forschung in Deutschland insgesamt stärker zum Leuchten zu bringen – so dass sie auch international noch weiter ausstrahlen können.

MANFRED BIERWISCH
Linguist

Manfred Bierwisch hob insbesondere für sein Fachgebiet Linguistik hervor, dass ein differenzierter Blick auf die DDR-Wissenschaften nötig sei, um ihre Leistungen und Fehlleistungen zu erkennen. Insgesamt bewertete er die Wiedervereinigung der Wissenschaften als „Erfolgsgeschichte“ und fügte hinzu: „Wer damit Schwierigkeiten hat, wem das nicht zusagt, der verklärt, was davor war.“ Gleichwohl gelte es festzuhalten: „Die Vereinigung hat stattgefunden auf Kosten der Institutionen und der Wissenschaftler der DDR. Man muss mindestens sagen können, auch wenn sich das nicht mehr ändern lässt, dass es so war.“

Die Ursachen des radikalen Personalabbaus nach 1990 führte Bierwisch auch auf die überdurchschnittliche Ausstattung der ostdeutschen Akademien mit wissenschaftlichem Personal zurück: „Die Tatsache, dass 60 Prozent der Wissenschaftler in der Akademie abgewickelt werden mussten, war auch dem Umstand geschuldet, dass die DDR-Akademie genauso viel wissenschaftliches Potenzial quantitativ vorgehalten hat wie die Max-Planck-Gesellschaft in der Bundesrepublik.“

Für Bierwisch stünden die heutigen Herausforderungen im gesamtdeutschen Wissenschaftssystem kaum mehr im Zusammenhang mit der Vergangenheit: „Was die Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen an Problemen haben, sind Probleme, die nicht mehr dem Einigungsprozess zuzuschreiben sind. Was es an retardierenden Momenten, an Defiziten noch gibt, kann nur noch insofern der DDR angelastet werden, als es nicht gelungen ist, finanziell und organisatorisch das aufzufangen, was 1989/90 vorgefunden wurde.“ Inzwischen, so Bierwisch, gäbe es eine neue Generation von Wissenschaftlern in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen: „Wenn man sich jetzt die Wissenschaftler unter 40 anschaut, die sind nicht mehr unter DDR-Bedingungen sozialisiert worden. Ein Großteil des Lehrkörpers ist ohnehin gemischt, gesamtdeutsch, sodass man von einer personellen Kontinuität nicht mehr reden kann.“

DETLEV GANTEN
Mediziner

Detlev Ganten gab zu bedenken, dass in den letzten 20 Jahren „Erfolge immer auch mit Misserfolgen gepaart“ waren. So sei die in der DDR gepflegte „Lebensgemeinschaft“ unter Wissenschaftlern, die Jens Reich erwähnt hatte, zwar durch „eine radikale Wettbewerbsorientierung“ aufgelöst, aber durch eine internationale Scientific Community ersetzt worden, „die man auch sehr gut pflegen kann und die auch eine Heimat bietet.“ Ganten bestätigte, dass dem Osten das westdeutsche System übergestülpt worden sei. Doch erst so seien „innovative Modelle möglich gewesen. Sie sind probiert worden, einige haben überlebt, andere nicht. Die neuen Modelle haben es aber schwer, in einem etablierten System weiterzuleben“, fügte er jedoch kritisch hinzu. Obwohl Ganten die Leistung der Verwaltung bei der Neustrukturierung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft lobte, so übte er Kritik am kontinuierlich abflauenden Engagement in den folgenden Jahren.

Dennoch überwogen für Ganten trotz aller Ambivalenzen die Erfolge der Wiedervereinigung und er wies mit Blick auf die Entwicklung der osteuropäischen Wissenschaftslandschaften darauf hin: „Der Osten Deutschlands ist nicht so gut, wie er gerne sein möchte in vielen Bereichen, aber viel besser integriert worden in die Scientific Community, als das in den anderen Ländern möglich war und auch mit einer anderen Geschwindigkeit.“

Ganten plädierte dafür, die in den letzten 20 Jahren entwickelte „Wandlungsbereitschaft zu erhalten“ und sie „hineinzutragen in die gesamte Bevölkerung, die gesamte Politik, die Wissenschaft, um international konkurrenzfähig zu bleiben.“ Er forderte, dass die Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ihre „institutionellen Egoismen überwinden“ die föderale Trennung von Forschung und Lehre aufgehoben und die finanzielle und institutionelle Unabhängigkeit hochqualifizierter Wissenschaftler besser gefördert werde. Nur so könne sich in Deutschland langfristig „eine breitere Ebene der Besten“ entwickeln.

WILHELM KRULL
Generalsekretär VolkswagenStiftung

Wilhelm Krull verteidigte im Anschluss an sein Impulsreferat das Vorgehen des Wissenschaftsrats bei der Evaluation, an der er damals maßgeblich beteiligt war: „Der Wissenschaftsrat hat die Institutionen nach ihren entsprechenden Leistungen und auch nach ihren Zukunftsvorstellungen gefragt. Erst in der zweiten Stufe gab es für die neu zu gründenden Einrichtungen entsprechende Gründungskomitees. Die haben sich Person für Person angeschaut. Im ersten Schritt ist es nicht darum gegangen, das ist die beste Person oder die schlechtere Person, sondern es ging darum sich einen ersten Überblick über die Situation zu verschaffen.“ Die Neuordnung nach 1990 sei aber unbedingt notwendig gewesen, bekräftigte Krull. Zudem seien durch den Transformationsprozess im Osten auch Reformimpulse für das gesamtdeutsche Wissenschaftssystem ausgegangen. Zuvor waren im Westen bereits Reformvorhaben angedacht worden, die angesichts der Herausforderungen der Wiedervereinigung erst einmal zurückgestellt wurden. Krull räumte ein: „Wir haben dann relativ lange bis 1995 gebraucht, um eine Neuorientierung im Hinblick auf Reformdiskurse zur Gesamtstruktur unserer Universitäten zu finden.“

Auf die Frage, wo Deutschland heute als Wissenschaftsstandort international stehe und was zu tun sei, antwortete Krull: „Wenn das deutsche System immer nur auf die TOP 10 oder Top 20 in der Welt guckt, macht es sich selber schlecht. Schon unter den Top 500 ist Deutschland mit genauso vielen Universitäten vertreten wie Großbritannien. Die Rankings zeigen ja, dass das deutsche Wissenschaftssystem vor einem ganz anderen Hintergrund aufgebaut worden ist. Das deutsche Hochschulsystem ist nach dem Prinzip der Regionalisierung strukturiert. Doch die Frage muss heute heißen: Wie verdichten wir die Qualität auf einzelne Standorte? Diese Politik beginnt jetzt erst. Und zwar, wie ich finde zurecht, unter Einbeziehung der außeruniversitären Forschung.“

PEER PASTERNAK

Forschungsdirektor Institut für Hochschulforschung Wittenberg

In Ergänzung zu seinem Impulsreferat und auf Nachfragen zur statistischen Erfassung des Personalwechsels an den ostdeutschen Hochschulen nach 1989 zeigte Peer Pasternack noch einmal auf, dass nur in Stichproben und in eng begrenztem Rahmen die exakte Personalentwicklung an den ostdeutschen Hochschulen erforscht werden könnte.

Auf die Frage, welche Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen seien, erklärte Pasternack: „Die Probleme von heute sind nicht zu lösen im Rückgriff auf die Erfahrungen der Vergangenheit, sondern nur aufgrund einer realistischen Selbstwahrnehmung in der Gegenwart und der daraus abzuleitenden Aufgaben für die Zukunft.“

Das Scheitern ostdeutscher Universitäten bei Exzellenzwettbewerben zur Hochschullehre oder etwa zur Gleichstellung der Geschlechter führte Pasternack nicht auf die mangelnde Qualität auf diesen Gebieten zurück, sondern auf ein Defizit an realistischer Selbsteinschätzung und Selbstdarstellung: „Die Hochschulen als Institutionen sind offensichtlich nicht in der Lage, strategiefähige Zukunftskonzepte so zu vermitteln, dass sie auch von Dritten wahrgenommen werden.“

JOACHIM SAUER
Chemiker

Joachim Sauer teilte die Meinung vieler Symposiumsteilnehmer, dass „die Wissenschaft ein gelungenes Beispiel für die Wiedervereinigung ist und wir blühende Wissenschaftslandschaften haben.“ In scharfem Kontrast dazu stünden dazu die besonderen politischen und personellen Verhältnisse an der Akademie der Wissenschaften vor 1989: „Ich war immer der Meinung, als ich in der Akademie gearbeitet habe, dass wir mit einem Drittel der Akademiemitarbeiter mehr wissenschaftlich leisten würden. Ein Drittel hat nichts getan aus Frustration und sonstigen Gründen, das letzte Drittel hat das erste Drittel an der Aktivität gehindert.“ Umso mehr begrüßte es Sauer, dass die Akademie aufgelöst und die Universitäten nicht von alten Kaderpolitikern, sondern von außen erneuert worden seien: „Um wirklich demokratische Verhältnisse zu bekommen, war es nötig, Evaluationen von außen zu haben. Wir wollten die Übernahme der westdeutschen Wissenschaftsstrukturen, weil wir sie als leistungsfähig kennen gelernt hatten und weil uns das Risiko zu groß schien, dass jetzt wieder die falschen Leute etwas tun, was der Allgemeinheit zum Nachteil gerät.“

Den radikalen Personalabbau an der Akademie und an den Universitäten hielt Sauer auch mit Blick auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wissenschaft für unabdingbar: „Bei der Umgestaltung von Institutionen geht es darum, sie zukunftsfest zu machen und für den Wettbewerb in einem freiheitlichen System zu rüsten. Diese Universitäten sollen ja für die Zukunft wettbewerbsfähig sein und da wäre es eine ganz schlechte Sache gewesen, das mit dem alten Personalbestand erreichen zu wollen.“

Dennoch bedauerte es Sauer mit Blick auf die zu Unrecht aus dem System gefallenen Wissenschaftler, dass „die Gesellschaft es nicht geschafft hat, die Menschen, die benachteiligt waren, mit vielleicht einer Schnellausbildung in Berufe zu bringen, wo man fast keine Unbelasteten gefunden hat, wie etwa in der Justiz. Wir haben ja alle Richter und Staatsanwälte aus dem Westen bekommen müssen.“

Joachim Sauer kam bei seiner Abwägung der Erfolge und Misserfolge zu dem Schluss, dass die Wiedervereinigung der Wissenschaften, „strukturell sehr gelungen, aber nicht jeder Person gerecht geworden ist.“

FORUM IV
DAS ERBE VON TEILUNG UND VEREINIGUNG. PERSPEKTIVEN

SCHLUSSDISKUSSION

Hartmut Grübel
Ministerialdirigent a. D.

Ingolf Hertel
Physiker

Horst F. Kern
Mediziner

Dieter Klein
Sozialwissenschaftler

MODERATION UND AUSBLICK

Peter Strohschneider
Vorsitzender des Wissenschaftsrates

HARTMUT GRÜBEL
Ministerialdirigent a. D.

Hartmut Grübel charakterisierte das heutige Wissenschaftssystem unter spezifischen Kriterien als einheitlich: „Wir haben heute eine einheitliche, das heißt nach Legitimation und Legitimationsansprüchen, nach Chancen und Finanzierung im gesamten Bundesgebiet gleichartig strukturierte Forschungslandschaft.“ Zugleich räumte er aber auch ein, dass der Auf- und Umbau der außeruniversitären Forschung, der Industrieforschung und der Hochschulen nicht überall gleich erfolgreich war und das es damals wie heute einen Reformstau gebe, den es gemeinsam anzupacken gelte. Grübel stellte klar, dass wegen der Vielfalt der Probleme und des großen Zeitdrucks 1990 nicht die „Stunde der großen Reformen“ sein konnte.

Bei aller Einheitlichkeit der Wissenschaften in legitimatorischer Hinsicht, wies Grübel auf die regionalen Unterschiede in der deutschen Wissenschaftslandschaft hin, die er zwischen dem Westen und dem Osten nicht mehr als gravierend einstufte: „Bereits bevor uns die Vereinigung erreicht hatte, gab es die Nord-Süd-Diskussion, die wir eigentlich schon vergessen haben, und ich glaube, dass diese heute eine kritischere ist als die Ost-West-Diskussion.“ Zwischen Ost und West, so Grübel, sei es vor allem in einem Punkt zu einer gesunden Angleichung gekommen: „Im Bereich der außeruniversitären Forschung hatte die DDR einen Überbesatz an Wissenschaftlern in der Bevölkerung gehabt. Dieser ist durch den Transformationsprozess abgebaut worden. Die Anzahl der Wissenschaftler pro 1000 Einwohner entspricht heute fast genau der in den alten Bundesländern.“

In Zukunft gelte es in Deutschland im Hinblick auf den globalen Wettbewerb vor allem „gleiche Wettbewerbschancen und gleiche Rahmenbedingungen für Erfolg zu schaffen, im Sinne einer möglichst unbürokratischen Entwicklung von Forschungsideen.“ Als ebenso wichtige Zukunftsaufgabe stufte Grübel auch den Bildungsauftrag der Wissenschaft ein.

INGOLF HERTEL

Physiker

Ingolf Hertel bezeichnete die Wiedervereinigung der Wissenschaften mit Fokus auf die außeruniversitäre Forschung als „glanzvolle Leistung“. Insbesondere der Leibniz-Gemeinschaft wies er dabei eine wesentliche Rolle zu. Sie habe „die größten und wichtigsten Entscheidungen zur Strukturierung der ostdeutschen Forschungslandschaft im außeruniversitären Bereich“ gefällt, so dass eine „sehr reichhaltige und potente Kette von Institutionen“ entstanden sei.

Hertel hob hervor, dass die Neugründungen im Osten neue Impulse für den Westen gaben: „Was uns im Laufe dieses Weges gelungen ist, ist, dass wir eine Kommunikations- und Kooperationskultur entwickelt haben, die es vorher nicht gab. Und das war gewissermaßen ansteckend. Auch die Max-Planck-Gesellschaft hat mittlerweile entdeckt, dass die Kooperation mit den Hochschulen etwas ganz Wichtiges ist.“ In diesem Punkt sei mittlerweile eine Einheitlichkeit im deutschen Wissenschaftssystem zu beobachten, die Hertel optimistisch folgern ließ: „Wir stehen heute in einer Tradition, wo die Trennung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung schmilzt bei Wahrung der gegenseitigen Aufgaben.“ Als weiteres positives Erbe des Vereinigungsprozesses betrachtete Hertel auch die Evaluation, die „uns der Wissenschaftsrat am Anfang aufgezwungen habe. Nachher jedoch haben wir die externen Begutachtungen bereitwillig aufgegriffen und dazu gestanden.“

Die Diskutanten waren sich darin einig, dass die 1989/90 angestrebte Vereinheitlichung der beiden deutschen Wissenschaftssysteme nicht in einer lähmenden Einheitlichkeit münden dürfe. Deswegen plädierte Hertel gerade in Bezug auf die Grundlagenforschung und die Angewandte Forschung für mehr Pluralität und neue Perspektiven: „Wir brauchen Vielfalt auch gerade in dieser Wechselwirkung zwischen Forschung und Industrie und da gibt es auch unterschiedliche Wege.“ Vor allem müsse die einheitliche ministerielle Denkweise aus den Köpfen heraus: „Da sei die Forschung, dort sei das Produkt, dieses lineare Forschungsdenken.“

Hertel betonte am Ende, dass es zwar immer noch wichtig sei, das Erinnern wach zu halten, doch sollten wir in Zukunft unsere Wissenschaftsprobleme nicht mehr unter dem Aspekt Ost-West diskutieren, sondern über starke und schwache Regionen reden. Diese existierten nicht zwischen Ost und West, sondern eher zwischen Nord und Süd. Wenn aus den vorhandenen positiven Beispielen gelernt würde, bräuchten sich die Deutschen und die Wissenschaft nicht vor der Zukunft zu sorgen.

HORST F. KERN
Mediziner

Horst Kern erinnerte in Bezug auf die heutigen Herausforderungen der Wissenschaftspolitik noch einmal an die ursprünglichen Zielsetzungen des Wissenschaftsrates. In dessen Empfehlungen von 1990 sei bereits die Zusammenarbeit von Hochschulen und Großforschung angeregt, und damit die ganze Problematik, die heute noch virulent ist, dargestellt worden. Mit Blick auf diese Empfehlungen handelte Kern als Evaluierer Anfang der 90er Jahre deshalb nach der Prämisse: „Wir wollten keine weitere Versäulung des gesamtdeutschen Wissenschaftssystems, insbesondere keine weiteren Großforschungseinrichtungen.“ Insofern gingen für Kern damals Vereinigung und Vereinheitlichung Hand in Hand: „Unser Ziel war die Einheitlichkeit des deutschen Wissenschaftssystems zu erreichen und trotzdem einen Impetus auf die Zukunft zu setzen, mit den Themen, die solche Institutionen, die alle neu zu gründen waren, angehen sollten.“ Für die Biowissenschaften und die Medizin habe sich dieser Ansatz als erfolgreich erwiesen: „Sie haben Fuß gefasst und können mit denen im Westen konkurrieren.“

Kern bekräftigte zwar, „dass wir die Einheit in der Wissenschaft haben“, warnte aber auch vor einem Übermaß an Homogenität: „Das Streben nach generalisierter Einheitlichkeit empfinde ich geradezu als wissenschaftsfeindlich.“ Die vorrangigen Probleme sah er in zwei anderen Punkten. Zum einen plädierte er dafür, dass die Wissenschaft wieder mehr Zeit und Ruhe brauche, zu forschen und mahnte an: „Wir dürfen keine Minute mehr die Augen vor der Situation an den Universitäten verschließen, insbesondere in der Lehre.“

Angesprochen auf das Erbe von Teilung und Vereinigung, sah Kern einen engen Zusammenhang zwischen der heutigen Problemlage und der Situation vor 20 Jahren, vor allem im Hochschulbereich: „Das deutsche Wissenschaftssystem ist zusammengewachsen mit Problemen, die es jetzt angehen muss. Ich meine, dass das übergeordnete Problem 1989/90 bereits erkannt war. Und zwar die Situation an den Universitäten.“

DIETER KLEIN
Sozialwissenschaftler

Dieter Klein hegte keinen Zweifel daran, dass das Resultat der Wiedervereinigung eine „weitgehend angegliche Wissenschaftsstruktur“ in Deutschland geschaffen habe und ein Umbruch dringend notwendig gewesen sei. Für bedauerlich hielt er indes, dass 1989/90 nicht die Chancen für Reformen in Ost und in West genutzt worden seien: „Meine Vorstellung damals war eine doppelte Modernisierung, eine doppelte Transformation, weil nicht allein in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik neue, vor allem gesellschaftspolitische Probleme herangereift waren“. Diese öffentlich zu benennen und kritisch zu analysieren, wurde nach Kleins Einschätzung von den Wissenschaftlern in Ost wie auch in West nach 1989 versäumt: „Wenn die Wissenschaft Verantwortung übernehmen will, bedeutet dies doch, dass sie Probleme auch in der Öffentlichkeit diskutiert, Fragen benennt und ihre kritisches Potenzial zur Geltung bringt.“ Klein fühlte sich zumindest ansatzweise und auf anderer Ebene an die „Nicht-Öffentlichkeit und Nichtkritik“ der Wissenschaften in der DDR erinnert und schlussfolgerte: „Die Frage ist, ob das nicht eine ganz entscheidende Herausforderung ist, was mit Blick auf die herangereiften transformatorischen Prozesse damals nicht stattfand, nun umso mehr in der Vordergrund zu rücken.“

Auf die Frage, ob mehr Einheitlichkeit oder mehr Differenzierung im deutschen Wissenschaftssystem wünschenswert sei, antwortete Klein mit einer Kritik an den einheitlich neoklassisch ausgerichteten Wirtschaftswissenschaften. Angesichts dieser Homogenität plädierte er dafür, „dass neben einer solchen Grundtendenz auch andere Tendenzen, die diese Denkrichtung verstärkt in Frage stellen, zu Wort kommen müssen. Diese sollten im Diskurs mehr artikuliert werden und mehr öffentlichen Raum bekommen.“

Klein machte mit einem Rückblick auf die Vergangenheit noch einmal deutlich, dass eine eindimensionale Einheitlichkeit keine Perspektive sein könne: „Die Implosion des DDR-Wissenschaftssystems hat gezeigt, dass alles, was einheitliche Strukturen verordnet, nicht funktionieren kann. Deswegen mein starkes Plädoyer für einheitliche Grundstrukturen der Wissenschaften mit hochgradiger Flexibilität.“

PETER STROHSCHNEIDER
Vorsitzender des Wissenschaftsrates
AUSBLICK

Peter Strohschneider fasste am Ende der Diskussion in einer Stellungnahme zusammen, unter welchen Bedingungen sich das deutsche Wissenschaftssystem in Zukunft verändern müsse, um international wettbewerbsfähig zu sein. Für ihn gehörten dazu: „auskömmliche Grundausstattung der Hochschulen in allen Bundesländern, das heißt nicht nur Finanzvolumina, sondern es heißt insbesondere auch Finanzierungsstrukturen und Aufhalten des Wegs aus der Grundfinanzierung in die Drittmittelfinanzierung von Universitäten.“ Als Politiklinie des Wissenschaftsrates nannte er den Abschied vom humboldtianistischen Gleichheitsparadigma der Universitäten. Das hieße keineswegs vertikale Differenzierung, sozusagen Zwei-Klassen-Gesellschaft, es hieße vielmehr funktionale Unterscheidung von Universitätsteilen und Universitäten. Und zwar im Hinblick auf Funktionen, Fächerprofile und Leistungshöhen.

Zur mehrfach angesprochenen Exzellenzinitiative erklärte er: „Das Defizit, dass die Exzellenzinitiative zu bearbeiten versucht, ist nicht die Verbesserung des gesamten deutschen Wissenschaftssystems, sondern ist der Versuch, einen identifizierten Mangel, den einer kleinen Gruppe international kompetitiver Spitzenuniversitäten, zu beheben. Und zwar ohne die spezifische Qualität des deutschen Systems, auf einem relativ hohen Niveau, eine relativ solide Ausbildung für alle und relativ gute Forschung zu liefern.“

Zur aktuellen Kontroverse über die Qualität der Lehre und den Bologna-Prozess meinte er: „Diese hat zwei wesentliche Dimensionen, Geld, davon habe ich eben gesprochen. Die zweite ist, was ich Kompression des Studiums nennen würde, zeitliche, inhaltliche und strukturelle Kompression des Studiums. Ich meine damit Betreuungsrelationen, die Möglichkeit das Studium zu finanzieren und nicht nur die Lehre, ich meine die Aufrechterhaltung einer intellektuellen Kultur an den Universitäten und Fachhochschulen.“

Zur Zukunft der außeruniversitären Forschung skizzierte er als Ziel: „Intensivierung der Kooperation mit den Universitäten mit einer Vielfalt der institutionellen Modelle, die Neuverhandlung des Verhältnisses zwischen den außeruniversitären Forschungsorganisationen, das sich nämlich dramatisch verändert hat in den letzten 10 bis 15 Jahren.“ Im Hinblick auf die Forschungsförderung sei zu beachten: „Wie kann man sie so organisieren, dass sich die Formate an den jeweiligen Erkenntnis- und Entwicklungszielen orientieren und nicht an symbolischen oder finanziellen Größen der Antragsteller.“

JÜRGEN KOCKA
BEMERKUNGEN ZUM SCHLUSS

1. Auf dem Symposium wurde wenig über die kognitiv-inhaltliche Dimension der wissenschaftlichen Wiedervereinigung diskutiert. Dies müsste auf der Ebene der einzelnen Fächer und Fächergruppen geschehen. Dagegen wurden die institutionellen Veränderungen ausführlich diskutiert, wenn auch weder flächendeckend noch erschöpfend behandelt. Was institutionell ab 1989/90 geschah, wurde als „Prozess“ erkennbar: als Transformation, die sich aus vielen, oft nicht koordinierten Anstößen, Entscheidungen und Eingriffen „ergab“, ohne dass das tatsächliche Ergebnis mit den Intentionen irgendeines der beteiligten (persönlichen oder institutionellen) Akteure identisch gewesen wäre. Die Kontroversen des Symposiums entzündeten sich vor allem an der Beurteilung des personellen Umbruchs. Zwar wurde seine Notwendigkeit im Kern von niemandem angezweifelt, doch wurden unterschiedliche und gegensätzliche Meinungen vertreten, was seine Tiefe, seinen Umfang und seine Durchführung im Einzelnen angeht. Es ist klar, dass es immer auch um Prinzipien der Gerechtigkeit ging, die häufig verletzt wurden.

2. Die tiefen Unterschiede der beiden deutschen Wissenschaftssysteme bis 1989 wurden klar herausgearbeitet: ihre ungleiche Qualität, das sehr unterschiedliche Verhältnis von Wissenschaft und Politik und damit die sehr unterschiedliche Durchdringung der Wissenschaften durch die Politik, die sich sehr voneinander unterscheidende Fähigkeit beider Systeme zur Weiterentwicklung und Reform aus eigenen Kräften. Dies ist ein wichtiger Grundsachverhalt, mit dessen kognitiven, institutionellen und personellen Folgen die Entscheidenden und Handelnden von 1989/90 umzugehen hatten – so differenziert und vielfältig die Verhältnisse auch im Einzelnen waren und zwar auch die Leistungen, Stärken und Schwächen, die Freiheitsspielräume innerhalb der DDR. Auch dies wurde in der Diskussion deutlich und würde noch viel deutlicher werden, wenn zwischen Fächern und Fächergruppen, zwischen Jahrzehnten, Institutionen und einzelnen Personen ausführlicher verglichen werden könnte.

3. Trotz unterschiedlicher Positionen, die in der Diskussion hervortraten: Insgesamt bestand weitgehend Konsens darüber, dass ein „dritter Weg“ zwischen dem bundesrepublikanischen und dem DDR-System nicht möglich war, jedenfalls keine Realisierungschancen besaß und auch als damalige Perspektive in der Rückschau nicht wirklich erkennbar ist. Auch zeichnete sich in der Diskussion ab, dass die Eigenreformen, die in den letzten Monaten von 1989 und

den ersten Monaten von 1990 in den wissenschaftlichen Institutionen der DDR initiiert wurden, ebenfalls nicht auf eine alternative Grundstruktur – tragfähig sowie von Bundesrepublik und DDR klar unterschieden – hinausliefen (obwohl diese Initiativen weiterer Erforschung bedürfen). Insgesamt erscheint im Rückblick, wenn man sich die Grundstruktur der politisch-gesellschaftlichen Vereinigung und ihre finanziellen Bedingungen vergegenwärtigt, der damalige Verlauf als sehr wahrscheinlich, in vielem gerade zu notwendig – dies allerdings nur in den Grundzügen, bei vielen Handlungsspielräumen in Bezug auf einzelne Institutionen, Regelungen, Personalentscheidungen und Weichenstellungen.

4. Es herrschte in der Diskussion die Auffassung eindeutig vor, dass die wissenschaftliche Wiedervereinigung insgesamt eine Erfolgsgeschichte darstellt. Dies wurde vielfach belegt und illustriert, beispielsweise in Bezug auf die Entwicklung zahlreicher erfolgreicher neuer Forschungsinstitute und die entschiedene Verbesserung der Qualität der Hochschulen im Osten. Allerdings mit drei Einschränkungen. Erstens: Des Öfteren wurde die asymmetrische Gestalt des Prozesses hervorgehoben: Insgesamt waren Westdeutsche die Träger der großen Entscheidungen und die Akteure der Umstrukturierung in ihren Grundzügen, die (meisten) Ostdeutschen waren nicht Subjekte, sondern Objekte der Veränderungen, spätestens seit den Märzwahlen 1990, die den asymmetrischen Prozess der Wiedervereinigung akzeptiert hatten. Zweitens: Es gab scheiternde Initiativen (z. B. weitgehend das WIP) und Verlierer der Wiedervereinigung. Auch ging bisweilen unter, was bewahrt zu werden verdient hätte. Drittens: Erfolgreich ist im Lauf der zwei Jahrzehnte vor allem die nachholende Anhebung der ostdeutschen Wirklichkeit auf westdeutsches Niveau gewesen. Dies war nicht wenig, obwohl diesbezüglich weiterhin typische Qualitäts- und Erfolgsunterschiede bestehen, was sich bei Anwendung der üblichen Messzahlen ebenso zeigt wie an der ausgeprägten west-östlichen Differenz beim Abschneiden im Exzellenz-Wettbewerb der Hochschulen. Keinen Erfolg aber hatte die von Minderheiten gewünschte gleichzeitige Reform des westdeutschen – und damit des gesamtdeutschen – Systems, dessen damalige und heutige Defizite in der Diskussion ebenfalls angesprochen wurden. Wäre es nicht doch möglich gewesen, die Wiedervereinigung im genannten Sinn – als nachholende Annäherung der Verhältnisse im Osten an die Verhältnisse im Westen - erfolgreich durchzuführen und sie gleichzeitig dazu zu benutzen, eine grundsätzliche Reform des westdeutschen und damit des Gesamtsystems zum Besseren zu erreichen oder dies doch in Gang zu setzen? Die meisten verneinten, dass diese Möglichkeit unter den gegebenen Handlungsbedingungen bestand, es wäre eine

Überforderung gewesen – unbeschadet einzelner Reformchancen, die hätten wahrgenommen werden können und nicht wahrgenommen wurden.

5. Das ungleiche Gewicht zwischen West und Ost, die Abhängigkeit des Ostens vom Westen prägte die Umstrukturierung des Wissenschaftssystems wie die Wiedervereinigung insgesamt. Kognitiv, institutionell und personell wirkte sich diese Asymmetrie aus, auf den Prozess wie auf seine Ergebnisse. Viele der Spannungen, Verletzungen und Verluste, die rückblickend Kritik hervorrufen, resultierten aus diesem Zusammenhang. Manche sprechen von der „Kolonisierung“ des Ostens durch den Westen. Aber in der Diskussion wurde ebenfalls sehr deutlich, dass diese Umstrukturierung nach westlichem Vorbild und unter westlicher Regie von vielen im Osten – insbesondere wenn sie unter dem System bis dahin gelitten oder Schaden erfahren hatten – entschieden gewollt und begrüßt wurde. Der Prozess der wissenschaftlichen Wiedervereinigung wurde von tiefen und heftigen Ost-Ost-Konflikten begleitet und beeinflusst. Nach vierzig Jahren Diktatur wird sich niemand darüber wundern, dass es innerhalb des Wissenschaftssystems wie überhaupt innerhalb der Gesellschaft der zu Ende gehenden DDR tiefe Gräben und harte Konfliktlinien gab, die sofort deutlich zutage traten und etwa Entlassungs- und Rekrutierungsentscheidungen in Bezug auf wissenschaftliche Positionen kräftig beeinflusst haben.

6. Die langfristigen Folgen der damaligen Umstrukturierung waren ambivalent. Einerseits absorbierte die Wiedervereinigung Energien, die damit für an sich notwendige Reformen des Gesamtsystems nicht zur Verfügung standen. Diese Reformen wurden dadurch verzögert, so etwa in den späten 80er Jahren in Gang kommende, aber 1989/90 sistierte Bestrebungen, die Spielräume zu Eigeninitiativen der Universitäten auszuweiten. Andererseits hat manches an der Umstrukturierung der Wissenschaften im Osten Anfang der 90er Jahre beispielhaft gewirkt und spätere Reformen des Gesamtsystems angestoßen oder doch beschleunigt. Genannt wurden die bald gesamtdeutsch üblich werdenden institutionellen Evaluationen und die Konsolidierung der Leibniz-Gemeinschaft.

7. Es gehörte zu den gelungenen Besonderheiten des Symposiums, die Diskussion der Umstrukturierung Anfang der 90er Jahre mit der Diskussion von Chancen und Problemen der Gegenwart zu verbinden. Ein viel diskutiertes Dauerproblem stellt das Verhältnis von universitärer und außeruniversitärer Wissenschaft dar; dieses Problem ist durch die Wiedervereinigung eher verschärft als gelindert worden, hat sie doch die Zahl und den Anteil

der außeruniversitären Institute – gemessen am Stand in der alten Bundesrepublik – vermehrt (vor allem im Osten des Landes). Struktur, Unterausstattung und Unterbewertung der akademischen Lehre stellen ebenfalls ein derzeit besonders manifestes Dauerproblem des deutschen Wissenschaftssystems dar. Es wurde durch die damals gewählte Art der wissenschaftlichen Wiedervereinigung – mit ihrer Dezimierung der Positionen für Lehre, die es im Osten auch unterhalb der Professorebene gab – jedenfalls nicht gelindert, obwohl dies mit anderen Strategien wohl möglich gewesen wäre. Manche in den letzten Jahren und heute anstehende Problem wurden Anfang der 1990er Jahre noch nicht gesehen. Beispielsweise ging es 1990 um das Ziel größerer Einheitlichkeit des Wissenschaftssystems (im Verhältnis zwischen West und Ost). Dagegen zielt vieles in der Wissenschaftspolitik der jüngsten Zeit – etwa der Exzellenz-Wettbewerb der Universitäten – auf zusätzliche Differenzierung. Europäisierung und Globalisierung wirkten 1990 viel weniger als Herausforderung und Chance als heute. Knapp zwanzig Jahre haben gereicht, um die Problemlage merkbar zu verschieben. Insgesamt jedoch hat die Wiedervereinigung auch im wissenschaftlichen Bereich dysfunktionale Beeinträchtigungen und Fesseln weggeräumt und ein Feld ohne unübersteigbare Barrieren bereitet, das die Bearbeitung neuer Herausforderungen und die Wahrnehmung neuer Chancen erlaubt.

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften ist in ihrer heutigen Form ein Kind des Umbruchs von 1989/90. Deshalb ist es für sie besonders wichtig, dessen Bedingungen, Entscheidungen und Folgen für Wissenschaften, Wissenschaftler und Wissenschaftssystem zu kennen und zu reflektieren. Dafür bot dieses Symposium vielfältige und differenzierte Möglichkeiten. Den Teilnehmern, Trägern und Organisatoren sei dafür gedankt.

TEILNEHMER DES SYMPOSIUMS

Kurzbiographien

Prof. Dr. Mitchell Ash (*1948)

Wissenschaftshistoriker. Der in New York geborene Wissenschaftler schloss 1982 an der Harvard University sein Studium der Geschichte ab. Als Fellow und Gastprofessor war er an verschiedenen Instituten im deutschsprachigen Raum, u. a. in Berlin und Göttingen tätig. Seit 1997 ist Ash Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien. Er forscht insbesondere über den Wandel der Wissenschaften in politischen Umbruchzeiten.

Prof. Dr. Manfred Bierwisch (*1930)

Linguist. Er studierte seit Anfang der 50er Jahre Germanistik bei Ernst Bloch und Hans Mayer an der Universität Leipzig. 1952 wurde er aufgrund des Besitzes westdeutscher Publikationen zu 18 Monaten Zuchthaus wegen Boykotttätze verurteilt. Nach der Haft konnte er sein Studium fortsetzen. Seit 1962 war er Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften. Dort leitete er von 1980 bis 1991 die Forschungsgruppe Kognitive Linguistik. 1993 war er Gründungsmitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und bis 1998 deren Vizepräsident.

Prof. Dr. Manfred Erhardt (*1939)

Bildungspolitiker. Er studierte von 1959 bis 1964 Rechtswissenschaften an der Universität Tübingen und der FU Berlin. Nach der zweiten Juristischen Staatsprüfung arbeitete der promovierte Jurist bis 1991 in diversen Leitungsfunktionen im Ministerium für Wissenschaft in Baden Württemberg. Von 1991 bis 1996 verantwortete er als Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung die Neuordnung der Berliner Wissenschaftslandschaft. Als Generalsekretär des Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaft hat er bis 2004 die Entwicklung der Wissenschaftslandschaft im vereinigten Deutschland beeinflusst.

Prof. Dr. Detlev Ganten (*1941)

Mediziner. Der in Lüneburg geborene Wissenschaftler promovierte 1968 an der Universität Tübingen. 1974 habilitierte er sich in Heidelberg, wo er am Pharmakologischen Institut bis 1991 als Facharzt für Pharmakologie und molekulare Medizin arbeitete. 1991 wurde er Gründungsdirektor des Max-Delbrück-Centrums für Molekulare Medizin in Berlin-Buch. Von 2004 bis 2008 war er Vorstandsvorsitzender der Charité. Ganten ist Mitglied zahlreicher Wissenschaftsgesellschaften und -gremien, u.a. seit 2003 Vorsitzender der Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren.

Hartmut F. Grübel (*1944)

Ministerialdirigent a.D. Der in Lindau geborene Wissenschaftspolitiker arbeitete nach seinem Jura-Examen als Referatsleiter im Bundeskanzleramt. 1987 wechselte er ins damalige Bundesministerium für Forschung und Technologie. Anfang der 90er wurde er Leiter der „Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR“. Er war Gründungsvorstand der Technologiestiftung Innovationszentrum Berlin und stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Forschungszentrums Jülich. Von 2002 bis 2009 war er Unterabteilungsleiter im BMBF.

Prof. Dr. Ingolf Hertel (*1941)

Physiker. Der in Dresden geborene Wissenschaftler promovierte 1969 an der Universität Freiburg i. Br., nach der Habilitation hatte er in Kaiserslautern und Berlin Lehrstühle inne. 1986 kehrte er als Ordinarius für Experimentalphysik nach Freiburg zurück. 1992 wurde Hertel Direktor des Max-Born-Instituts in Berlin-Adlershof. Für seine Leistungen beim Aufbau von Adlershof bekam er das Bundesverdienstkreuz. Von 1995 bis 1998 war Hertel der erste Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. Von 1998 bis 2000 war er Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung in Berlin.

Prof. Dr. Horst F. Kern (*1938)

Mediziner. Er habilitierte sich an der Universität Heidelberg, wo er nach Forschungstätigkeiten in Kanada und USA 1972 Professor für Anatomie wurde. Seit 1976 war er Professor in Marburg. Er gehört zahlreichen wissenschaftspolitischen Beratergremien an, u. a. war er von 1986 bis 1991 Mitglied des Wissenschaftsrates und von 1989 bis 1991 Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates. 1990 leitete Kern im Zuge der Evaluierung des DDR-Wissenschaftssystems die Arbeitsgruppe Medizin und Biowissenschaften. Von 2000 bis 2003 war er Präsident der Universität Marburg.

Prof. Dr. Dieter Klein (*1931)

Sozialwissenschaftler. Er habilitierte sich 1964 in den Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, wo er bis 1977 Professor und Direktor des Instituts für Politische Ökonomie war. Bis 1990 war er Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität. Von Februar 1990 bis Juni 1991 leitete Klein das Institut für Interdisziplinäre Zivilisationsforschung, das trotz positiver Evaluierung aufgelöst wurde. Von 1990 bis zu seiner Emeritierung 1997 hatte er den Lehrstuhl Ökonomische Grundlagen der Politik an der HU inne. Er ist Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Prof. Dr. Jürgen Kocka (*1941)

Sozialhistoriker und Vizepräsident der BBAW. Der in Haindorf (Sudeten) geborene Wissenschaftler habilitierte sich 1972 an der Universität Münster. Von 1973 bis 1988 lehrte er als Professor an der Universität Bielefeld, von 1988 bis 2009 als Professor für die Geschichte der industriellen Welt an der FU Berlin. Von 1990 bis 1992 war er als Mitglied des Wissenschaftsrates auch an der Evaluierung des DDR-Wissenschaftssystems beteiligt. Von 2001 bis 2007 war er Präsident des WZB. Mitherausgeber der Studie „Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch“ (1998).

Dr. Wilhelm Krull (*1952)

Generalsekretär der VolkswagenStiftung. Nach einem Studium der Germanistik, Philosophie, Pädagogik und Politikwissenschaft war er von 1987 bis 1993 Leiter des Bereichs „Forschung, Internationales und Öffentlichkeitsarbeit“ in der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates in Köln. Seit 1996 ist er Generalsekretär der VolkswagenStiftung und verantwortlich für Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung. Krull ist Mitglied in zahlreichen nationalen und internationalen Aufsichts- und Beratungsgremien für Wissenschaftspolitik und -management.

Prof. Dr. Thomas Kuczynski (*1944)

Wirtschaftshistoriker und Publizist. Der in London geborene Wissenschaftler studierte von 1963 bis 1968 Statistik an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst und promovierte 1972. Von 1972 bis 1991 forschte er am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR und war von 1988 bis zur Schließung des Instituts 1991 dessen Direktor. Seither arbeitet der Wissenschaftler als freier Publizist.

Prof. Dr. Hubert Laitko (*1935)

Wissenschaftshistoriker. Nach dem Studium der Journalistik und Philosophie an der Leipziger Universität promovierte Laitko 1964 am Lehrstuhl für philosophische Fragen der Naturwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1969 wechselte er zur Akademie der Wissenschaften, wo er 1979 zum Professor berufen wurde und am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaften den Bereich Wissenschaftsgeschichte leitete, der trotz positiver Evaluierung geschlossen wurde. Nicht zuletzt mit seinen Studien zur Wissenschaftsorganisation und -politik der DDR setzte er seine wissenschaftliche Laufbahn fort und lehrt heute an der TU Cottbus.

Dr. Andreas Malycha (*1956)

Historiker. Der in Berlin geborene Wissenschaftler studierte von 1978 bis 1983 an der Universität Leipzig. Von 1983 bis 1991 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxismus/Leninismus beim ZK der SED und promovierte dort 1989. Mehrere Jahre arbeitete er als freiberuflicher Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter in diversen Forschungsprojekten. Seit 2008 forscht er am Institut für Geschichte der Medizin an der Charité zum Thema: „Biowissenschaften/Biomedizin im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik in der DDR und der Bundesrepublik in den sechziger und siebziger Jahren“.

Prof. Dr. Renate Mayntz (*1929)

Soziologin. Die in Berlin geborene Wissenschaftlerin studierte in den USA und habilitierte sich 1957 an der FU Berlin. Nach mehreren Professuren im In- und Ausland war sie von 1973 bis 1985 Ordinaria für Soziologie an der Universität Köln. Im selben Jahr wechselte sie als Gründungsdirektorin ans Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Nach der Wende forschte sie über den Transformationsprozess des Wissenschaftssystems an den ostdeutschen Universitäten und der Akademie der Wissenschaften. Sie ist Mitherausgeberin der Studie „Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch“ (1998).

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer (*1936)

Staatsminister a.D. Der in Rostock geborene Politiker studierte von 1959 bis 1964 Anglistik und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, wo er 1971 promovierte und sich zehn Jahre später habilitierte. 1985 wurde er dort außerordentlicher Professor für Angewandte Sprachwissenschaften, bevor er im April 1990 als Minister für Bildung und Wissenschaft ins Kabinett der letzten DDR-Regierung wechselte. Nach der Wiedervereinigung war er von 1990 bis 2002 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst in Sachsen. In dieser Funktion verantwortete er die Neustrukturierung der sächsischen Wissenschaftslandschaft.

Dr. Peer Pasternack (*1963)

Forschungsdirektor Institut für Hochschulforschung Wittenberg. Der in Halle geborene Wissenschaftler promovierte 1994 an der Universität Oldenburg im Fach Pädagogik. Von 1996 bis 2001 arbeitete er als Forschungs koordinator am Institut für Hochschulforschung in Wittenberg. Danach war er Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung im Berliner Senat. 2004 nahm er seine wissenschaftliche Tätigkeit in Wittenberg wieder auf. Seit Anfang der 90er Jahre hat er zahlreiche Studien zur Hochschulgeschichte der DDR und zum Transformationsprozess der Wissenschaften in Ostdeutschland publiziert.

Prof. Dr. Jens Reich (*1939)

Molekularbiologe. Der in Göttingen geborene Wissenschaftler forschte seit 1968 am Zentralinstitut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften in Berlin-Buch. 1989/90 wechselte er als Bürgerrechtler und Mitbegründer des Neuen Forums in die Politik. 1990 wurde er Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1992 bis zu seiner Emeritierung 2004 war er Forschungsgruppenleiter der medizinischen Genomforschung im nach der Wiedervereinigung gegründeten Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin. Von 1998 bis 2004 hatte er die Professur für Bioinformatik an der Humboldt-Universität zu Berlin inne.

Prof. Dr. Gerhard A. Ritter (*1929)

Historiker. Der in Berlin geborene Wissenschaftler studierte von 1947 bis 1952 an der Universität Tübingen und der FU Berlin Geschichte, Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik. 1961 habilitierte er sich für Neuere und Neueste Geschichte und für Politikwissenschaften an der FU. Er hatte mehrere Lehrstühle inne und war von 1974 bis zu seiner Emeritierung 1994 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität München. In den Jahren 1991 und 1992 war er Initiator des Neuaufbaus der Abteilung Geschichtswissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität.

Prof. Dr. Joachim Sauer (*1949)

Chemiker. Der im sächsischen Hosena geborene Wissenschaftler promovierte 1974 an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitete von 1977 bis 1991 an der Akademie der Wissenschaften im Zentralinstitut für physikalische Chemie. In dieser Zeit forschte er unter anderem in Prag und an der TH Karlsruhe. Nach der Wiedervereinigung ging er für ein Jahr als Technischer Direktor für Katalyse nach San Diego. 1993 erhielt er einen Ruf als ordentlicher Professor an die Humboldt-Universität und übernahm als Ordinarius den Lehrstuhl für Physikalische und Theoretische Chemie.

Prof. Dr. Dagmar Schipanski (*1943)

Physikerin und Politikerin. Die im thüringischen Sättelstädt geborene Wissenschaftlerin promovierte 1976 im Bereich Festkörperelektronik an der TH Ilmenau. Dort war sie ab 1985 Dozentin, erhielt 1990 eine Professur und wurde 1995 zur Rektorin der TU Ilmenau gewählt. Von 1996 bis 1998 übernahm sie den Vorsitz des Wissenschaftsrates und wurde danach Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Thüringen. Als Wissenschaftspolitikerin und Mitglied zahlreicher Wissenschaftsorganisationen wirkte sie an der Neu- und Umstrukturierung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft mit.

Prof. Dr. Richard Schröder (*1943)

Theologe. Er studierte an den Kirchlichen Hochschulen Naumburg und Berlin Evangelische Theologie und Philosophie. Nach seiner Promotion 1977 war er dort bis 1990 Dozent für Philosophie. 1988/89 arbeitete der DDR-Oppositionelle bei der „Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Bis Oktober 1990 war er SPD-Fraktionsvorsitzender der DDR-Volkskammer. Seit 1990 lehrte er an der Humboldt-Universität zu Berlin, wo er von 1993 bis 2009 den Lehrstuhl für Philosophie an der Theologischen Fakultät inne hatte und von 1998 bis 2000 Vizepräsident war.

Prof. Dr. Winfried Schulze (*1942)

Historiker. Der in Bergisch-Gladbach geborene Wissenschaftler studierte von 1965 bis 1970 Mittlere und Neuere Geschichte und Politische Wissenschaften an der Universität Köln und an der FU Berlin. Nach seiner Habilitation 1975 folgten bis 1993 Professuren an der FU und der Universität Bochum. Seit 1993 lehrte der Professor für Neuere Geschichte an der Universität München. Nach seiner Emeritierung 2008 wurde er Gründungsdirektor des Center for Advanced Studies in München. Schulze ist Mitglied zahlreicher hochschulpolitischer Gremien. Von 1998 bis 2001 war er Vorsitzender des Wissenschaftsrates.

Dr. Dagmar Simon (*1954)

Politologin. Die Wissenschaftlerin studierte an der Universität Frankfurt a. M. und an der Freien Universität Berlin Politische Wissenschaften und Germanistik. 1986 promovierte sie im Fach Politische Wissenschaften. Seit 1989 arbeitet sie am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in der Forschungsplanung, seit 1998 auch in der Wissenschaftsforschung. Sie koordinierte von 2004 bis 2007 die Projektgruppe „Wissenschaftspolitik“ und leitet seit 2008 kommissarisch die Forschungsgruppe „Wissenschaftspolitik“. Sie forscht zu Wissenschaftssystemen und -organisation und zu Evaluationen.

Dr. h.c. Wolfgang Thierse (*1943)

Politiker. Der in Breslau geborene Politiker war nach dem Studium der Kulturwissenschaften und Germanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin wissenschaftlicher Assistent in der dortigen Sektion Kulturtheorie/Ästhetik. Von 1977 bis 1990 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften im Zentralinstitut für Literaturgeschichte. Im Oktober 1989 schloss sich Thierse dem Neuen Forum an und trat Anfang Januar 1990 der SPD bei. Von 1990 bis 2005 war er stellvertretender SPD-Vorsitzender und von 1998 bis 2005 Bundestagspräsident. Seit 2005 ist er Vizepräsident des Deutschen Bundestages.